EUROPA-ARCHIV
13. JAHR 5./20. FEBRUAR 1958 3./4. FOLGE

George Kennan und die Probleme des Friedens in Europa

Materialien zur Beurteilung der Reith Lectures*)

Von Wilhelm Cornides

> The liberty I mean is *social* freedom. It is that state of things in which liberty is secured by equality of restraint. This kind of liberty is indeed but another name for justice. Whenever a separation is made between liberty and justice neither is in my opinion safe.
>
> *Edmund Burke*
> „Reflexions on the French Revolution"

Grundvoraussetzungen des Friedens in Europa

Im Januar 1947 ging die Leitung der amerikanischen Außenpolitik in die Hände von General George C. *Marshall* über. Der General übernahm den nach dem Präsidentenamt schwierigsten politischen Posten in den Vereinigten Staaten in einem Augenblick akuter Krisis. Der amerikanische Versuch, den Entscheidungskampf zwischen *Tschiang Kai-schek* und den chinesischen Kommunisten durch eine ausgleichende Politik zu vermeiden, war soeben gescheitert. In Europa war die „Vorrunde" der Friedensverhandlungen mit Mühe bis zum Abschluß der Friedensverträge mit den ehemaligen Verbündeten Deutschlands gediehen. Nach dem auf der Konferenz von Potsdam ausgehandelten Verfahren wollten die Siegermächte auf diesem Wege von der Peripherie her zur Deutschlandfrage, dem Zentralproblem der europäischen Friedensordnung, vordringen. Die gleichsam als weißer Fleck auf der europäischen Landkarte ausgesparte europäische Mitte hatte jedoch, obwohl ihre Probleme nicht auf der Tagesordnung standen, schon durch ihr bloßes Vorhandensein die Entscheidungen über die Friedensverträge mit Italien, Ungarn, Bulgarien, Rumänien und Finnland mit beeinflußt. Die Hoffnung, man könne zunächst die Schäden an der Außenseite des durch den Zweiten Weltkrieg aufgeworfenen Kraters beheben und dann in sein inzwischen abgekühltes Inneres vordringen, hatte sich als Illusion erwiesen. Die Sowjetunion hatte die Phase der „Abkühlung" (cooling-off) in Deutschland benutzt, um in ihrem Besatzungsbereich vollendete Tatsachen zu schaffen[1]. Auf der westlichen Seite hatte vor allem die amerikanische Besatzungspolitik jahrelang verkannt, daß im Augenblick der Kapitulation Deutschlands alle Besatzungsprobleme zu hochpolitischen Fragen wurden, deren Entscheidung nicht der begrenzten Verantwortung des Zonenbefehlshabers überlassen bleiben durfte[2]. Nicht zuletzt durch diesen Fehler Washingtons war die deutsche Frage zu einem Sonderproblem geworden, das, isoliert von den übrigen Problemen Europas, ein Eigendasein führte, der politischen und administrativen Kontrolle entglitt und die Rückkehr zu friedlichen Verhältnissen in Europa immer empfindlicher störte.

Hinter diesen brennenden Fragen war am weltpolitischen Horizont das Problem der atomaren Rüstung aufgetaucht und beschäftigte die Gedanken der Staatsmänner mit wachsender Dringlichkeit. Winston *Churchill* hatte am frühesten erkannt, daß der Abwurf der ersten Atombomben ein radikales Umdenken der überkommenen politischen Begriffe forderte. Sein Rat, den er am 6. März 1946 (in Fulton) den Amerikanern und am 19. September 1946 den Europäern (in Zürich) erteilte, war: die Zeit des amerikanischen Atommonopols zu nutzen, Westeuropa unter seinem Schutz politisch zusammenzuschließen und es militärisch wie wirtschaftlich so zu stärken, daß es eine lebensfähige Einheit im Rahmen der größeren atlantischen Gemeinschaft bildete. Gleichzeitig drängte Churchill, alle Möglichkeiten des Verhandelns zu nutzen, um zu einem *modus vivendi* mit der Sowjetunion zu gelangen.

---

*) Reihe von sechs Vorträgen im britischen Rundfunk im November und Dezember 1957. Die Vorträge wurden vom deutschsprachigen Dienst der BBC auch in deutscher Sprache gesendet.
Die Themen der Vorträge: 1) „Rußland, die inneren Verhältnisse"; 2) „Sowjetische Denkart und die Welt der Tatsachen"; 3) „Das Problem Ost- und Mitteleuropa"; 4) „Das militärische Problem"; 5) „Die nichteuropäische Welt"; 6) „Soll die NATO verstärkt werden?".

Politik und Strategie bewegten sich in diesen ersten Nachkriegsjahren noch auf alten Gleisen, die ins Leere führten, weil eine neue Dimension des weltpolitischen Handelns entstanden war. Die Raum-Zeit-Einheit der neuen Physik mußte ähnlich umwälzende Folgen für das Denken und Handeln der Menschen haben wie die naturwissenschaftlichen Entdeckungen zu Beginn der Neuzeit. Noch stand die Entfesselung der Atomkraft nur als apokalyptische Drohung am Horizont, aber schon begann sie ihre eigene Dynamik zu entfalten, vor der nur mehr die Alternativen der totalen Vernichtung der Zivilisation und der totalen Sicherung des Friedens durch einen Weltstaat zu bestehen schienen — unwahrscheinlich und schreckenerregend die eine wie die andere.

Der Friede in Europa hing nun von vier grundlegenden Voraussetzungen ab: der Lösung der deutschen Frage; der Schaffung eines regionalen europäischen Sicherheitssystems, das der für Deutschland getroffenen Lösung Dauer verleihen, den Interventionismus der Siegermächte ablösen und einem neuen politischen System der innereuropäischen Zusammenarbeit den nötigen Spielraum geben konnte; der Herstellung eines neuen weltpolitischen Gleichgewichts der Mächte, insbesondere der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion; und der Stabilisierung dieses Gleichgewichts durch die universale Sicherheitsorganisation der Vereinten Nationen[3]. Jede dieser Grundvoraussetzungen bildete ein gewaltiges Problem für sich, alle vier standen untereinander in einem unauflöslichen Zusammenhang. Eine Trennung zwischen internationaler Sicherheitspolitik und nationaler Außen-, Innen-, Wirtschafts- und Sozialpolitik war nun nicht mehr möglich, ebensowenig ein isoliertes Vorgehen bei der Lösung eines der vier Grundprobleme. Die sowjetische Politik trug dieser Tatsache mindestens seit der Konferenz von Teheran konsequent Rechnung. Dort hatte *Stalin* Roosevelt und Churchill erklärt, der ganze Sinn irgendeiner internationalen Organisation müsse darin liegen, die Tendenz der Deutschen, Europa zu beherrschen, durch wirtschaftliche und andere Maßnahmen, falls notwendig mit Gewalt, zu neutralisieren[4]. Für die Rolle des „Weltpolizisten", der für Ruhe und Ordnung in Europa sorgen wollte, bot sich die Sowjetregierung gefällig an. Sie schlug damit eine Lösung vor, die ihr zugleich Sicherheit vor Deutschland, die Hegemonie in Europa, einen Vorsprung im Ringen um das Gleichgewicht der Weltmächte und einen bevorzugten Platz in der universalen Sicherheitsorganisation verschaffen sollte. Auch die britische Politik trug der Verflechtung des deutschen mit dem europäischen und des europäischen mit dem Weltsicherheitsproblem auf ihre Weise Rechnung. *Churchills* Europapläne von 1943 zeugen dafür. Auf der amerikanischen Seite hatte man nicht nur keine Gesamtkonzeption, in Washington war bis 1947 selbst die Einsicht in die Interdependenz der Probleme nur bei einzelnen Experten vorhanden, die am Rande des Geschehens standen und keinen maßgebenden Einfluß hatten.

Das Chaos der amerikanischen Auffassungen

In dieser beklemmenden Situation handelte *Marshall* wie vor ihm mancher andere General in kritischer Lage: er schuf sich einen kleinen persönlichen Stab, der die Aufgabe erhielt, die „Feindlage" zu diagnostizieren und die Eventualfälle zu durchdenken. Die Organisation des „Policy Planning Staff" bedeutete keine Neuerung, sondern nur die Weiterbildung einer schon vor dem Zweiten Weltkrieg eingeführten Form der Koordinierung der außenpolitischen Planung. Neu daran war, daß der Planungsstab nun unmittelbar dem Außenminister unterstellt und von jeder Ressortarbeit befreit wurde[5]. Entgegen der allgemein verbreiteten Auffassung litt die amerikanische Außenpolitik der unmittelbaren Nachkriegszeit nicht an einem Mangel, sondern an einem Ueberangebot von Studien und Plänen für die Friedensverhandlungen[6]. In bezug auf Deutschland hat man[7] drei Richtungen unterschieden, die den Anspruch erhoben, eine verantwortbare Einsicht in das Wesen des Nationalsozialismus und die wirksamsten Methoden für seine Ausrottung zu vertreten: die Vertreter der Verbrecher-Theorie, die vor allem auf die Kriegsverbrecherprozesse und die Denazifizierung Wert legten; die neomarxistische Richtung, die vor allem die sozialen Voraussetzungen des Nationalsozialismus beseitigen und in Deutschland eine soziale Revolution durchführen wollte; und die Anhänger des Morgenthau-Planes, die Deutschland endgültig als staatliche Macht in Europa beseitigen wollten. In bezug auf die künftige Gestaltung Europas kann man zwei Hauptrichtungen unterscheiden: die Isolationisten und die Internationalisten, wobei die letzteren wiederum in vielerlei Richtungen zerfielen. Es gab unter ihnen die integralen Internationalisten, die eine Weltregierung als Fernziel, aber doch immerhin als erstrebenswerte politische Möglichkeit vor sich sahen, die gemäßigten, die sich auf den Boden der UNO stellten, und die Regionalisten, unter letzteren wiederum Funktionalisten und Föderalisten, außerdem die Vertreter einer primär nach Europa orientierten Außenpolitik und die „China-Lobby", die eine aktive Asienpolitik an die Spitze stellte.

Bis zum Januar 1947 war es nicht gelungen, einen gangbaren Weg aus dem Chaos widerstreitender und in sich widerspruchsvoller Auffassungen zu finden. Dies sollte nun die Aufgabe des Planungsstabes werden. Die Wahl des „Chefplaners" zeigte an, wo nach General Marshalls Ansicht das Schwergewicht der Bemühungen liegen sollte. George *Kennan*, der als erster Direktor des „brain trust" des State Department be-

rufen wurde, war damals noch ein junger Berufsdiplomat aus Milwaukee, durch seine Laufbahn Spezialist für russische und europäische Fragen, aber ohne besondere Erfahrungen aus dem Fernen Osten. Er hatte seit 1944 eine „Härtung" der amerikanischen Politik in Europa für notwendig gehalten, aber zunächst nicht erwartet, daß Washington sich dazu aufraffen könnte. Nun sollte er die bereits grundsätzlich beschlossene Eindämmung der russischen Macht geistig vorbereiten, die zu erwartenden Schwierigkeiten voraussehen und alternative Handlungsmöglichkeiten auf weitere Sicht entwickeln. Seit dem Zusammenbruch der Achsenmächte waren in Washington viele Einzelentscheidungen gefallen, aber bis Anfang 1947 wußte noch niemand, in welchem Maße und auf welche Weise sich die Vereinigten Staaten an der Ordnung der europäischen Probleme und an der Sicherung der getroffenen Regelungen beteiligen würden. Diese Unsicherheit hatte der russischen Politik große Vorteile geboten, die sie rücksichtslos wahrnahm. An der Konkretisierung des Programms der Eindämmung mußte sich zeigen, ob die amerikanische Außenpolitik noch in der Lage war, das in den letzten Kriegsjahren, insbesondere auf den Konferenzen von Jalta und Potsdam, preisgegebene Terrain in Europa wenigstens teilweise wiederzugewinnen.

Kennan zwischen liberaler Tradition und neuem Realismus

Kennan war geistig über den Horizont des Spezialistentums hinausgewachsen, als er sein Amt übernahm. Er stand im Bannkreis der Ideen von Reinhold *Niebuhr*, den er in einer Diskussion über die Vorläufer der sogenannten „realistischen Schule" der amerikanischen politischen Philosophie als „den Vater von uns allen" bezeichnet hat[8]. Niebuhr hat 1932 den Grundriß einer realistischen Theorie der internationalen Politik vorgelegt[9] und in den folgenden Jahren, vor allem auch in den beiden Zeitschriften *Christianity and Crisis* und *Christianity and Society*, weiterentwickelt. Seine Haltung, die er selbst als „christlichen Realismus" bezeichnet hat, ist in *Kennans* philosophischen und historischen Schriften deutlich als Einfluß spürbar. Durch die Berufung Kennans an die Spitze des Planungsstabes trat der seltene Fall ein, daß das Ineinanderwirken geistiger Strömungen und politischer Entscheidungen im Lebensschicksal einer Person gleichsam durchsichtig wurde. Dadurch lassen sich die Spannungen besonders deutlich verfolgen, die durch die Begegnung der liberalen Tradition mit einem „neuen", an klassischen Vorbildern geschulten Realismus in der amerikanischen Außenpolitik entstanden sind. Es kommt noch hinzu, daß die Auseinandersetzung mit Rußland und mit Deutschland in besonderer Weise in die Lebensgeschichte Kennans eingeschlossen ist.

Es gibt einen älteren George Kennan, der in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts seinen Namen mit Rußland verband. Er führte auf mühseligen Reisen eine Untersuchung des Gefangenen- und Verbanntenwesens in Sibirien durch, die als historisches Dokument über das Strafsystem jener Jahre und als Zeugnis menschlicher Gesinnung von Bedeutung ist. Sein Neffe, der 1904 zur Welt kam, absolvierte seine ersten Schuljahre in Deutschland und kehrte, nachdem er in Princeton studiert hatte, 1925 nach Deutschland zurück, wo er in Heidelberg, an der Berliner Hochschule für Politik und am Orientalischen Seminar arbeitete. Angeregt durch die Erzählungen des Onkels, hatte er früh angefangen, Russisch zu lernen und sich mit russischen Problemen zu befassen. Bald gehörte Kennan mit Charles *Bohlen* zu der kleinen Gruppe junger Diplomaten, die vom State Department systematisch als Rußlandspezialisten ausgebildet wurden. Als *Roosevelt* (in einem Schachzug gegen Hitler) 1933 die diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion aufnahm, begleitete *Kennan* den ersten amerikanischen Botschafter, William C. Bullit, nach Moskau. In den lustigen Erinnerungen von Charles *W. Thayer*, „Bären im Kaviar", begegnen wir Kennan als jungem Legationssekretär. Er kam dann 1938 als Gesandtschaftssekretär nach Prag, wurde dort 1939 Konsul, kam im September 1939 nach Berlin und blieb bis 1941 in Deutschland. 1942 wurde er Legationsrat in Lissabon. Vom Dezember 1943 bis zum Mai 1944 nahm er als Berater der amerikanischen Delegation an den Arbeiten der Europäischen Beratungskommission in London teil. Von dort wurde er im Mai 1944 an die Botschaft in Moskau zurückberufen und hatte dadurch Gelegenheit, die Wirkungen der amerikanischen Rußlandpolitik aus der Nähe zu beobachten. Es ist daher verständlich, daß Kennan die Probleme der Weltpolitik primär unter dem Gesichtspunkt der amerikanisch-russischen Beziehungen und in bezug auf Deutschland betrachtete. Zum Verständnis der lateinischen Komponente des europäischen Schicksals brachte er wohl nicht so viele Voraussetzungen mit[10].

Kennans Einstellung zu Rußland und zum Kommunismus

Ohne den Hintergrund der philosophischen Anthropologie *Niebuhrs* kann Kennans Einstellung zu Rußland und zum Kommunismus in ihrer scheinbar paradoxen Mischung von Realismus und Idealismus wohl kaum richtig verstanden werden. Er hat mit instinktiver Sicherheit vor allem die Gedanken Niebuhrs aufgenommen und weiterentwickelt, die für eine realistische Interpretation der sowjetischen Politik zu ge-

brauchen waren und helfen konnten, sie als menschliches Phänomen zu verstehen. *Kennans* Darstellung der sowjetischen Führungskräfte könnte als eine Psychologie der zur politischen Manie gesteigerten Egozentrik bezeichnet werden. Da es hier nicht auf die Entwicklungsstadien dieser Auffassung ankommt, kann auf den zweiten Vortrag der Reith Lectures „Sowjetische Denkart und die Welt der Tatsachen" verwiesen werden. Dort warf Kennan die Frage auf, was die russischen Machthaber zu ihrer unversöhnlichen Feindschaft gegen die Regierungen und die Völker des Westens geführt haben könnte. Als Antwort wies er auf den systematischen, verstörenden Mißbrauch des menschlichen Verstandes hin — in „vierzig Jahren geistigen Opportunismus'" —, der das Verhältnis der russischen Führung zu allen rivalisierenden Mächten bestimmt habe. Sie gebrauche die Lüge nicht nur als Mittel, um andere zu täuschen und ihre Leichtgläubigkeit auszunutzen, sondern auch, um sich selbst in ihrem eigenen Tun zu bestärken. Daher sei sie nicht mehr in der Lage, ihren Nachrichtendienst zu einer sachlichen Wesensanalyse der westlichen Gesellschaft zu verwerten. Man wisse daher nie, ob man es mit dem Unterbau ehrlich geglaubter Irrtümer zu tun habe oder mit dem künstlichen Ueberbau bewußter Unwahrheit. Mit Menschen solcher Geistesverfassung sei kein innigeres Verständnis möglich. „Zweck hat nur eins: ihnen zu sagen, was wir in bestimmten Fällen zu tun bereit sind — und was wir zu tun ablehnen. D a s verstehen sie."

Die einzige Möglichkeit, die russischen Machthaber zu beeinflussen, liegt daher für Kennan darin, daß realpolitische Situationen geschaffen und behauptet werden, die es ihnen unmöglich machen, die Schwächen der westlichen Zivilisation für ihre machtpolitischen Ziele auszunutzen. Im übrigen muß der Westen geduldig und unbeirrt abwarten, bis sich das Sowjetsystem von innen heraus wandelt. In den Reith Lectures sagte Kennan dazu im Anschluß an viele frühere Darlegungen ähnlicher Art: „Es gibt so manches, was man ihnen Tag um Tag sagen kann, was eine gute Zucht für sie wäre und es ihnen erschweren würde, den Unterschied zwischen dem, was wirklich ist, und dem, was ihnen paßt, zu ignorieren, und was der Handhabung der Lüge als politische Waffe eine bisher nicht sichtbare Grenze setzt." Gleichzeitig warnte Kennan vor einer Ueberschätzung der Russen. Er nannte sie aus der Perspektive des mittleren Westens „die Babbitts der fünfziger Jahre". „Aber als gute Materialisten, die sie sind, haben sie bisher keine Ahnung von der Engstirnigkeit dieser Auffassung gezeigt. Es wird ein allgemeiner Freudentag sein, wenn auch sie das Problem der Produktion gelöst haben und mit uns zusammen die tieferen, verdeckteren und bedeutsameren Probleme angehen können, die am Ende und nicht am Anfang des wirtschaftlichen Sonnenaufgangs liegen . . . Die wahre Rivalität (zwischen Rußland und dem Westen) liegt darin, wer am schnellsten und erfolgreichsten zur Lösung seiner eigenen Probleme gelangt — und zur Erfüllung seiner eigenen Ideale." *Wilson* könnte diesen großherzigen Gedanken nicht schöner ausgedrückt haben.

In der Zeit, als die Sowjetunion Ost- und Mitteleuropa überrannte, hat *Kennan* allerdings die internationale Lage wesentlich anders beurteilt und dementsprechend andere Konsequenzen daraus gezogen. Sein Artikel „The Sources of Soviet Conduct", der unter dem Pseudonym „Mr. X" im Juli 1947 in der Zeitschrift *Foreign Affairs* erschien, ist in diesem Zusammenhang bereits mehrfach als Zeugnis gegen Kennans heutige Thesen angeführt worden[11]. Noch aufschlußreicher sind aber die Memoranden, die Kennan seit September 1944 von Moskau aus nach Washington sandte. Sie sind inzwischen auszugsweise bekanntgeworden[12] und vermitteln einen guten Einblick in die Entwicklung der Gedanken, die schließlich in dem Artikel in *Foreign Affairs* als offizielle Meinung des State Department publiziert wurden.

Die realpolitische Bilanz des Zweiten Weltkriegs

Schon in dem ersten Bericht vom September 1944 versuchte Kennan eine realpolitische Bilanz der Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges. Er blickte auf die günstige Ausgangsposition zurück, die *Stalin* 1939 durch den Pakt mit *Hitler* erreicht hatte, und betonte, daß die russischen Bemühungen in Ost- und Mitteleuropa nur auf das eine Ziel des Machtzuwachses gerichtet seien. Zur Verstärkung seiner Warnungen betonte er, daß die Führungsgruppe im Kreml trotz der angeblichen Hinwendung zur Demokratie seit 1939 unverändert geblieben sei, und zitierte, was *Molotow*, *Wyschinskij* und andere noch wenige Jahre zuvor über den kapitalistischen Westen gesagt hatten. Trotzdem beurteilte Kennan die Möglichkeiten einer amerikanisch-russischen Zusammenarbeit im Herbst 1944 noch relativ günstig[13].

In den Memoranden vom Mai und August 1945 lassen sich die Verschärfung der Gegensätze und ein wachsendes Bewußtsein der Fragwürdigkeit jener „unsicheren und verworrenen, aber friedlichen Koexistenz" feststellen, die im Herbst 1944 noch im Bereiche des Möglichen zu liegen schien. Das Memorandum vom Mai 1945[14] faßt die Lage nach dem Zusammenbruch Deutschlands ins Auge. Nach dem Ende des Krieges im Fernen Osten werde Rußland sich zum ersten Male in seiner Geschichte keinem Rivalen unter den Großmächten auf der eurasischen Landmasse gegenübersehen. Es werde ferner auch unmittelbar die Kontrolle über riesige Gebiete des Kontinents ausüben und seine Herrschaft über weitere hundert Millionen Menschen ausdehnen. Vom Kreml aus gesehen, sei nun die entscheidende Frage für die Zu-

kunft der Sowjetunion, ob es ihr gelingen werde, allen Widerständen zum Trotz aus diesen Eroberungen eine Quelle der Stärke und nicht der Schwäche zu machen. Kennan schildert dann im einzelnen die Schwierigkeiten dieser Konsolidierung: das nationale Problem, die Schwierigkeiten des wirtschaftlichen Aufbaues bei gleichzeitiger Abschließung von der westlichen Welt und die Probleme der innenpolitischen Sicherung. Trotz des Geschicks, das die Sowjets in ihrem eigenen Lande mit der politisch-propagandistischen Wirtschaftssteuerung bewiesen hätten, sei es durchaus zweifelhaft, ob diese Methoden auch bei nichtrussischen Völkern erfolgreich sein werden. Die Sowjetregierung habe in weitem Umfang „die moralische Herrschaft über die Massen der russischen Bevölkerung verloren". Dies bedeute nicht etwa, daß die Bevölkerung nicht mehr gewillt sei zu tun, was der Kreml verlange. „Aber es bedeutet, daß es nicht mehr länger viele Illusionen innerhalb des russischen Volkes über die moralische oder geistige Qualität all dessen gibt, was der Staat darstellt. Das Feuer des revolutionären Marxismus ist endgültig abgestorben. Was übrigbleibt, ist geeignet, patriotische und nationalistische Gefühle anzufachen, und zwar sowohl für die Verteidigung als auch für eine imperialistische Expansion. Aber es vermag nicht über jene äußerste Reserve des menschlichen Idealismus zu verfügen, auf die sich einst die Revolution — ebenso wie zu allen Zeiten die Kirchen — stützen konnte. Das tiefste Vertrauen, die innigsten Hoffnungen, die edelsten Ideale — das alles steht dem Kreml nicht mehr zur Verfügung. Er hat vor seinen Pforten eine unterwürfige, aber nicht mehr eine begeisterte Masse von Gefolgsleuten."

Kennans Prognosen vom Mai 1945

Aus dieser Analyse der sowjetischen Situation im Mai 1945 leitete Kennan die Prognose ab, daß die Sowjets in der kommenden Periode ihre Politik gegenüber dem Westen und besonders den Vereinigten Staaten auf zwei Ziele konzentrieren würden: „Erstens: den Westen dazu zu bewegen, daß er der russischen Herrschaft über die neuen Gebiete durch die Anerkennung der Marionettenstaaten als unabhängige Staaten seinen Segen gibt, und dadurch mit der Sowjetregierung bei der Aufrechterhaltung der Fiktion zusammenzuarbeiten, durch die diese Länder regiert werden. Zweitens: den Westen dazu zu bringen, daß er der Sowjetunion so viel materielle Unterstützung gewährt, wie erforderlich ist, um die durch ihr kostspieliges und rücksichtsloses politisches Programm verursachten wirtschaftlichen Schäden auszugleichen und damit der Sowjetregierung die Möglichkeit zu geben, unter jenen Völkern als Bringer eines ebenso wirtschaftlichen wie politischen Fortschritts aufzutreten." Die Hoffnung des Kreml, diese Ziele erreichen zu können, obgleich sie in Wahrheit allen westlichen demokratischen Vorstellungen widersprächen, gründe sich auf die Kenntnis einer Reihe psychologischer Faktoren vor allem in den Vereinigten Staaten, die zugunsten der sowjetischen Ziele wirksam seien. So wüßten die Sowjetführer, daß die amerikanische Oeffentlichkeit gelehrt worden sei zu glauben, daß erstens: eine wirkliche Zusammenarbeit mit Rußland möglich sei; zweitens: daß das nur von der Schaffung guter persönlicher Beziehungen, von Herzlichkeit und Vertrauen gegenüber den Sowjetführern abhänge, und drittens: daß, wenn die Vereinigten Staaten nicht in der Lage wären, eine solche wirkliche Zusammenarbeit herzustellen, der letzte Krieg umsonst gefochten worden sei, daß ein neuer Krieg unvermeidlich sei und daß die ganze Zivilisation von einer umfassenden Katastrophe bedroht werde.

An diese Prognose schloß *Kennan* einige Gedanken über den unwahrscheinlichen Fall an, daß die westliche Welt — was in Moskau 1945 niemand glaubte — in der Lage wäre, standhaft zu bleiben (to stand firm), „wenn sie einmal dem Wolf des sowjetischen Mißbehagens in voller Lebensgröße gegenüberstünde, wie er an der Haustüre steht und droht, das Haus einzuschlagen".[15] Dieser Fall würde dann eintreten, wenn die Westmächte den Mut aufbrächten, Rußland „sowohl die moralische als auch die politische Unterstützung für die Konsolidierung der russischen Macht in ganz Ost- und Mitteleuropa zu verweigern". Wenn die Westmächte die zu erwartende Demonstration der schlechten Laune des Kreml durchstehen würden, könne man damit rechnen, daß Rußland seinen Griff nach Ost- und Mitteleuropa nicht für alle Zeit aufrechterhalten, sondern seine Linien um einiges zurückstecken würde. Freilich würden die sowjetischen Agenten, um *Trotzkis* lebendiges Bild zu gebrauchen, „die Tür so zuwerfen, daß ganz Europa wackeln würde".

Diese noch rein hypothetischen Ueberlegungen führte Kennan in dem Memorandum vom August 1945 in konkreterer Form weiter[16]. Wieder betonte er als grundlegende Frage das territoriale Problem: die Abgrenzung der sowjetischen Machtsphäre und die politische Kontrolle der europäischen Länder, die außerhalb der sowjetischen Grenzen von 1939 liegen. Er führte dazu aus: „Die Russen wollen in ganz Europa, im Nahen Osten und im ganzen Mittelmeergebiet eine Hegemonie errichten, die unseren Interessen grundsätzlich nicht weniger feindlich ist, als es die Hegemonie Deutschlands gewesen wäre." Dieses Ziel sei in europäischen Gebieten mit mindestens 80 Millionen Einwohnern erreicht. Wenn die Amerikaner dem Kreml moralisch durch unausgesetztes appeasement, materiell durch Anleihen, lend-lease und UNRRA-Hilfe weiter helfen würden, müßten die

amerikanische Außenpolitik und der Weltfrieden unübersehbaren Schaden leiden. Anschließend untersuchte Kennan zwei Möglichkeiten der amerikanischen Politik: eine neutrale Haltung in Europa, die den Sowjets weder Hilfe leistet noch sie an der Fortsetzung ihrer Politik hindert, oder eine Politik, „die sich bemüht, das zu erhalten, was wertvoll ist in Europa, und unseren Freunden in Rußland hilft, unseren Feinden dort zu beweisen, daß Aggressionen sich für die Russen nicht mehr lohnen als für die Deutschen".

Im ersteren Fall erwartete Kennan ein Chaos in Europa „und schließlich eine Vereinigung Europas stark nach dem Muster, das Hitler geliefert hat, möglicherweise sogar wieder mit Deutschland im Vordergrund", im zweiten Fall hielt er es für möglich, „einige Elemente der Stabilität in Europa zu retten und dadurch einer katastrophalen Verschlechterung unserer strategischen und politischen Lage vorzubeugen". Dagegen würde ein Europa, das seine Einigung — vielleicht als Ergebnis verzweifelter und blutiger Kämpfe — ohne amerikanische Hilfe errungen habe, von der angelsächsischen Welt durch und durch enttäuscht und ihr feindlich gesinnt sein. Dieses Europa würde dann eine deutliche Bedrohung der amerikanischen Sicherheit darstellen.

Risiken und Chancen der Eindämmung

Kennan hat also im August 1945 sowohl die Möglichkeit der Loslösung von Europa — die jetzt oft als „Disengagement" bezeichnet wird — als auch die der Eindämmung (Containment) der sowjetischen Macht — für die sich der Ausdruck „Politik der Stärke" eingebürgert hat — deutlich vor sich gesehen. Seine persönliche Wahl fiel damals zugunsten der zweiten Möglichkeit mit ihren Chancen und Risiken. Der Erfolg einer auf Eindämmung der russischen Macht gerichteten Politik war 1945 noch nicht abzusehen. Sicher war nur, daß sie zu schweren internationalen Krisen führen würde, die nicht allein mit den Mitteln der Diplomatie und der Wirtschaftspolitik bewältigt werden konnten, sondern auch die Mobilisierung militärischer Macht erforderten. Kennan wird das Bild vom russischen Wolf, der droht, das westliche Haus einzuschlagen, schwerlich nur aus Vorliebe für das Märchen vom Rotkäppchen und sein happy end gewählt haben. Aber es ist fraglich, ob er das Problem des Friedens in Europa als Kernstück des Weltfriedens je als Ganzes in seinen Griff bekommen hat. Dies zeigt vor allem die Entstehungsgeschichte des Marshallplanes.

Kennan hat in den Reith Lectures ein ideales Bild von der Entstehung des Marshallplanes gezeichnet, ihn als den „Grundstein eines neuen Zielbewußtseins der westlichen Gesellschaft" dargestellt und hinzugefügt: „In diesem Zukunftsbilde gewahrten wir eine neue Ordnung der internationalen Beziehungen im atlantischen und im europäischen Raum, eine Ordnung, die den Völkern am Scheidewege eine neue Richtung erschloß im alten Europa, dessen überlieferte Wertbegriffe ihre Gültigkeit eingebüßt hatten; und wir setzten unsere Hoffnung darauf, dieser neue Weg werde an sich schon so gangbar, so verlockend erscheinen, so völlig ohne Bedrohung für irgendwen, irgendwo, daß die Völker ihn ruhig beschreiten konnten, ohne daß sich militärische Probleme oder Fragen des Großmacht-Prestiges ergaben."

Diese Deutung des Marshallplanes ist nicht etwa 1957 nachträglich konstruiert worden, sondern kann an Hand von Dokumenten nachgeprüft werden, die seit Jahren veröffentlicht sind. So heißt es in dem Memorandum, das Kennan am 23. Mai 1947 vorlegte und das die Grundlage für die Harvard-Rede *Marshalls* bildete: „Der Planungsstab sieht die Wurzeln der gegenwärtigen Schwierigkeiten in Westeuropa nicht in der Tätigkeit der Kommunisten. Er glaubt, daß die gegenwärtige Krise zum großen Teil aus den zerstörenden Wirkungen entstanden ist, die der Krieg auf die wirtschaftliche, politische und soziale Struktur Europas ausgeübt hat, und aus einer tiefen Erschöpfung der Produktionsmittel und der geistigen Kräfte. . . Der Planungsstab erkennt, daß die Kommunisten die europäische Krise ausnützen und daß weitere kommunistische Erfolge die amerikanische Sicherheit ernsthaft gefährden würden. Er ist jedoch der Ansicht, daß die amerikanischen Bemühungen, Europa zu helfen, nicht dem Kampf gegen den Kommunismus als solchem, sondern der Wiederherstellung der wirtschaftlichen Gesundheit und Kraft der europäischen Gesellschaft gelten sollten. Sie sollten, mit anderen Worten, nicht den Kampf gegen den Kommunismus zum Ziele haben, sondern gegen die wirtschaftliche Verzerrung, die die europäische Gesellschaft für die Ausbeutung durch totalitäre Bewegungen aller Art verwundbar macht und die nun vom Kommunismus ausgenutzt wird[17]."

Kennan hat später versucht, seine Konzeption des „Zielbewußtseins der westlichen Gesellschaft" genauer zu umschreiben. Es ist schwer, seinen Gedanken auf knappem Raum gerecht zu werden. Aber es trifft wohl den Kern seines Anliegens, wenn man es als Verwirklichung des „New Deal" in der internationalen Gemeinschaft umschreibt: „Wir müssen uns als Mitglieder der Weltgemeinschaft so benehmen, daß wir die Chancen für die Erhaltung jener Werte erhöhen, die wir hier bei uns zu Hause hochhalten[18]." Kennan sieht den „einigenden Faktor" — der Anklang an die Terminologie des Moral Rearmament ist nicht zu überhören — der internationalen Gemeinschaft darin, daß alle Völker sich mit den Problemen des technischen Zeitalters auseinandersetzen und eine Antwort darauf finden müssen, „wie man

die Industrialisierung und Verstädterung hinnehmen kann, ohne die traditionellen Werte einer Zivilisation zu zerstören und ihre innere Vitalität zu korrumpieren". Aehnlich hat *Niebuhr* sein zentrales Problem mit der Frage umschrieben, „wie man zur Reife einer echt konservativen Haltung gelangen kann, ohne die menschlichen Vorzüge preiszugeben, welche die liberale Bewegung hervorgebracht hat".[19] *Kennan* ist bei aller Skepsis gegen die Romantik des „amerikanischen Traumes" wie Niebuhr ein Mann der Linken geblieben, in dem das geistige Klima der großen Depression von 1930 und das reformerische Pathos des „New Deal" nachwirken. Daher ist es von seinem Standpunkt aus begreiflich, daß er den überlieferten Wertbegriffen des alten Europa keine Gültigkeit mehr zuerkennen kann und sie durch die Ideale der Atlantischen Gemeinschaft ersetzen will.

Europa ist aber aus dem Raum des Mittelmeeres nach Westen, Norden und Osten gewachsen. Die Sicht vom Atlantik her nach Osten vereinfacht die Probleme des Kontinents und läßt die geschichtlich gewachsenen Strukturen nur in ihrem nationalen Aspekt hervortreten, wie er sich seit der Französischen Revolution herausgebildet hat. Idee und Gestalt einer übernationalen Ordnung in Europa[20] zeichnen sich aus dieser Sicht nur in dünnen Umrissen ab. Plastisch werden sie allenfalls in der Idee des Commonwealth, wie sie Lionel *Curtis* entwickelt und die britische Politik nach 1918 zur Ablösung nicht mehr zu haltender imperialer Positionen verwandt hat. Sie ist in ihrer amerikanischen Ausprägung zur Idee der Atlantischen Gemeinschaft geworden. Das Europa östlich des Rheins und südlich der Alpen steht in der angelsächsischen Sicht noch immer unter dem Zeichen des Selbstbestimmungsrechts und des Nationalitätenprinzips. Daher fehlte auch den Regionalisten unter den amerikanischen Planern der Kriegs- und Nachkriegsjahre vielfach der Sinn für die übernationalen Ordnungselemente in Mittel-, Ost- und Südosteuropa, ohne die eine Lösung der politischen Fragen dieses Raumes nicht möglich ist. Diese Einstellung war freilich um so mehr verständlich, als gerade erst *Hitlers* „Neue Ordnung" die Reichsidee endgültig als europäische Ordnungsvorstellung kompromittiert hatte. Aber das „Zielbewußtsein der westlichen Gesellschaft" bot daher keinen Ersatz, und Kennans großzügiges Konzept eines „Fair Deal" für Europa reichte nicht aus, um die geistige Leere zu füllen.

Das Fehlen eines politischen Ordnungsgedankens

Zwischen dem realpolitischen Ziel der Eindämmung der russischen Macht und dem humanitären Schwung des Marshallplanes fehlte die Brücke eines politischen Ordnungsgedankens. Dies kam äußerlich vor allem darin zum Ausdruck, daß der Begriff des Friedens aus dem westlichen Vokabular verschwand und ohne Schwierigkeit von der sowjetischen Propaganda usurpiert und dramatisiert werden konnte. Ein weit bedeutsameres Symptom war, daß es der amerikanischen Außenpolitik trotz gewaltiger und oft krampfhafter Bemühungen nicht gelang, der Sowjetunion auf die Dauer die politische Initiative in Europa zu entreißen. Auch Kennan als Chef des Planungsstabes vermochte nicht die Entwicklung vorauszudenken und über die Initialzündung des Marshallplanes hinaus die geistige Führung in der Hand zu behalten. Walter *Lippmann* hat früh erkannt, daß die Ueberbetonung des Eindämmungsgedankens einem Mangel an echter politischer Zielsicherheit entsprang und bedenkliche Folgen haben mußte[21]. Auch er gab 1947 zu, daß „der sowjetische Druck nicht aus der Welt gelächelt oder durch Reden zum Verschwinden gebracht werden" könne, sondern durch die Konfrontierung mit Macht, in erster Linie amerikanischer Macht, an der weiteren Ausbreitung gehindert werden müsse[22]. Aber er hielt die von *Kennan* vorgeschlagene Strategie für von Grund auf ungesund und sagte voraus, sie werde zur Verschleuderung des Kriegspotentials und des Prestiges der Vereinigten Staaten führen. Die Sowjetunion könne durch eine weltweite Politik der „inneren Linie" den Verlauf der Eindämmung bestimmen. Die demokratische Regierungsform sei zu schwerfällig, um auf zehn oder fünfzehn Jahre einen diplomatischen Krieg gegen ein totalitäres Regime zu führen. Eine wirklich globale Eindämmung übersteige die militärischen Kräfte der Vereinigten Staaten, sie erfordere daher ein globales Allianzsystem, dessen Heterogenität die größten Schwierigkeiten schaffen werde. Die UNO werde durch diese Politik entweder gelähmt, wie der Völkerbund, oder in eine antisowjetische Koalition verwandelt und dadurch entwertet.

Lippmanns Gegenprogramm beruhte auf der Vorstellung, man müsse das Gleichgewicht der Kräfte in der Welt durch die Schaffung eines unabhängigen und starken Europa wieder herstellen. Die amerikanische Diplomatie solle sich darauf konzentrieren, das Problem zu lösen, das durch den Waffenstillstand geschaffen wurde, „nämlich, wie der Kontinent Europa, von den d r e i außereuropäischen Armeen evakuiert werden könnte, die sich jetzt in Europa befinden". Lippmann betonte, der Rückzug der Sowjetunion werde die Gefahr einer deutsch-sowjetischen Einigung auf Kosten des Westens und Polens vermindern. Dagegen biete die Besetzung Ostdeutschlands und die Stationierung russischer Verbände in den ehemals deutschen Ostgebieten den Russen die Möglichkeit, in den Verhandlungen mit einer deutschen Regierung die ausschlaggebenden Trümpfe auszuspielen. Energisch wandte sich Lippmann gegen die Wiederherstel-

lung eines deutschen Staates. Deutschland müsse dezentralisiert und in seinen Teilen einem größeren europäischen System eingegliedert werden. „Nicht die deutsche Einheit, sondern die europäische Einheit, nicht die deutsche Souveränität, sondern die europäische Souveränität, nicht ein Deutschland, das Rußland eindämmt, sondern ein neutralisiertes Deutschland zwischen Ost und West, nicht die Truman-Doktrin, sondern der Marshallplan, gereinigt von der Truman-Doktrin, sollten die Ziele unserer Deutschlandpolitik sein[23].“ Solange es nicht möglich sei, mit den Russen zu einer Einigung zu kommen, müsse allerdings die ganze amerikanische Militärmacht aufgeboten werden, um ihnen Einhalt zu gebieten, aber nicht an vielen zerstreuten Punkten, sondern in Europa: am Entscheidungsort der West-Ost-Spannungen. Das Ziel einer dauerhaften Lösung des Konflikts dürfe aber nie aus den Augen verloren werden: Dazu gehöre vor allem auch der Rückzug der amerikanischen und der russischen Truppen aus Europa. Der Unterschied zwischen *Lippmann* und *Kennan* kann vielleicht so definiert werden, daß Lippmann schon 1947 die Eindämmung der sowjetischen Macht und die Loslösung von ihr als einen zusammenhängenden Prozeß begriff und diesen dem Hauptgedanken eines dauerhaften Friedens in Europa unterordnete. Ein solches Konzept ist freilich leichter am Schreibtisch zu fassen als dem administrativen Gang der Außenpolitik einer demokratisch regierten Weltmacht einzufügen. Es kann sehr wohl sein, daß auch Kennan 1947 ähnliche Vorstellungen hatte, sich aber damit im Dschungel der Administration und des Kongresses nicht durchsetzen konnte und machtlos zusehen mußte, wie sein Programm zerpflückt und stückweise bis zur Unkenntlichkeit entstellt wurde. Dies würde das rasche Ende seiner diplomatischen Laufbahn erklären und auch die Bitterkeit seiner Kritik an *Truman, Acheson* und *Dulles*.

Kennans Rücktritt und seine Gründe

Kennan ist im August 1949 als Leiter des Planungsstabes zurückgetreten[24] und hat ein Jahr später den auswärtigen Dienst verlassen, um sich in Princeton als Mitglied des Institute of Advanced Study dem Studium historischer und philosophischer Probleme der Politik zu widmen. Abgesehen von einem halbjährigen Intermezzo als Botschafter in Moskau[25] ging seine aktive Beteiligung am politischen Geschehen in dem Jahr zu Ende, in dem der Atlantikpakt geboren wurde. Aus einer Bemerkung Dean *Achesons* ist bekanntgeworden[26], daß Kennan Anfang 1949 für den gleichzeitigen Rückzug der amerikanischen, britischen und sowjetischen Truppen aus Europa eingetreten ist. Diese Auffassung sei damals von der demokratischen Regierung (deren Außenminister Acheson seit Januar 1949 war) abgelehnt worden. Kennan hat bisher zwei Darstellungen seiner grundsätzlichen Einstellung zum Atlantikpakt gegeben. In den Reith Lectures erklärte er — vor der Bemerkung Achesons —, als Vorsitzender des Arbeitsausschusses, in dem die Vertragsklauseln des Atlantikpaktes bearbeitet wurden, habe er „keine Ahnung“ davon gehabt, „daß das militärische Werkzeug, das wir damals schmiedeten, in den kommenden Jahren der Hauptträger der westlichen Politik werden sollte“. Sein Eindruck sei gewesen, „daß wir nur einen militärischen Schild schufen, weniger gegen eine unmittelbar drohende Gefahr als zur allgemeinen Stabilisierung der Lage in Europa, zur Beruhigung der Westeuropäer angesichts der militärischen Ueberlegenheit Rußlands, zur Beschwichtigung ihrer schon traditionellen und subjektiven Angst vor der Invasion zu Lande“. Gedeckt durch diesen Schild sollte dann der Marshallplan seine heilsamen Früchte bringen. In einem Offenen Brief an die *Neue Zürcher Zeitung*[27] erläuterte *Kennan* — nachdem *Acheson* den erwähnten Hinweis gegeben hatte —, er habe sich „gegen die Erweiterung der Mitgliedschaft über den ursprünglichen Kreis hinaus gestellt, aus Angst, daß ein Pakt, der zu sehr in die Breite ginge und der insbesondere einen Teil eines gespaltenen Deutschland mit hineinbeziehen sollte, bald als Selbstzweck betrachtet werden würde und, anstatt der Sache einer allgemeinen europäischen Regelung zu dienen, ihr eher ein Hindernis im Wege sein würde“.

Ein Rückblick auf den Verlauf der Verhandlungen von 1948/49, über die wir im Europa-Archiv ausführlich berichtet haben[28], zeigt, daß diese Auffassung Kennans in einem echten Gegensatz zu der Politik *Achesons* stand, der schon der historischen Wahrheit wegen, aber auch aus aktuellen politischen Gründen nicht verschleiert werden sollte. Der ursprüngliche Gründerkreis, der am 10. Dezember 1948 in Washington mit den offiziellen Besprechungen über den Atlantikpakt begann, bestand aus den Vereinigten Staaten, Kanada und den fünf Mitgliedern des Brüsseler Paktes — Frankreich, Großbritannien, Belgien, den Niederlanden und Luxemburg. *Kennans* damalige Konzeption war offenbar, daß diese im engeren Sinne atlantische Gruppe unter der Führung der Vereinigten Staaten „als Glieder der geistigen und kulturellen Gemeinschaft des Westens“ die Atlantische Gemeinschaft bilden sollten.

Achesons Ziel war dagegen die Auffüllung des Machtvakuums in Westeuropa bis zur Grenze des sowjetischen Machtbereichs. Dies bedeutete im Gegensatz zu der Konzeption *Lippmanns* nicht „einen Marshallplan ohne Truman-Doktrin“, sondern die Ergänzung des wirtschaftlichen Marshallplanes durch einen militärischen Plan, der die Truman-Doktrin auf den ganzen Bereich westlich des „Eisernen Vorhangs“ ausdehnen und machtpolitisch sichern sollte. Eine solche

militärische Erweiterung des Marshallplanes lag, wie wir gesehen haben, nicht im Sinne *Kennans*. Sie war aber, wie Walter *Lippmann* schon 1947 erkannt hatte, die unausweichliche Konsequenz der von Kennan mit konzipierten Politik der Eindämmung. Der Marshallplan wurde von der Sowjetunion vom ersten Tage an als „imperialistische Politik der Vereinigten Staaten" bekämpft. Das Scheitern der Pariser Verhandlungen am 2. Juli 1947, das Verbot der Teilnahme Polens und der Tschechoslowakei und die Ankündigung der Gründung des Kominform am 6. Juli 1947 lassen erkennen, daß der sowjetische Gegenkurs schon festlag, noch ehe *Kennan* mit dem Artikel in *Foreign Affairs* die Doktrin der Eindämmung als offizielle Auffassung der amerikanischen Regierung bekanntgegeben hatte. Die weitere Entwicklung verlief genauso, wie sie Kennan selbst schon im Herbst 1944 für diesen Fall vorausgesagt hatte.

Der „Wolf des sowjetischen Mißbehagens" richtete sich in voller Lebensgröße auf und drohte, das baufällige Haus der rudimentären westlichen Allianz einzuschlagen. Die Empfänger der wirtschaftlichen Marshallhilfe fühlten sich bedroht und wandten sich nach Washington in der Hoffnung, auch für die Verteidigung Westeuropas amerikanische Hilfe zu erhalten. Die Vandenberg-Resolution vom 11. Juni 1948, die militärischen Besprechungen zwischen den Vereinigten Staaten, Kanada und den Mächten des Brüsseler Paktes im Juli 1948 und schließlich der Atlantikpakt selbst waren Antworten der Westmächte auf die sowjetische Drohung, der Art, wie sie Kennan selbst 1944 empfohlen hatte. Im Herbst 1948 standen daraufhin alle westeuropäischen Staaten, die nicht zu der engeren Gruppe der Atlantischen Gemeinschaft gehörten, im Einzugsgebiet der verschärften Ost-West-Spannung. Spanien und Portugal erklärten sich im November 1948 bereit, an einem Verteidigungspakt des Westens teilzunehmen. Anfang Januar 1949 folgten Norwegen, Dänemark und Italien mit ähnlichen Erklärungen. Griechenland und die Türkei konnten nicht unberührt bleiben, wenn ihnen auch Ende Februar aus Washington bedeutet wurde, daß ihre direkte Einbeziehung in den Pakt nicht vorgesehen war. Um das Bild abzurunden, muß man sich daran erinnern, daß im Oktober 1948 der Vormarsch *Mao Tse-tungs* in Nordchina begonnen hatte, der bis Ende 1949 mit sowjetischer Unterstützung zu einem triumphalen Erfolg des Kommunismus führen sollte.

Am kritischsten war aber die Situation in Westdeutschland. Dort war Anfang Juni 1948 mit der Londoner Sechsmächteerklärung der Weg zum Zusammenschluß der drei westlichen Besatzungszonen beschritten und am 18. Juni mit der Währungreform ihr wirtschaftlicher Aufbau im Rahmen des Marshallplanes begonnen worden. Als Gegenmaßnahme war von den Russen die vollständige Blockade Berlins verhängt worden, die den ganzen Winter über (bis zum 4. Mai 1949) andauerte. Der Parlamentarische Rat hatte im September 1948 mit seinen Arbeiten begonnen, die dem Abschluß zugingen, während in Washington über den Atlantikpakt verhandelt wurde.

Das war die Zeit, als man sich in den Hauptstädten der Westmächte sorgte, ob die Luftbrücke die Versorgung Berlins über den Winter 1948/49 sichern würde oder ob sich dort ein „Stalingrad des Westens" anbahnte. Wenn Kennan damals „keine Ahnung" davon hatte, daß das militärische Werkzeug des Atlantikpaktes in den kommenden Jahren der Hauptträger der westlichen Politik werden sollte, so wußte er weniger über die internationale Lage als die Presse, die bereits seit Monaten offen das Problem der Wiederbewaffnung Deutschlands diskutierte. In Deutschland hatte beispielsweise Jens *Daniel* im *Spiegel* am 2. Oktober 1948 das heraufziehende Dilemma der Remilitarisierung geschildert und dem Bürger der Westzonen zugerufen: „Hänge Dich oder hänge Dich nicht — bereuen wirst Du beides."

Die seit dem Frühjahr 1948 heranreifende Entscheidung über die Wiederbewaffnung Deutschlands war nur das Symptom einer noch tiefer greifenden Veränderung der europäischen Verhältnisse. Nach dem Morgenthau-Plan, der Deutschland endgültig als staatliche Macht in Europa beseitigen wollte, war nun auch der Plan einer sozialen Revolution in Deutschlands gegenstandslos geworden. Mit der Rückkehr zur Marktwirtschaft und der Abwehr der sowjetischen Ansprüche auf Mitkontrolle des Ruhrgebietes war auch der westdeutsche Staat entstanden, der die Konstellation seiner Geburtsstunde nicht verleugnen konnte.

Dies war gegenüber der Ausgangslage von 1947 eine völlig neue weltpolitische Lage. Der Marshallplan hat keine der oben erwähnten Grundvoraussetzungen des Friedens in Europa unberührt gelassen. Seine Durchführung hing von der Einbeziehung Westdeutschlands und des Ruhrgebiets ab, beschleunigte deshalb die Bildung des westdeutschen Staates und erschwerte im gleichen Maße auf kurze Sicht die Lösung der deutschen Frage. Als amerikanische wirtschaftliche Intervention stärkte er die marktwirtschaftlichen Kräfte, beschleunigte den Wiederaufbau Westeuropas und schuf ein politisches Klima, in dem das Vordringen des Kommunismus in Westeuropa abgefangen werden konnte. Die Stärkung Westdeutschlands und Westeuropas wirkte auf das weltpolitische Gleichgewicht der Mächte zurück. Das waren voraussehbare Wirkungen, wie sich auch die sowjetischen Reaktionen aus der weltpolitischen Konstellation und den Lehren der stalinistischen Doktrin in den Grundzügen voraussehen ließen. Darin lag das kalkulierte — von George *Kennan* als Direktor des amerikanischen Planungsstabes kalkulierte — Risiko der mit der Truman-Doktrin und dem Marshallplan sichtbar eingeleiteten Politik. Sie verhinderte, daß die von Kennan 1944/45 vorausgesehene Gefahr der russischen Hegemonie „in ganz Europa,

im Mittleren Osten und im Mittelmeergebiet" Wirklichkeit wurde, aber sie wies noch keinen Weg, um die Spaltung Deutschlands und Europas zu überwinden.

Wenn nun Kennan Anfang 1949 den Plan eines gleichzeitigen Rückzuges der amerikanischen, britischen und sowjetischen Truppen vom Kontinent für empfehlenswert hielt, so war er wohl der Auffassung, der Marshallplan könne auch ohne das zusätzliche Risiko der Wiederbewaffnung Deutschlands erfolgreich durchgeführt werden. Dann allerdings bot das damals schon abzusehende Ende der Berliner Blockade einen günstigen Ansatzpunkt für Verhandlungen mit den Russen. Diese hätten freilich, wie der Verlauf der Pariser Außenministerkonferenz (23. Mai bis 20. Juni 1949) erkennen ließ, wohl nur dann zu einem Erfolg geführt, wenn die Westmächte nun bereit gewesen wären, zu den Ausgangspositionen von Jalta und Potsdam zurückzukehren. Das bedeutete die Beibehaltung des Alliierten Kontrollrates mit seiner Einstimmigkeitsregel und die (am 24. Mai 1949 von *Wyschinskij* ausdrücklich wieder geforderte) Beteiligung der Sowjetunion an der Kontrolle des Ruhrgebietes. Was wäre dann aber aus dem Marshallplan und seiner Wirkung für den Wiederaufbau Westeuropas geworden?

Kennans Rücktritt von der Leitung des Planungsstabes mag viele Gründe gehabt haben, die für den Außenstehenden nie durchschaubar sein werden. Aber eine Ursache ist für den Außenstehenden wiederum leichter zu sehen als für die unmittelbar Beteiligten: der Politik Kennans fehlte die Gemeinschaft der Intentionen mit einem weltpolitischen Partner. Die sowjetischen Führer, verstört und von der Außenwelt isoliert durch „vierzig Jahre geistigen Opportunismus", konnten keine Partner eines amerikanisch-russischen Dialoges sein, nicht einmal auf der Ebene der „Babbits" beider Länder. In Europa konnte ohne die tätige Mitwirkung der drei Weltmächte kein glaubhaftes Bild des Weltfriedens und ohne dieses keine europäische Politik entstehen. Da der Partner fehlte, konnten die in der Eindämmungspolitik wie in jeder Konzentration der Macht schlummernden Elemente dämonischer Zerstörung sich ungehemmt entfalten, und die Vereisung aller humanen Regungen im Kalten Krieg griff weiter und weiter um sich. Dieser Vorgang zeichnet sich in der fast automatischen Erweiterung des engeren Kreises der Atlantischen Gemeinschaft zum NATO-Block deutlich ab.

Aus dem Mut zum selbständigen Denken, der Kennan an die Spitze des Planungsstabes geführt hatte, mag dann jene Angst gewachsen sein, die *Kierkegaard* den „Schwindel der Freiheit" genannt hat. „Sie entsteht, wenn die Freiheit an ihrer eigenen Möglichkeit hinunterschaut und dabei nach der Endlichkeit greift, um sich daran zu halten[29]." In solchem Schwindel der Freiheit mag sich für Kennan sowohl der „amerikanische Traum" eines „Fair Deal für Europa" aufgelöst haben wie auch das konservative Rezept der Eindämmung. Schließlich blieb vielleicht nurmehr der Gedanke der Loslösung übrig, des Disengagements nicht nur von Europa, sondern auch von dem Teil Amerikas, der Europa ist. Aber diesen Weg hat Kennan bisher ebensowenig zu Ende gedacht wie den der Eindämmung.

Die Bürgschaft für die Sicherheit Europas

Der dritte der Londoner Vorträge *Kennans,* der sich mit den Problemen Mittel- und Osteuropas befaßt, beginnt mit einer charakteristischen Unterscheidung. Wie schon die Planer Washingtons in den Kriegs- und ersten Nachkriegsjahren, teilt Kennan das Problem des Friedens in Europa in zwei Hälften: die Satellitenstaaten oder, wie Kennan an anderer Stelle sagt, „das Vasallenreich Rußlands", und Deutschland. Rußland habe sich in den Kämpfen von 1941 bis 1945 eine militärische und politische Festung in Mitteleuropa erobert. So sei es zu den „gegenwärtigen unnatürlichen Verstrickungen" der sowjetischen Macht in Osteuropa gekommen. Es sei nun „selbst unter den günstigsten Voraussetzungen schon schwierig genug für Moskau, sich ohne Rückschlag für das ganze politische System der Russen" diesen Verstrickungen zu entziehen. Die Anwesenheit der russischen Truppen in den Satellitenstaaten stelle zusammen mit der allgemeinen militärischen und politischen Lage „den Kern des Problems" dar. Wären die russischen Truppen abgezogen, so könnten die Westmächte es getrost den Völkern Ost- und Mitteleuropas überlassen, wie sie — „aber unter allen Umständen nur aus freier Wahl" — ihre Zukunft gestalten. Jede Lösung des Problems der Satellitenstaaten setze aber die Lösung der deutschen Frage voraus, die deshalb nach Kennans Auffassung noch immer im Mittelpunkt der internationalen Spannung steht. Die deutsche Frage erhebe sich nicht nur, weil dann die russischen Soldaten auch aus der deutschen Sowjetzone abziehen müßten, sondern auch aus einem anderen Grunde: „Solange amerikanische und andere westliche Truppen in der Bundesrepublik stehen, können die Russen das Problem gar nicht anders betrachten als in Verknüpfung mit der großen militärischen Gleichung ‚Rußland und der Westen'."

Im nächsten Vortrag, der dem militärischen Problem gewidmet war, ging Kennan noch weiter und stellte die für seine Gesamtkonzeption entscheidende These auf: „Wenn die amerikanischen und die britischen Truppen nicht *auf dem Kontinent* stationiert wären, dann hinge die Verteidigung der kontinentalen Länder in erster Linie ab von der inneren Gesundheit und der Disziplin ihrer eigenen Gesellschaft, von der Art, wie sie organisiert sind, um sich gegen die Zersetzung und Unterwerfung ihres nationalen Le-

bens durch gewissenlose, aus der Fremde instruierte Minderheiten in ihrer eigenen Mitte zu schützen." Am Schluß dieses Vortrages verbürgte Kennan sich dafür, daß ein Land, das wirtschaftlich und sozial gesund, außerdem mit einem Milizsystem ausgerüstet sei, „kaum ausländische Truppen auf seinem Boden brauchen (werde), um sich gegen einen russischen Angriff zu schützen".

Diese Bürgschaft Kennans für die Sicherheit der kontinentaleuropäischen Länder beruhte auf einer Voraussetzung, die er angedeutet hat, ohne aber die Konsequenzen seinen Hörern und Lesern klar vor Augen zu stellen. Er erwähnte zwar, daß die Westmächte nicht einseitig auf die atomare Abschreckungswaffe verzichten könnten, sondern wohl auch in Zukunft „das Abschreckungsmittel" brauchen würden. Deshalb müsse es aber nicht unbedingt zu einem industriellen und technischen Wettlauf ohne Ende mit den Russen kommen. Der anschließende Beitrag in dieser Folge, in dem Klaus *Knorr*, ein anderer amerikanischer Experte aus Princeton, die Probleme der amerikanischen Verteidigungspolitik analysiert, spricht sich über diese Fragen weit deutlicher aus. Er betont, die Verbündeten der Vereinigten Staaten in Europa müßten natürlich nicht unbedingt eine atomare Abschreckungsmacht besitzen, solange sie mit Sicherheit darauf rechnen könnten, daß die amerikanische Abschreckungsmacht zu ihrem Schutz eingesetzt wird — „aber es ist durchaus nicht in allen Fällen selbstverständlich, daß das geschehen wird".[30] Dies wirft die Frage auf, wann es im nationalen Interesse der Vereinigten Staaten liegen könnte zu riskieren, daß „New York und Detroit eher als Paris und Essen zerstört werden". Der Rückzug der amerikanischen und der britischen Truppen vom europäischen Kontinent, verbunden mit der von *Kennan* gleichfalls empfohlenen Umstellung der kontinentaleuropäischen Verteidigung auf halbmilitärische Gliederungen nach Schweizer Muster, könnte als eine Rückkehr zur Theorie der massiven Vergeltung aufgefaßt werden. So hat Dean *Acheson* hervorgehoben, daß die von Kennan empfohlene Politik die Bedeutung der atomaren Waffen noch steigern würde[31]. Dies ist aber bestimmt nicht Kennans Absicht gewesen, der im Gegenteil immer wieder die Ausweglosigkeit des „Denkens in den mathematischen Formeln der Zerstörung" hervorgehoben hat. Kennan scheidet auch ausdrücklich die Möglichkeit aus, die kontinentaleuropäischen Staaten könnten aus eigenen Kräften und mit konventionellen Waffen eine bestimmte Linie in Europa so lange halten, bis eine wirksame Hilfe von außen, daß heißt von Amerika aus, mit konventionellen Mitteln geleistet werden könnte. Die Verteidigung einer bestimmten Linie hält er für zwecklos; die zu erwartende ausländische Hilfe für ungenügend.

Was bleibt zu tun übrig, wenn sowohl die Strategie der massiven Vergeltung wie auch die Verteidigung einer bestimmten Linie in Europa durch den „Schild" der NATO-Truppen oder kontinentaleuropäischer Verbände ausscheiden und die kontinentaleuropäischen Staaten auf die Ausrüstung mit strategischen oder taktischen Atomwaffen verzichten? Kennan hat für den Fall einer Verquickung militärischer und politischer Drohungen der Sowjetunion kein anderes Abwehrmittel vorzuschlagen als eine europäische Partisanenbewegung. Er glaubt, vor der „einigen organisierten Feindschaft eines ganzen Volkes" werde die Sowjetunion auch dann zurückschrecken, wenn dieses Volk weder über moderne Waffen noch über militärisch starke Verbündete auf dem Kontinent noch über den effektiven atomaren Schutz der Vereinigten Staaten und Großbritanniens verfügt.

Im Mai 1945 hielt Kennan, wie wir gesehen haben, die Schwierigkeiten der inneren Konsolidierung des sowjetischen Vasallenreiches für so groß, daß ihm „durchaus zweifelhaft" schien, ob die Sowjets sie mit ihren Methoden bewältigen könnten. In den Reith Lectures mußte er aber im Herbst 1957 feststellen: „Der Fehlschlag der Volkserhebungen gegen das russische Militärjoch hat in weiten Gebieten Osteuropas bittere, gefährliche Niedergeschlagenheit hervorgerufen. Wenn der Drang nach Unabhängigkeit oder auch nur die Hoffnung im Herzen dieser Völker erlischt, werden sie sich nicht mehr entfachen lassen; dann hat Moskau restlos gesiegt. Dann ist Osteuropa dem europäischen Ganzen und der herkömmlichen Teilnahme am internationalen Leben für immer verloren." In einem für den internen Gebrauch bestimmten Memorandum vom Mai 1956[32] — also schon vor dem tragischen Aufstand in Ungarn — hatte Kennan dem Geschehen in Osteuropa den „Charakter der Endgültigkeit" zugesprochen. Von seiner eigenen Voraussetzung ausgehend, daß die Sowjetunion sich nur dann aus Osteuropa zurückziehen würde, wenn dies „ohne Rückschlag für das politische System der sowjetischen Herrschaft" möglich wäre, muß man annehmen, daß Kennan mit dem Weiterbestehen „liberalisierter" kommunistischer Regime auch nach dem Abzug der sowjetischen Truppen rechnet. Zu ihnen würde nun ein neutralisiertes Deutschland treten, wobei in der Sowjetzone so manche Spuren der kommunistischen Herrschaft „als gegebene Tatsachen mit ins Kalkül zu ziehen" wären. Diesem neutralisierten Deutschland hat Kennan in dem erwähnten Memorandum vom Frühjahr 1956 die große Rolle des „Abschleifens der militärischen Bipolarität in Europa" zugedacht. Es wäre, von Reparationen und größeren Verteidigungslasten befreit, unbehindert in der Entfaltung seiner wirtschaftlichen Dynamik. Frankreich kommt in Kennans Vorträgen nicht vor, ebensowenig die Beneluxländer und Italien, Polen und die Tschechoslowakei. Wir wissen daher nicht, wie Kennan sich das Verhältnis dieser Staaten zueinander und vor allem zu dem neutralisierten Deutschland vorstellt.

Er sprach nur an einer Stelle in den Reith Lectures davon, man müsse „das Schicksal Europas sich ausarbeiten lassen“ und „das Ringen zwischen zwei politischen Weltanschauungen auf eine Weise (fortsetzen), die weder den betreffenden Völkern noch dem Weltfrieden Abbruch tut“. Damit sind wir an dem Ausgangspunkt angelangt, an dem 1947 Kennans Tätigkeit als Leiter des Planungsstabes einsetzte, und das Ziel des Friedens in Europa scheint ferner gerückt als je zuvor.

Alternativen der europäischen Friedensordnung

Soweit man aus *Kennans* bisherigen Andeutungen sein Bild des künftigen europäischen politischen Systems entnehmen kann, zeigt es nicht mehr als eine Wiederherstellung der Situation, wie sie zur Zeit der Verträge von Locarno und Berlin bestand: das Europa von 1926 unter dem Schatten der sowjetischen Uebermacht von 1957[33]. Diese Auffassung mag auch lebensgeschichtliche Gründe haben. Kennan hat das Deutschland der Locarno-Zeit in Berlin an der Hochschule für Politik, im Orientalischen Seminar und in Heidelberg erlebt und im Rückblick beklagt, wie viele günstige Gelegenheiten von der westlichen Politik damals versäumt wurden. Vor diesem Erlebnishintergrund steht der Satz in den Reith Lectures: „Als Universitätsdozent, dessen eigene Ausbildung teilweise in Deutschland erfolgte, habe ich etwas von dem jüngeren Deutschland gesehen, und es ist meine Ueberzeugung, daß diese jungen Menschen, so verwirrt, irregeführt und noch ohne den Halt einer festen Tradition aus der eigenen nationalen Vergangenheit sie auch sein mögen, sich einem westlichen Appell nicht versagen werden, wenn er das Siegel einer wirklichen Vision, einer echten Ueberzeugung und eines ernsten Zielbewußtseins trägt.“ Kennan fährt dann fort: „Unsere Zukunft auf dieses jüngere Deutschland zu setzen, ist zugegebenermaßen ein Wagnis; ich kann mir jedoch kein größeres Risiko vorstellen als den Zug zum Atomkrieg, der uns bereits alle erfaßt hat.“

In der von Kennan aufgezeigten Alternative — Vertrauen in die deutsche Jugend oder Atomtod — sind zwei Hypothesen enthalten: die Möglichkeit einer isolierten politischen Lösung der deutschen Frage und die Gleichsetzung des militärischen Status Deutschlands mit dem Gesamtproblem der europäischen Sicherheit und des machtpolitischen Gleichgewichts der Weltmächte. Die deutsche Jugend würde damit vor eine Alternative gestellt, an der sie scheitern müßte. Es ist aber fraglich, ob die junge Generation in Deutschland ihr höchstes Ziel darin sieht, daß man ihr noch einmal, wie Kennan vorschlägt, „selbständiges Handeln als Nation“ gestattet. Selbst wenn dies der Fall wäre, müßte ihr noch gezeigt werden, wie sie dadurch sich selbst und die Welt vor dem Atomtod bewahren könnte.

Kennans emotionaler Appell trifft nicht ganz den „Einsatzpunkt des Aktvollzuges“ (um einen Begriff *Husserls* zu gebrauchen), an dem die Politik des Disengagement ansetzen müßte, um wirksam zu werden. Er liegt nicht allein bei der deutschen Jugend und auch nicht bei dem mehr oder weniger großen Vertrauen der Westmächte zu Deutschland. Eine wirkliche Entspannung ist nur möglich durch die gemeinsame Zuwendung aller Beteiligten auf das Bild Europas, das n a c h dem Disengagement in Erscheinung treten soll. Der Weg zur Loslösung der Weltmächte a u s Europa, die Regelung des Friedens i n Europa und die Garantie der Weltmächte f ü r die getroffene Regelung müßten darin als Urbild der globalen Friedensordnung des Atomzeitalters sichtbar werden. Der Theologe und Philosoph *Niebuhr* hat diese zentrale Aufgabe nüchterner und klarer erkannt als *Kennan* in seiner persönlichen Philosophie der auswärtigen Politik. Niebuhr sieht den Anfang der Entstehung einer internationalen Gemeinschaft in dem Entschluß, „allmählich ein echtes, wenn auch noch so schwaches Bewußtsein der Gemeinsamkeit mit unserem Feind zu entwickeln“.[34] Bezogen auf die Konflikte des Westens mit der Sowjetunion, bedeutet dies für Niebuhr, daß die Westmächte dem sowjetischen Druck weiterhin mit aller Zähigkeit widerstehen, aber doch gleichzeitig einsehen sollen, daß sie mit der Sowjetunion in ein gemeinsames tragisches Schicksal verflochten sind und daß beide Seiten an der gegenseitigen Furcht Schuld tragen.

Wer die Entwicklung seit 1945 aus dieser Sicht betrachtet, wird sich nicht der Tatsache verschließen, daß auch die Westmächte, allerdings unter schwerstem Druck der Sowjetunion, einen Teil der Schuld an den gegenwärtigen internationalen Spannungen auf sich geladen haben, und zwar schon mit der ursprünglichen Umstellung ihrer Politik auf die Eindämmung der sowjetischen Macht. Noch eine Schicht tiefer müßte die geschichtliche Besinnung der Deutschen ansetzen, ohne deren Verhalten es nie zu der gegenwärtigen Verstrickung der Weltmächte in Europa gekommen wäre. Um aber die Gemeinschaft der Intentionen entstehen zu lassen, die erst ein gemeinsames Handeln zur Lösung der europäischen Friedensprobleme ermöglicht, müßte a u c h die Sowjetunion zur Einsicht in die Irrwege ihrer Politik und ihre verhängnisvollen Folgen gelangen. Insoweit hat auch die Eindämmungspolitik weiterhin ihre Berechtigung, als sie nach Kennans Worten „realpolitische Situationen schafft und behauptet, die es den russischen Machthabern unmöglich machen, die Schwächen der westlichen Zivilisation für ihre machtpolitischen Ziele auszunutzen“.

Es müßte freilich dafür Sorge getragen werden, daß dieses realistische Nahziel nicht wieder wie in der

Entstehungszeit des Marshallplanes unvermittelt neben das idealistische Fernziel gestellt wird. Die Brücke eines politischen Ordnungsgedankens ist nach zehn Jahren des Wettrüstens noch notwendiger geworden, um der manischen Egozentrik der sowjetischen Führer auf der am ehesten ansprechbaren Seite des nationalen Interesses zu begegnen. Die Sowjetunion kann heute wie 1945 einen berechtigten Anspruch auf Sicherheit geltend machen. Eine Bereitschaft der Vereinigten Staaten, auf die atomare Bewaffnung ihrer europäischen Verbündeten zu verzichten und ihre Truppen vom Kontinent zurückzuziehen, wird aber von den sowjetischen Führern als Auftakt zur Kapitulation Europas aufgefaßt werden, solange sie nicht begriffen haben, daß ihr Recht auf Sicherheit nicht zu trennen ist von dem Recht anderer Menschen auf Freiheit. Würde die Freiheit in diesem Sinne als soziale Gerechtigkeit verstanden und auf die konkrete Sozialstruktur Mittel- und Osteuropas angewandt, so erschiene es nicht mehr völlig aussichtslos, allmählich ein wenn auch noch so schwaches Bewußtsein der Gemeinsamkeit amerikanischer und sowjetischer Interessen in bezug auf Europa zu entwickeln. Es besteht, wie auch der nachfolgende Beitrag zeigt, kaum mehr Aussicht auf Lokalisierung eines bewaffneten Konflikts in Europa. Schon ein „Buschfeuer" kann die Kettenreaktion atomarer Vernichtungsschläge auslösen und die Zivilisation zerstören. Spätestens seit dem 17. Juni 1953 und dem Aufstand in Ungarn ist sichtbar, daß nur eine gesamteuropäische Verfassung als Grundordnung des gesellschaftlichen und des staatlichen Lebens eine wirkliche Sicherheit gegen die Ausbreitung örtlicher Spannungen und Konflikte gibt. Ihr Kernstück könnte der deutsche Friedensvertrag sein, weil er wie kein anderes diplomatisches Instrument geeignet ist, der „Gleichheit der Zurückhaltung" sowohl auf der Ebene der Weltmächte wie in Europa Inhalt und Gestalt zu geben. „Wenn eine Gemeinschaft aus verschiedenen organischen Kräften in der Geschichte erwächst, so muß sie schließlich erhalten werden durch gegenseitige Nachsicht und Vergebung[35]."

Anmerkungen

1) Vgl. Eberhard *Menzel*, „Die Friedensverträge von 1947", Oberursel 1948. Wilhelm *Cornides*, „Von Konferenz zu Konferenz" in: Europa-Archiv, Juli 1947, S. 669; und ders., „Die Weltmächte und Deutschland, Geschichte der jüngsten Vergangenheit, 1945—1955", Tübingen und Stuttgart 1957, S. 45 bis 50 und S. 112—120.

2) Vgl. dazu neuerdings den aufschlußreichen Bericht von Walter L. *Dorn*, „Die Debatte über die amerikanische Besatzungspolitik für Deutschland 1944—45" in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte*, 6. Jahrg. 1958, 1. Heft (Januar), S. 60—77.

3) Vgl. Wilhelm *Cornides*, „Entwicklungsstadien des europäischen Sicherheitsproblems 1943—1953" in: Europa-Archiv 8—9/1954, S. 6489—6496.

4) Vgl. Robert E. *Sherwood*, „Roosevelt and Hopkins, An Intimate History", New York 1948, S. 798; und Wilhelm H. *McNeill*, „America, Britain and Russia, Their Cooperation and Conflict, 1941—1946", London 1953, S. 320 f.

5) „The Department of State 1930—1955", Dept. of State Publication No. 5852 (August 1955); und: Richard *Sallet*, „Der diplomatische Dienst, seine Geschichte und Organisation in Frankreich, Großbritannien und den Vereinigten Staaten", Stuttgart 1953, S. 280—300.

6) Vgl. „Postwar Foreign Policy Preparation 1939—1945", Dept. of State Publication 3580, Washington 1949, 726 S. Dazu *Sallet*, a. a. O., S. 285 f. Neben den von Leo *Pasvolsky* und Harley *Notter* geleiteten Planungsarbeiten im State Department bestand ein Ausschuß für die Nachkriegsaußenpolitik, dem schließlich 48 Beamte und private Persönlichkeiten angehörten. Daneben liefen zahllose Einzeluntersuchungen privater Institutionen, unter denen vor allem die Studien des Council on Foreign Relations (American Interests in the War and in the Peace) zu erwähnen sind.

7) Walter L. *Dorn*, a. a. O., S. 63 g.

8) Vgl. zum Folgenden: Kenneth W. *Thompson*, „Beyond National Interest: A Critical Evaluation of Reinhold Niebuhr's Theory of International Politics" in: *The Review of Politics*, Vol. 17, No. 2, April 1955, pp. 167—188; Golo *Mann*, „Reinhold Niebuhr und die Kritik des Liberalismus" in: *Merkur*, Stuttgart, XII. Jahrg. 1958, Heft 2, S. 131—144.

9) Vgl. Reinhold *Niebuhr*, „Moral Man and Immoral Society", New York 1932; ders., „Christian Realism and Political Problems", New York 1953; Deutsch: „Christlicher Realismus und politische Probleme", Wien 1957. (Eine Sammlung von Aufsätzen aus den Jahren 1948—1952).

10) Zum Lebenslauf *Kennans* vgl. u. a. „Archives Diplomatiques et Consulaires", Zürich, Nov. 1949; Klaus *Mehnert*, „George F. Kennan — Diplomat und Denker" in: *Osteuropa*, II (1951/52), Februar 1952, S. 38 f.; *U.S. Feature Service*, 17. 6. 49, und Charles W. *Thayer*, „Bears in the Caviar", Philadelphia 1951.

11) Soweit nicht besonders vermerkt, stammen die folgenden Zitate Kennans aus: George F. *Kennan*, „Rußland, der Westen und die Atomwaffen", Berlin 1958.

12) Vgl. Jürgen *Reiß*, „George Kennans Politik der Eindämmung", Studien zur europäischen Geschichte aus dem Friedrich Meinecke Institut der Freien Universität Berlin, Band II, Berlin 1957. S. 11—31.

13) *Reiß*, a. a. O., S. 15.

14) *Reiß*, a. a. O., S. 16 f.

15) *Reiß*, a. a. O., S. 19.

16) *Reiß*, a. a. O., S. 19 ff.

17) Vgl. Harry Bayard *Price*, „The Marshall Plan and its Meaning", Ithaca, N. Y., 1955, S. 21—24.

18) Vgl. George F. *Kennan*, „Realities of American Foreign Policy", Princeton 1954, S. 116. Der Schlußteil dieses Buches trägt den Titel „The Unifying Factor". Vgl. dazu auch: George F. *Kennan*, „American Diplomacy 1900—1950", Chicago 1951.

19) Reinhold *Niebuhr*, „Christlicher Realismus", a.a.O., S. 61.

20) Vgl. dazu u. a. Theodor *Schieder*, „Idee und Gestalt des übernationalen Staates seit dem 19. Jahrhundert" in: *Historische Zeitschrift*, München 1957, Band 184, Heft 2, S. 336—366.

21) Vgl. Walter *Lippmann*, „The Cold War", Boston 1947.

22) Walter *Lippmann*, a. a. O., S. 10.

23) Walter *Lippmann*, a. a. O., S. 50.

24) Vgl. „Archives Diplomatiques et Consulaires", a. a. O., dazu: „Der Mann mit dem Decknamen X; George Kennan, der Rußlandexperte Amerikas verläßt seinen Posten" in: *Süddeutsche Zeitung*, 21. 9. 49 (Wiedergabe eines Berichtes aus *Time Magazine* vom Dezember 1949).

[25]) *Kennan* erhielt die Ernennung zum Botschafter am 23. 2. 52. Er kam im April 1952 nach Moskau und wurde nach einer Pressekonferenz in Berlin-Tempelhof am 19. 9. 1952 von der Sowjetunion als *persona non grata* erklärt. Der Anlaß war seine Aeußerung, die westlichen Diplomaten in Moskau seien dort praktisch Gefangene, denen die gleichen Beschränkungen auferlegt würden, wie sie von den Nazis während des Krieges den internierten amerikanischen Diplomaten in Deutschland zugemutet worden seien. Ueber den Zwischenfall vom 19. September 1952 vgl.: *The New York Times,* 19. 9. 52; 20. 9. 52; 26. 9. (Angriff der *Prawda);* 5. 10. 52 (russische Note vom 3. 10. und Erklärung *Achesons* vom 4. 10.); 9. 10. (amerikanische Antwortnote vom 8. 10.); 15. 10. (russische Antwortnote). Die meisten Kommentare der westlichen Presse standen mit Nachdruck auf Kennans Seite. Vgl. dagegen den gut informierten, kritischen Artikel von Friedrich F. *Freund,* „Warum versagte Kennan in Moskau?" in: *Weltwoche,* 10. 10. 52. Als Konsequenz der Abberufung Kennans war die amerikanische Botschaft in Moskau bei Stalins Tod (am 5. März 1953) verwaist.

[26]) Vgl. „Acheson Replies to ‚Kennanism'" in: *Life,* New York, International Edition, 17. 2. 1958, S. 53.

[27]) Vgl. *Neue Zürcher Zeitung,* 2. 2. 1958. Vgl. dazu „Die Rolle George Kennans", in: *Neue Zürcher Zeitung,* 19. 2. 58, und (als Antwort auf den Brief vom 2. 2. 58), „George Kennans Empfehlungen" in: *Neue Zürcher Zeitung,* 23. 2. 58.

[28]) Vgl. Wilhelm *Cornides* und Hermann *Volle,* „Die Vorgeschichte des Brüsseler Fünfmächte-Paktes" in: Europa-Archiv 1/1949, S. 1755—1767; „Die Entstehung des Westblocks" in: Europa-Archiv 2/1949, S. 1810—1822; Wilhelm *Cornides,* „Das kalkulierte Risiko, Unterströmungen der Europa-Politik" in: Europa-Archiv 5/1949, S. 1937—1940; Wilhelm *Cornides* und Hermann *Volle,* „Die sowjetische Außenpolitik und der Abschluß des Atlantikpaktes" in: Europa-Archiv, 9/1949, S. 2093 bis 2100.

[29]) Søren *Kierkegaard,* „Der Begriff der Angst", Uebers. C. *Schrempf,* Jena 1923, S. 57. Zitiert bei: Helmut *Kuhn,* „Gespräch in Erwartung (Zu Martin Bubers 80. Geburtstag)" in: *Merkur,* Stuttgart, XII. Jahrg. 1958, Heft 2, S. 108.

[30]) Vgl. S. 10 521.

[31]) Vgl. Anm. 26.

[32]) Vgl. James *Reston,* „Style in Foreign Policy, A Discussion of Kennan's Private Views on a Radical Change in US Diplomacy" in: *The New York Times,* 7. 5. 56.

[33]) Vgl. dazu Dietrich *Mende,* „Deutschland zwischen West und Ost; Betrachtungen zum Vortrag des Reichskanzlers a. D. Dr. Brüning über ‚Die Vereinigten Staaten und Europa'" in: Europa-Archiv 15/1954, S. 6771—6781.

[34]) Vgl. *Niebuhr,* „Christlicher Realismus", a. a. O., S. 34.

[35]) Ebenda.

Probleme der amerikanischen Verteidigungspolitik

Von Klaus Knorr

Center of International Studies, Princeton University

Der nachstehende Beitrag ist die gekürzte Wiedergabe eines Memorandums, das im Original in der Reihe der Gutachten des Center of International Studies der Universität Princeton erschienen ist (Titel des Originals: „Is the American Defense Effort Enough?"). Direktor des Center of International Studies ist Frederick S. *Dunn*.

Da eine Kürzung aus Raumgründen nicht zu vermeiden war, mußten wir auf die Wiedergabe der Einleitung und des ersten Kapitels des Memorandums, das der militärischen Lage gewidmet ist, verzichten. Wir verweisen unsere Leser auf die Aufsätze von John Foster *Dulles* und Henry A. *Kissinger* (vgl. Europa-Archiv 20—21/1957, S. 10 253 ff. bzw. 10 233 ff.), von denen der Autor nicht in der Beurteilung der militärischen Lage, sondern in seiner Auffassung der richtigen amerikanischen Antwort abweicht. In der kritischen Fortführung der inneramerikanischen Diskussion über die richtige Verteidigungspolitik der Westmächte scheint uns die Hauptbedeutung des Memorandums von *Knorr* zu liegen. *Co.*

Die amerikanische Antwort auf die sowjetische Bedrohung

Die Phase der amerikanischen Ueberlegenheit

Die vorherrschende Tendenz in der amerikanischen Verteidigungsplanung seit dem letzten Krieg war die fortlaufende, nur während des Korea-Kriegs unterbrochene Einschränkung der „konventionellen", d. h. voratomaren Streitkräfte und dementsprechend eine wachsende Konzentration auf die strategische Luftmacht. Diese Politik wurde damit gerechtfertigt, daß die neuen nuklearen Waffen das Bedürfnis nach Massenheeren verminderten — eine Kräftekomponente, in der der Westen ohnehin als dem Sowjetblock nicht konkurrenzfähig erachtet wurde — und daß wirtschaftliche Gründe eine selektive Konzentration auf die wesentlichen Elemente militärischer Stärke erforderten. Diese Politik und die militärische Doktrin, aus der sie herrührt, sahen so lange überzeugend aus, als die Vereinigten Staaten zuerst das Monopol und später für eine gewisse Zeit eine große Ueberlegenheit in nuklearen Bomben besaßen. Sogar während dieser Periode technologischer und militärischer Ueberlegenheit der Vereinigten Staaten war es zweifelhaft, ob die offizielle Doktrin und Politik genügend Raum für die Möglichkeit eines beschränkten Krieges gab, in dem es moralisch schwierig und politisch unklug gewesen wäre, sich auf nukleare Waffen zu verlassen. Diese und andere Zweifel traten deutlicher zutage, als die Phase einer entscheidenden amerikanischen Vorherrschaft in der Waffentechnik zu Ende ging.

Im Jahre 1957 paßten die Vereinigten Staaten einen beachtlichen Teil ihrer Landstreitkräfte den Bedürfnissen des beschränkten Atomkrieges an, aber diese Reform hielt die Tendenz in Richtung auf eine zahlenmäßige Verminderung der Streitkräfte nicht auf. Um zu verhindern, daß die Verteidigungsausgaben die Grenze von 38 Milliarden Dollar im Jahr überschreiten, ordnete Minister *Wilson* eine Verminderung um 100 000 Mann zum Ende des laufenden Rechnungsjahres an und sprach von weiteren Plänen zur Verkleinerung der Gesamtstärke der Streitkräfte auf 2 500 000 Mann bis zum Juli 1959. Diese Einschränkungen trafen im wesentlichen die Armee; und da die Armee- und Marineeinheiten gleichzeitig auf den atomaren Krieg umgestellt wurden, war es unter den gegebenen Umständen unausbleiblich, daß die amerikanischen Kräfte für konventionelle Kriegführung ständig abnahmen. Bei der Marine wurde das letzte Schlachtschiff „eingemottet", und die 6. Flotte verfügte zwar über eine beachtliche nukleare Schlagkraft, jedoch über wenige Flugzeuge und wenige Männer zum Einsatz im konventionellen Kampf. Gleichzeitig wurde beschlossen, zwei Infanteriedivisionen aus dem aktiven Dienst zu ziehen und eine Panzerdivision auf eine Kampfgruppe zu reduzieren, womit im Herbst 1957 ganze 15 Divisionen übrigblieben.

Die Phase des thermonuklearen Kräfteausgleichs („stand off")

Ob diese Einschränkung konventioneller Stärke und das Aufstellen einer kleinen Kampfkraft zur Führung beschränkter nuklearer Kriege den Vereinigten Staaten eine genügende Auswahl militärischer Reaktionsmöglichkeiten gibt, mußte eine Hauptfrage werden, als man die Russen für fähig oder nahezu fähig ansehen mußte, die Vereinigten Staaten mit thermonuklearer Verwüstung zu bedrohen.

Ob ein thermonuklearer Kräfteausgleich tatsächlich erreicht worden ist, kann dahingestellt bleiben. Mo-

derne Waffensysteme sind so komplex, zukünftige Kriegsbedingungen so ungewiß und Imponderabilien, wie z. B. die Kampfmoral, so unvorhersehbar, daß es äußerst schwierig ist, das gegenwärtige Verhältnis thermonuklearer Luftmacht mit annähernder Präzision oder Gewißheit zu messen. Aller Wahrscheinlichkeit nach ist die Luftmacht der Vereinigten Staaten heute immer noch der russischen überlegen; und dieser Zustand mag trotz der sowjetischen Fortschritte im Raketenbau noch ein paar Jahre andauern. Aber dieser relativ kleine und wahrscheinlich kleiner werdende Vorsprung ist kein wesentlicher Faktor im tatsächlichen Kräfteverhältnis, und zwar deshalb nicht, weil dem Kreml allgemein der Vorteil des ersten Schlages und damit die Chance, einen Teil der amerikanischen Vergeltungsmacht zu zerstören, zugerechnet wird. Der entscheidende Punkt ist, daß — exaktes Machtgleichgewicht oder nicht — die UdSSR schon jetzt die Fähigkeit hat oder bald haben wird, die Vereinigten Staaten lebensgefährlich zu treffen, einige zehn Millionen Verluste unter der Zivilbevölkerung hervorzurufen und die Masse und das Herz ihrer Wirtschaft zu zerstören oder zu lähmen. Wenn unsere pessimistischen Interpretatoren mit ihrer Annahme recht behalten sollten, daß in zwei oder drei Jahren die Ueberlegenheit der UdSSR auf dem Gebiet der Raketenwaffen ihr einen beachtlichen Vorsprung gegenüber der Vergeltungsmacht der Vereinigten Staaten geben wird, so hätte dies umgekehrt auch keine entscheidende Bedeutung, solange die Vereinigten Staaten weiterhin in der Lage bleiben, auch nach einem Ueberraschungsangriff den Russen noch untragbare Zerstörungen zuzufügen. Aber unter beiden Voraussetzungen müssen die Vereinigten Staaten jetzt ihre Verteidigungsstrategie überprüfen, denn sie können sich nicht länger auf eine entscheidende Ueberlegenheit ihrer thermonuklearen Luftmacht verlassen. Wenn nach einer neuen Strategie gerufen wird, so wird es einige Jahre dauern, bis eine revidierte Politik formuliert und auf das Material und das ausgebildete Personal eines entsprechenden Verteidigungssystems übertragen ist. Unter den jetzigen Umständen könnte auch ein beschränkter Krieg die wahrscheinlichste Form der zukünftigen Kriegführung sein. Darum soll der nächste Punkt dieser Analyse zeigen, daß die Frage einer umfassenden Strategie für die Verteidigung der Vereinigten Staaten und des Westens als so offen angesehen werden muß, daß keine einzelne Möglichkeit die eindeutig richtige ist und daß gerade dieses Dilemma der Ungewißheit in einem beachtlichen Ausmaß die amerikanische Antwort bestimmen muß.

Die Suche nach einer umfassenden Strategie

Es steht außer Frage, daß die Vereinigten Staaten ihre strategische Luftwaffe in einem Zustand halten müssen, in dem sie in der Lage ist, der Sowjetunion untragbare Verluste anzudrohen und damit den Kreml von dem Risiko eines unbeschränkten Krieges abzuschrecken. Im Hinblick auf die neueren sowjetischen Fortschritte ist das Erreichen allein dieses Zieles kein leichtes Unterfangen. Der Erfolg wird nicht dadurch garantiert, daß man sich an die Einbildung wissenschaftlicher und technischer Vorherrschaft klammert. Die Vereinigten Staaten werden die Entwicklung ihrer offensiven Kampfmittel beschleunigen müssen und mehr für den Schutz der strategischen Luftwaffe gegen einen Ueberraschungsangriff tun müssen, als bis jetzt nötig gewesen ist. Gleichzeitig könnte es sich aber als ein grober Irrtum für die Vereinigten Staaten erweisen, auf den russischen Vorsprung bei den Raketenwaffen so zu reagieren, daß man alle Anstrengungen auf das Einholen dieses besonderen Vorsprungs konzentriert oder daß man alles auf einen Versuch setzt, wieder eine entscheidende Ueberlegenheit gegenüber Sowjetrußland auf dem Gebiet thermonuklearer Schlagkraft herauszuholen. Die Frage ist, ob die Vereinigten Staaten sichergehen, wenn sie sich überwiegend auf diesen einen Rüstungssektor beschränken. Sollen die Vereinigten Staaten sich in so weitem Maße auf ein einziges Instrument zum Schutz ihrer Interessen verlassen, die sehr verschiedenen militärischen und politischen Bedrohungen ausgesetzt sein können?

Nach der Doktrin der massiven Vergeltung, die Staatssekretär *Dulles* im Januar 1954 bekanntgab, waren die Vereinigten Staaten damals bereit, mit der Anwendung ihrer nuklearen Luftmacht zu drohen, sobald eine, vermutlich mit konventionellen Kräften durchgeführte, lokale Aggression der Kommunisten nicht von den Streitkräften des angegriffenen Landes, vielleicht verstärkt durch kleinere Kontingente von anderen Mächten der freien Welt, zurückgeschlagen werden konnte. Soweit diese Politik die mögliche Verwendung der strategischen Luftwaffe gegen die Sowjetunion selbst erwog, beruhte sie auf der entscheidenden amerikanischen Ueberlegenheit über die UdSSR hinsichtlich thermonuklearer Luftmacht. Da aber die Russen dabei sind, die Vereinigten Staaten auf diesem Gebiet einzuholen, wird diese Politik gefährlicher und vielleicht wirkungslos. Sie wird gefährlicher, weil die Gefahr eines unbeabsichtigten unbeschränkten Krieges unweigerlich mit der Zahl der Fälle wachsen wird, in denen die Vereinigten Staaten bereit sind, bis an den Rand eines solchen Krieges zu gehen. Wirkungslos wird sie möglicherweise, weil die Vereinigten Staaten angesichts der Gefahr einer ernsten Verstümmelung durch die Sowjetluftwaffe zögern werden, ihre Bevölkerung und ihre Industriezentren wegen kleinerer Aggressionen aufs Spiel zu setzen; und eine solche Aenderung ihrer Haltung würde den Kreml kaum überraschen oder ihm entgehen.

Unter diesen Umständen könnte die Sowjetunion sich wohl versucht fühlen, in größerem Ausmaß als bisher Situationen beschränkten Krieges zu schaffen

und auszunutzen, wenn die nichtkommunistischen Länder keine anderen Mittel zur Abschreckung lokaler Kriege finden als die Androhung von Aktionen der Vereinigten Staaten, die zwar den Aggressor einer fürchterlichen Strafe unterwerfen, gleichzeitig aber ungefähr die gleiche Strafe für die Vereinigten Staaten selbst in Kauf nehmen. Staatssekretär Dulles befaßte sich mit diesem Problem in einem neuen Artikel im Oktober 1957[1], der die Frage der Strategie von neuem aufrollte. Er scheint vorzuschlagen, daß die Abschreckung sowjetischer Angriffe mit konventionellen Waffen, für die in der Vergangenheit die Androhung massiver Vergeltung benötigt wurde, in Zukunft auf der neuen Kapazität des Westens in taktischen nuklearen Waffen beruhen soll. Jedoch wird sich Sowjetrußland kaum mit strategischer Luftmacht und konventionellen Streitkräften zufriedengeben. Es ist bekannt, daß es schon begonnen hat, sich für den taktischen nuklearen Krieg auszurüsten; und selbst wenn es im Augenblick in der Entwicklung einer breiten Skala taktischer nuklearer Waffen hinter den Vereinigten Staaten zurückstehen mag, so ist es bestimmt eine Illusion, zu glauben, daß es darin nicht in erheblichem Maße aufholen wird.

In diesem Falle können die Vereinigten Staaten nicht ihrer Fähigkeit sicher sein, taktische nukleare Waffen zum Abschrecken einer lokalen Aggression zu gebrauchen oder, wenn sie stattfinden sollte, sie in ihren Anfängen aufzuhalten. Ebensowenig ist es in diesem Falle sicher, daß lokale Feindseligkeiten räumlich und zeitlich begrenzt werden können, wenn das örtliche nukleare Kräfteverhältnis nicht zugunsten der Verteidiger steht. Dies läßt die gleiche Frage offen, die sich eine Zeitlang auch bei den konventionellen Streitkräften stellte: ob der Westen in der Lage ist, genügend Gegenkräfte aufzubieten. Für die Vereinigten Staaten heißt das unter anderem, ob sie genügend mobile Kräfte bereit haben, um örtliche Verteidigungskräfte in jedem Raum, dessen Verteidigung vom Standpunkt amerikanischer Interessen wichtig ist, zu unterstützen.

Massive Vergeltung?

Da es immer offensichtlicher wird, daß die UdSSR nicht nur die Fähigkeit erreicht hat, thermonukleare Verwüstung über die Vereinigten Staaten selbst zu bringen, sondern darüber hinaus auch bedeutende Kräfte sowohl für beschränkten nuklearen Krieg als auch für konventionellen Krieg unterhält, die in den wichtigsten Gebieten denen überlegen sind, die der Westen gegenwärtig zur Verfügung hat, mag die Versuchung groß sein, zu dem einzigen Ausweg der massiven Vergeltung zurückzukehren. Es gibt ein paar zwingende Gründe für solch einen Kurs. Gewiß ist es unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten billiger, sich auf ein einziges Waffensystem zu verlassen; dies erscheint jenen als eine vernünftige Entscheidung, die glauben, daß schon das kleinste „Buschfeuer“ unweigerlich den Einsatz der strategischen Luftmacht auslösen würde; und es wird von denjenigen für die einzig praktikable Strategie gehalten, die an der Fähigkeit des Westens zweifeln, dem Sowjetblock in irgendeiner Kriegsart die Stirn zu bieten, die große Massenheere erfordert.

Gegen diese Ansicht kann angeführt werden, daß die angebliche Unfähigkeit des Westens, ausreichende Gegenkräfte im Bereich des beschränkten Krieges zu organisieren, natürlich nicht aus einer vergleichsweisen Armut an wirtschaftlichen Mitteln herrührt, sondern aus mangelnder Bereitschaft, einen angemessenen Teil der reichlich vorhandenen Mittel für diesen Zweck zur Verfügung zu stellen; und daß es nicht für sicher hingenommen werden sollte, daß die demokratischen Länder unfähig wären, sich dieser Aufgabe gewachsen zu zeigen, sobald die Notwendigkeit dafür ausreichend klargemacht wird. Aber das Hauptargument ist folgendes: würden die Vereinigten Staaten sich allein auf die massive Vergeltung verlassen, um alle kommunistischen Aggressionen, die über die kleinsten Grenzzwischenfälle hinausgehen, abzuschrecken (aber doch wohl kaum zu besiegen?), so würden sie das Leben der westlichen Völker entweder der Furcht der Sowjets vor Vergeltung oder ihrer Nachsicht beziehungsweise ihrem Verantwortungsgefühl anheimgeben. Welche spezielle Form eine sowjetische Aggression auch immer annehmen würde, die Vereinigten Staaten würden nur eine Form der Antwort zur Verfügung haben. In jedem Falle, unabhängig von lokalen oder anderen Umständen, wären die Vereinigten Staaten zu der Wahl gezwungen, ob sie an den Rand des totalen Krieges gehen oder der sowjetischen Aggression keinen Widerstand leisten wollen. Können die Vereinigten Staaten damit rechnen, immer die Nerven zu haben, oder können sie damit rechnen, daß ihre wichtigsten Verbündeten immer die Nerven haben, der Sowjetunion die Drohung gegenseitiger Vernichtung entgegenzuhalten? Und können wir immer damit rechnen, daß die Sowjetunion sich abschrecken läßt? Außerdem ist die Politik massiver Vergeltung geeignet, das Risiko zu vergrößern, daß ein unbeschränkter Krieg unabsichtlich ausgelöst wird.

Aber was sind die Alternativen zur Strategie des einzigen Weges? Müssen sich die Vereinigten Staaten mit einer solchen Starrheit ihrer Antwort zufriedengeben?

Kapazität für beschränkten Krieg?

Angenommen, daß ein wirkungsvolles Gleichgewicht gegenseitiger Abschreckung sowohl die Vereinigten Staaten als auch die Sowjetunion vor einer Anwendung strategischer nuklearer Kräfte gegen-

1) „Challenge and Response in United States Policy“ in: *Foreign Affairs*, Vol. XXXVI, Nr. 1, Oktober 1957. Deutsch in Europa-Archiv 20—21/1957, S. 10 253.

einander zurückhält, so ist es keineswegs leicht, die Mittel der Verteidigung zu bestimmen, welche die Vereinigten Staaten zur Verfügung haben sollten. Weiter kann angenommen werden, daß die Abschreckung der Aggression das oberste Ziel amerikanischer Politik ist, die Erreichung dieses Ziels aber die Fähigkeit erfordert, die verschiedensten Arten von Aggressionen zurückzuschlagen.

Wenn wir zwischen verschiedenen Kriegsarten von dem Konflikt mit konventionellen, d. h. vornuklearen Waffen auf der einen Seite bis zum unbeschränkten thermonuklearen Krieg auf der anderen Seite differenzieren, so könnte es dazwischen zwei oder mehr Arten von beschränkter Kriegführung mit taktischen nuklearen Waffen geben, die sich je nach den mehr oder weniger rigorosen Beschränkungen hinsichtlich Auswahl der Waffen und der anzugreifenden Ziele voneinander unterscheiden. Der Gedanke solcher Differenzierung ist bekannt geworden unter dem Stichwort „abgestufte Machtanwendung". Wenn es beispielsweise einen neuen Korea-Krieg gäbe, könnte hinsichtlich der Zielwahl unterschieden werden zwischen dem Gebrauch nuklearer Waffen nur in Korea oder auch jenseits des Yalu, zur Zerstörung feindlicher Flugplätze.

Ob jedoch diese Abstufung des taktischen nuklearen Krieges in der Praxis möglich ist, das heißt, ob beschränkte Operationen daran gehindert werden können, sich bis zur oberen Grenze des taktischen nuklearen Krieges auszuweiten, ist eine höchst umstrittene Frage. Es gibt keine Gelegenheit, dieser Unterscheidung Geltung zu verschaffen, wenn nicht beide Seiten erstens formell oder durch stillschweigende Übereinkunft ihre Operationen auf irgendein Ausmaß unterhalb der oberen Grenze beschränken können — was Fragen der beiderseitigen Interessen der detaillierten Definition der Operationen und wirksamer Nachrichtenmittel aufwirft — und zweitens genügend Kontrolle über die Aktionen ihrer Streitkräfte haben. Wenn sich die abgestufte Machtanwendung als nicht durchführbar erweisen sollte, gibt es nur noch drei Möglichkeiten: konventionellen Krieg, Krieg mit taktischen nuklearen Waffen und unbeschränkten Krieg. Unter Außerachtlassung des Problems der graduellen Differenzierung beziehen sich die folgenden Ausführungen nur auf diese drei Stufen; sie sind aber ohne weiteres auch auf eine Situation mit mehr Auswahlmöglichkeiten anwendbar.

Um eine Aggression abzuschrecken oder sie zurückzuweisen, falls die Abschreckung mißlingt, wäre es ideal, ein Arsenal der Verteidigung zu besitzen, zu dem eine Streitmacht für den beschränkten Krieg gehören würde und darüber hinaus genügend starke Abschreckungsmittel, die den Gegner davon abhalten, die Grenzen des beschränkten Krieges zu überschreiten. Der Gegner wird eine Niederlage innerhalb der von uns gewünschten Grenze der Kriegführung (d. h. eine begrenzte Niederlage) nur dann hinnehmen, wenn er von einer Aufhebung dieser Grenze noch größere Verluste erwarten müßte[2]. Aber die Fähigkeit, den Feind mit untragbaren Verlusten oberhalb der von uns bevorzugten Grenze der Kriegführung zu bedrohen, reicht offensichtlich nicht aus, wenn die Vereinigten Staaten und ihre Alliierten nicht stark genug sind, ihre Niederlage innerhalb dieser Grenze abzuwenden.

Wenn die Aggression nicht überhaupt abgeschreckt werden kann, wo sollte dann die von den Vereinigten Staaten bevorzugte Grenze des beschränkten Krieges liegen (wenn wir annehmen, daß der unbeschränkte nukleare Krieg nicht der erwünschte Austragungsmodus für einen Konflikt ist, es sei denn, er wäre die einzige Alternative zur Kapitulation, weil die Verteidigungsposition des Landes oder des ganzen Westens auf allen niedrigeren Stufen hoffnungslos geworden ist)?

Es ist möglich, aber trotz Mr. Dulles' Versicherungen keineswegs sicher, ob der Krieg mit taktischen nuklearen Waffen (oder irgendeiner seiner Abstufungen) für die Vereinigten Staaten die vorteilhafteste Kriegführung für die Abschreckung oder Durchfechtung beschränkter Feindseligkeiten ist — selbst wenn etwa entgegenstehende Interessen unserer Alliierten außer acht gelassen werden könnten. Auf diese und mit ihr im Zusammenhang stehende Fragen gibt es tatsächlich gegenwärtig keine klare und präzise Antwort, und es kann sie wahrscheinlich gar nicht geben. Wenn man damit rechnet, daß die Russen sich gleicherweise mit technologischen Mitteln zur Führung taktischer nuklearer Operationen ausrüsten, und nicht als selbstverständlich annimmt, daß die Vereinigten Staaten in dieser Hinsicht technologisch überlegen sind, dann müssen die Vereinigten Staaten und einige ihrer Verbündeten, wenn sie eine chinesisch-sowjetische Aggression abschrecken oder zurückschlagen wollen, eine beachtliche Kapazität auf diesem Gebiet besitzen. Es ist nicht einmal sicher, ob eine solche Kapazität mit einem geringeren Aufwand an Mannschaften erreicht werden kann als bei den konventionellen Streitkräften. Im einzelnen würde die zahlenmäßige Stärke der taktischen nuklearen Kräfte abhängen von den Ausmaßen der sowjetischen Kräfte, von der vergleichsweisen Beweglichkeit der sowjetischen und der amerikanischen Kräfte, von den Truppen, die für den Nachschub und die anderweitige Versorgung großer Truppenmassen mit kompliziertem Führungsapparat erforderlich sind, und — ganz wesentlich — von der Möglichkeit zum Ersatz der Verluste, die sehr groß sein können. Und selbst wenn eine rein zahlenmäßige Einsparung an Mannschaften möglich wäre, so würden doch die Gesamtbedürfnisse einer taktischen nuklearen Streitmacht von befriedigenden Ausmaßen denjenigen

[2]) George W. *Rathjens*, Jr., „Notes on the Military Problems of Europe" in: *World Politics*, Januar 1958.

einer konventionellen Streitmacht zumindest entsprechen oder sogar darüber hinausgehen, weil die zur Ausbildung und Ausrüstung für den taktischen nuklearen Krieg pro Mann aufzuwendenden Mittel wahrscheinlich die entsprechenden Pro-Kopf-Ausgaben für eine konventionelle Streitmacht übersteigen werden.

Abgesehen von der Wahrscheinlichkeit, daß eine taktische nukleare Streitmacht kein billiger Ersatz für eine konventionelle ist, ist es keinesfalls sicher, ob der Grad der Kriegführung, für den sie vorgesehen ist, den Vereinigten Staaten einen größeren Vorteil oder wenigstens einen kleineren Nachteil gegenüber dem Sowjetblock bietet als ein Krieg mit vornuklearen Waffen. Wo der relative Vorteil für die Vereinigten Staaten liegt, hängt von verschiedenen Bedingungen ab, die schwer vorauszusehen sind. Beispielsweise kommt es sehr auf die Grenzen an, die in einem taktischen nuklearen Krieg beachtet werden; denn die Vereinigten Staaten könnten einem schwer zu lösenden Nachschubproblem gegenüberstehen, wenn die Russen die Möglichkeit hätten, amerikanische Nachschublinien zu Land und zu Wasser anzugreifen. Oder die Vereinigten Staaten könnten, um ein anderes Beispiel zu geben, einen ernsten Rückschlag in ihren internationalen Beziehungen erleiden, wenn sie einen konventionellen Angriff, besonders in peripheren Gebieten, mit nuklearen Mitteln beantworten würden. Da überdies die Grenzen des konventionellen Krieges weit leichter zu definieren und folglich auch durchzusetzen sind als die Grenzen taktisch-nuklearer Operationen, werden konventionelle Operationen vermutlich eine geringere Tendenz haben, unbeabsichtigterweise in einen unbeschränkten Krieg auszuarten. Das kann durchaus eine entscheidende Erwägung sein.

Welches auch immer die von den Vereinigten Staaten bevorzugte Abstufung für einen begrenzten Krieg ist, so entstehen weitere Probleme von großer Komplexität aus der Notwendigkeit, diese Wahl dem vermutlichen Gegner aufzuzwingen. Diese Notwendigkeit würde freilich nicht bestehen, wenn sowohl die Vereinigten Staaten als auch die Sowjetunion ein starkes Interesse daran hätten, ihre Kriegführung auf das gleiche Maß zu begrenzen; eine Bedingung, die wahrscheinlich — zumindest für eine gewisse Zeit — hinsichtlich des Uebergangs zum völlig unbeschränkten Krieg gegeben ist. Doch angenommen, die Interessen der Mächte weichen voneinander ab. Wenn der taktische nukleare Krieg die von ihnen bevorzugte Stufe ist, so müssen die Vereinigten Staaten eine ausreichende Abschreckungsmacht für den unbegrenzten nuklearen Krieg zur Verfügung haben, um zu verhindern, daß der Gegner zum unbegrenzten Krieg übergeht, wenn er sich auf der von den Vereinigten Staaten bevorzugten Stufe einer Niederlage gegenübersieht. Wenn andererseits die von den Vereinigten Staaten bevorzugte Stufe der konventionelle Krieg wäre, so müßte jede feindliche Option für die Stufe der taktischen Atomwaffen verhindert werden, entweder dadurch, daß die Amerikaner in der Lage sind, dem Feind auf einer höheren Stufe die gleichen oder noch weniger tragbaren Verluste zuzufügen, oder — einen Schritt weiter — durch die Androhung eines unbeschränkten Krieges. Im Hinblick auf die Verteidigungslasten wäre es billiger, das letztere Mittel anzuwenden. Aber das Risiko, daß dadurch der Ausbruch eines unbeschränkten Krieges näherrücken würde, muß gegen eine solche Sparmaßnahme abgewogen werden.

Etwas anders liegt das ganze Problem für die Länder in Westeuropa und entlang der Grenzen des chinesisch-sowjetischen Blocks, denn sie sind möglicherweise Schauplätze von Feindseligkeiten im Fall eines beschränkten Krieges. Von ihnen können nur wenige, vielleicht sogar keines hoffen, eine sowjetische Aggression jedweden Ausmaßes aus eigener Kraft aufzuhalten. Sofern sie von außen keine Hilfe erwarten können und nicht die Kapitulation vorziehen, ist die beste Strategie für sie, sich auf eine strategische nukleare Schlagkraft zu verlassen, vorausgesetzt, daß sie in der Lage sind, sich mit den notwendigen Waffen auszurüsten und diese vor der Vernichtung durch einen Ueberraschungsangriff zu schützen — und damit den Angreifer mit so weitgehender Zerstörung zu bedrohen, daß eine lokale Aggression sich für ihn nicht bezahlt macht.

Breitere Auswahlmöglichkeiten haben nur die mit den Vereinigten Staaten verbündeten Länder. Sie brauchen natürlich keine strategische nukleare Abschreckungsmacht zu besitzen, solange die amerikanische Abschreckungsmacht mit Sicherheit zu ihrem Schutz eingesetzt wird — aber es ist durchaus nicht in allen Fällen selbstverständlich, daß das geschehen wird. Angenommen, diese Sicherheit wäre gegeben, so dürften diese Länder auf den ersten Blick wenig geneigt sein, Vorbereitungen für einen taktischen nuklearen Krieg zu treffen, denn wenn eine Aggression nicht verhindert werden kann und sie möglicherweise zum Kriegsschauplatz werden, müssen sie mit Verwüstungen von untragbarem Ausmaß rechnen. Auf Grund solcher Erwartungen würden sie sich im Falle einer sowjetischen Aggression gegen ihr Gebiet wahrscheinlich am liebsten auf die Drohung massiver Vergeltung durch die Vereinigten Staaten verlassen — also auf die Aussicht, daß New York und Detroit eher als Paris und Essen zerstört werden — oder aber einen beschränkten, in diesem Falle konventionellen Krieg vorziehen, der für sie wahrscheinlich am wenigsten verlustreich wäre. Die erste Alternative würde es diesen Ländern zwar ermöglichen, in ihren eigenen Verteidigungsanstrengungen nachzulassen, und sie würde ihnen große Zerstörungen ersparen für den Fall, daß die Kommunisten sich auch durch die amerikanische Drohung nicht abschrecken ließen; aber sie würden in einem solchen Fall auch die Aus-

sicht auf eine Eroberung durch die Sowjets in Kauf nehmen müssen.

Eine andere strategische Konzeption für die Alliierten wäre, es den Vereinigten Staaten gleichzutun, wenn diese beschließen, eine handfeste Streitmacht zur Führung eines beschränkten nuklearen Krieges aufzubauen; und das trotz der Gefahr einer lähmenden Zerstörung, falls ein solcher Krieg wirklich stattfände und auf ihrem eigenen Gebiet ausgefochten würde. Der Sinn einer solchen Entscheidung würde darin liegen, daß sie nicht dem Zweck dient, solch einen Krieg zu führen, sondern vor ihm wie auch vor jeder Aggression mit geringeren Mitteln mit einem hohen Maße an Verläßlichkeit abzuschrecken, indem man in allen gefährdeten Gebieten eine den sowjetischen Mitteln für die begrenzte Kriegführung eindeutig überlegene Macht unterhält. Diese Strategie erfordert allerdings die Aufwendung immenser Mittel durch die Vereinigten Staaten und ihre Alliierten.

Die Wahl, welche die Verbündeten der Vereinigten Staaten treffen, ist weitgehend von der amerikanischen Politik abhängig und kann deshalb bis zu einem gewissen Grad von den Vereinigten Staaten beeinflußt werden. Umgekehrt muß die Frage, welche Strategie diese Länder wählen — und diese Wahl kann für jedes Land und innerhalb jeden Landes je nach dem Zeitpunkt verschieden sein —, notwendigerweise die Aufgabe der amerikanischen Verteidigungsplanung erschweren, denn die Vereinigten Staaten können es sich kaum leisten, die Wünsche ihrer hauptsächlichen Alliierten zu ignorieren.

Bei dieser Suche nach einer vernünftigen Verteidigungspolitik drängen sich zwei Folgerungen auf. Erstens ist die amerikanische Planung fast mit Sicherheit zu weit gegangen in der Verminderung der für die Abschreckung und Ausfechtung beschränkter Kriege einsatzbereiten Streitkräfte — insbesondere bei den Landstreitkräften. Dieses Versäumnis resultiert, abgesehen von dem starken Druck zugunsten einer Verkleinerung des Verteidigungsbudgets, aus einer verspäteten Erkenntnis und Anpassung an die neue Situation, in der die Vereinigten Staaten keine entscheidende Ueberlegenheit in der thermonuklearen Luftmacht mehr besitzen. Zweitens — und das ist der Hauptzweck der vorangegangenen Darlegungen — sollte es nun außer jedem Zweifel stehen, daß das Festlegen einer vernünftigen Verteidigungsstrategie in dieser Welt des schnellen Wandels eine Aufgabe von unüberschaubarer und vielleicht kaum lösbarer Schwierigkeit ist. Das entscheidende Problem bleibt die Ungewißheit. Diese Ungewißheit in so vieler Hinsicht würde keine Schwierigkeiten machen, wenn die Vereinigten Staaten es sich leisten könnten, unbegrenzte Mittel für die Verteidigung aufzuwenden und sich so auf alle Eventualitäten vorzubereiten. Doch die Notwendigkeit, zu sichten und die eine oder andere Methode zu bevorzugen, kann nicht umgangen werden; und man kann unter diesen Umständen kaum darauf vertrauen, daß eine einzige strategische Konzeption die Sicherheit des Landes garantieren wird. Welche Richtung den Anstrengungen der Vereinigten Staaten auch gegeben wird, es bleibt immer eine unentrinnbare Gefahr, daß sie scheitern.

Luftverteidigung?

Die Fähigkeit zur Kriegführung in Uebersee ist keineswegs die einzige schwierige Frage für die amerikanischen Planer. Zu einem gewissen Grad muß die Heimatverteidigung gegen einen thermonuklearen Luftangriff die Unterhaltung offensiver Kräfte für unbeschränkte oder beschränkte Kriege ergänzen. Die Vereinigten Staaten haben beachtliche Versuche unternommen, ihre aktive Luftverteidigung zu verbessern, wobei der Schutz von Stützpunkten der strategischen Luftwaffe hohe Priorität genoß; aber auf den Gebieten der Zivilverteidigung, der passiven Verteidigung (Zerstreuung und Befestigung ziviler Angriffsziele) und der Vorbereitung des Landes für die Wiederherstellung nach einer weitgehenden Zerstörung ist außerordentlich wenig getan worden[3]. Obwohl damit gerechnet werden muß, daß ein unbeschränkter thermonuklearer Ueberfall auf die Vereinigten Staaten das Land bis zur Unkenntlichkeit verstümmeln und die überlebende Bevölkerung beispiellosen Schwierigkeiten der Lebenssicherung und des Wiederaufbaus aussetzen würde, lassen sich Gründe für diese Vernachlässigung der Luftverteidigung anführen. Erstens gibt es bis jetzt keine bekannten technologischen Mittel zur Verteidigung gegen moderne Flugzeuge und Raketen, die gut genug wären, um auch nur annähernd den hochgradigen Schutz gegen Luftangriffe zu leisten, der im Zweiten Weltkrieg erreichbar war. Zweitens ist jede wirksame passive Verteidigung durch Zerstreuung oder Befestigung ziviler Angriffsziele nicht nur äußerst kostspielig, sondern sie würde auch unerträgliche Veränderungen im normalen Leben der Bevölkerung notwendig machen. Drittens ist es angesichts der technischen Ueberlegenheit offensiver Luftmacht gegenüber allen bekannten Verteidigungsmöglichkeiten für einen präsumtiven Feind verhältnismäßig einfach und billig, kostspielige Verteidigungsmaßnahmen mit einer nur geringen Verstärkung seiner Offensivkraft zu überwinden. Viertens läßt sich unter diesen Umständen sehr viel dafür sagen, zusätzliche Mittel nötigenfalls der gegenwärtigen und zukünftigen amerikanischen Vergeltungsmacht zugute kommen zu lassen und damit jeden möglichen Angreifer von der Auslösung eines unbeschränkten Krieges abzuschrecken.

Doch hängt diese Rechtfertigung der gegenwärtigen Politik in nicht geringem Maße davon ab,

[3]) Eine tiefgreifende Untersuchung des Problems in: „Civil Defense for National Survival", Hearings before a Subcommittee of the Committee on Government Operations, House of Representatives, 84th Congress, Second Session, Parts 1—7; Washington 1956.

welchen Gebrauch die Vereinigten Staaten von ihrer strategischen Luftwaffe zu machen gedenken. Die Entscheidung, die Bemühungen um aktive und passive Luftverteidigung zu vernachlässigen, ist dann vernünftig, wenn die Vereinigten Staaten die strategische Luftwaffe ausschließlich zur Abschreckung einer unbeschränkten Aggression durch die UdSSR benutzen wollen. Sie ist wahrscheinlich weniger vernünftig, wenn die Vereinigten Staaten großzügig mit ihrer nuklearen Luftmacht drohen, um Sowjetrußland von beschränkten Aggressionen abzuschrecken, und sich damit recht häufig an den Rand eines Krieges begeben. Ein solches Pochen auf die Schlagkraft der strategischen Luftwaffe muß in gewisser Weise die Möglichkeit des Ausbruchs eines unbeschränkten Krieges, und sei es unbeabsichtigterweise, erhöhen. Eine Strategie, die sich so sehr auf strategische Luftmacht verläßt, mag relativ geringere Aufwendungen für taktische Landstreitkräfte, die auf beschränkten Krieg zugeschnitten sind, rechtfertigen, aber sie rechtfertigt kaum eine gleichzeitige Vernachlässigung der Luftverteidigung. Da es eine absolute Notwendigkeit ist, die strategische Luftmacht beizubehalten, ist es einigermaßen logisch, in der Luftverteidigung einerseits und der Kapazität zu beschränktem Krieg andererseits Konkurrenten bei der Verteilung der für die Verteidigung verfügbaren Mittel zu sehen; und es spricht eine große Wahrscheinlichkeit dafür, daß die Vernachlässigung beider, wie es die USA in den letzten Jahren getan haben, schwer zu rechtfertigen ist[4].

Die wirtschaftliche Belastung

Nächst der Frage nach der Doktrin ist diejenige nach den Kosten die wichtigste. Dies ist hauptsächlich ein Problem der grundsätzlichen Einstellung dazu. Eine dieser Einstellungen, die Selbstgefälligkeit, ist in den letzten Monaten nicht genügend in Rechnung gestellt worden. Von den anderen sind am wichtigsten: die Furcht, daß ein übertriebener Aufwand für die Verteidigung die amerikanische Wirtschaft unterminieren könnte; der nagende Zweifel, ob das Militär die ihm zugeteilten Mittel mit Umsicht und Wirksamkeit verwenden wird; und schließlich das Zögern der Oeffentlichkeit, die Lasten umfassender Verteidigungsmaßnahmen zu tragen. Alle diese Einstellungen spielen eine bedeutende Rolle, weil die Verteidigungskosten in unserer Zeit so unverhältnismäßig hoch sind.

Die hohen Verteidigungskosten

Im Vergleich zu früheren Perioden formellen Friedens haben sich die amerikanischen Verteidigungskosten in den letzten Jahren auf einem sehr hohen Durchschnitt gehalten. Von 1930 bis 1939 gaben die Vereinigten Staaten im Durchschnitt etwas über 1 vH ihres Bruttosozialprodukts pro Jahr für ihre nationale Sicherheit aus. Sogar 1939, angesichts der Kriegsgefahr, lag der Anteil noch etwas unter 1,5 vH. Dagegen beliefen sich die Aufwendungen in den vier Jahren von 1947 bis 1950 auf einen Durchschnitt von 6,5 vH (einschließlich Atomenergie und militärische Auslandhilfe) und in den drei Jahren von 1954 bis 1956, im Anschluß an außerordentlich hohe Ausgaben während des Koreakrieges, auf fast 11 vH. Für diese sprunghafte Aufwärtsentwicklung sind verschiedene Faktoren verantwortlich.

Erstens spiegelt das scharfe Ansteigen der Verteidigungskosten zu einem großen Teil den sowjetischen Druck wider und die bipolare Struktur der militärischen Machtverhältnisse in der Welt, die den Vereinigten Staaten die militärische Hauptlast zur Verteidigung des Westens auferlegt. Frühere Machtfaktoren, wie die britische Flotte, kommen für den Schutz der Vereinigten Staaten nicht mehr in Betracht. Zweitens liegt wirkungsvolle Sicherheit heute in überwiegendem Maße in einer e i n s a t z b e r e i t e n Macht und nicht, wie früher, in einem Kriegspotential, das im Falle eines Notstandes erst mobilisiert wird. Die Notwendigkeit sofort aktionsfähiger Streitkräfte besteht sowohl für die Abschreckung eines unbeschränkten nuklearen Krieges als auch für die Abwehr lokaler Aggressionen. Drittens hat der technologische Fortschritt den Bedarf der Streitkräfte an technischer Fertigkeit und Material stark erhöht, denn Flugzeuge sind in Produktion und Wartung viel teurer, und die Ausbildung der Besatzungen ist viel kostspieliger als früher usw. Viertens verlangt der außergewöhnlich schnelle Fortschritt auf dem Gebiet der Waffenentwicklung nicht nur große und immer größere Mittel für Forschung und Entwicklung, sondern führt auch dazu, daß kostspielige Ausstattungen und die Fertigkeit in ihrem Gebrauch ungewöhnlich schnell veralten. Forschung und Entwicklung haben sogar direkt die Aufgabe, die vorhandenen Waffen dem Veralten anheimzugeben, und die Notwendigkeit dafür ist zwingend, wenn im technologischen Wettbewerb mit der Sowjetunion Schritt gehalten werden soll.

Diese vier Bedingungen allein haben die Natur des Sicherheitsproblems, dem die Vereinigten Staaten gegenüberstehen, in höchstem Maße verändert. Aber es gibt noch einen fünften Faktor, dessen Einfluß vielleicht weniger leicht zu berechnen ist, der aber sicherlich in seinen Auswirkungen nicht weniger ausschlaggebend ist. Dieser Faktor ist die unausweichliche Notwendigkeit, die Ungewißheit in Rechnung zu stellen. Wie oben ausgeführt, sehen wir uns einer ungewöhnlichen technologischen Ungewißheit gegenüber, und später wird noch zu zeigen sein, daß wir auch unter dem Druck wirtschaftlicher Ungewißheit stehen. Vor allem aber besteht eine strategische Un-

[4]) Vgl. Malcolm W. *Hoag*, „Is ‚Dual' Preparedness More Expensive?" in: *Bulletin of Atomic Scientists*, Vol. XIII, Nr. 2, Februar 1957.

gewißheit, das heißt es gibt keine auf der Hand liegende Antwort auf die Frage, welche Art Waffensystem die Vereinigten Staaten bevorzugen sollten, und deshalb ist es verzweifelt schwierig, zu entscheiden, wieviel am besten für die strategische Luftwaffe, wieviel für die Kapazität für beschränkten Krieg — und für welche Art davon — und wieviel für die zivile und aktive Luftverteidigung ausgegeben werden soll.

Da es für den Gesamtaufwand, den die Vereinigten Staaten fähig und bereit sind, auf sich zu nehmen, eine Grenze gibt, ist eine Auslese unumgänglich; und da unsere Fähigkeit, die benötigte Kräftestruktur vorauszusehen, unter den gegebenen Umständen noch begrenzter ist als in der Vergangenheit, läuft jede Entscheidung große Gefahr, sich in der Zukunft als fehlerhaft zu erweisen. Zum Beispiel können zukünftige Ereignisse schreckliche Folgen haben, wenn die Vereinigten Staaten die Verteidigungsmittel überwiegend für die strategische Luftmacht verwenden und gleichzeitig ihre Fähigkeit, beschränkte Kriege mit beschränkten Mitteln zu führen, vernachlässigen; und die Folgen könnten ähnlich unheilvoll sein, wenn eine Uebertreibung der zivilen Luftverteidigung die strategische Luftwaffe beeinträchtigen würde. Selbst wenn die Planer sicher wären — was sie übrigens kaum sein dürften —, daß sie für 1957 die richtige Vorhersage getroffen haben, so können sie doch nicht annehmen, daß diese Prognose auch noch für 1958 und 1959 gelten wird, denn die Bedingungen der Stärke und Schwäche in der sowjetischen Sphäre und der übrigen Welt und auch unsere Kenntnis von ihnen sind unaufhörlich in Bewegung. Mit anderen Worten, eine leistungsfähige Verteidigung verlangt die immerwährende Bereitschaft, alle Entscheidungen unter Berücksichtigung sich ändernder Umstände zu revidieren.

Das Problem der Auswahl und der Ungewißheit

Dieses ungeheure Problem der Prognose und Auswahl hat drei gewichtige Implikationen. Erstens können viele der zu treffenden Entscheidungen fürchterliche Konsequenzen haben. Sie können ernsthaft oder sogar verheerend das zukünftige Ueberleben der Nation beeinträchtigen. Wenn wir einen zu großen Teil unserer Mittel statt für die Flugzeug- und Raketenproduktion für die Forschung und Entwicklung aufwenden, ist es möglich, daß wir in einem kritischen Augenblick nicht genügend brauchbare Flugzeuge und Raketen haben, denn Prototypen können nicht kämpfen. Wenn wir an der Forschung und Entwicklung, einschließlich der Grundlagenforschung, zu sehr sparen, müssen wir damit rechnen, eines Tages zu entdecken, daß der Sowjetunion ein technologischer Durchbruch in einem Gebiet der Waffentechnik gelungen ist, der unsere einsatzbereiten Kräfte rückständig macht. Wenn wir zu sehr an der aktiven und zivilen Luftverteidigung sparen und die „Große Abschreckung" dann doch nicht funktioniert, können wir den Tod von Millionen verursacht haben, die sonst vielleicht am Leben geblieben wären. Wenn wir zu sehr an mobilen Land- und taktischen Luftstreitkräften (einschließlich Lufttransportkräften) sparen, die in der Lage sind, in lokalen Kriegen zu kämpfen, dann könnten wir erleben, wie der kommunistische Herrschaftsbereich sich durch die Mittel militärischer Erpressung oder lokaler Aggressionen ausdehnt, weil wir zögern, einen unbeschränkten Krieg der gegenseitigen Vernichtung zu entfesseln.

Zweitens sind, wie schon gesagt, viele der schicksalhaften Entscheidungen sehr schwer zu treffen. Sogar unsere Informationen über die gegenwärtigen sowjetischen Absichten und Kapazitäten können beträchtlichen Irrtümern unterliegen, und im Bereich der hohen politischen Planung kann es vorkommen, daß sogar stichhaltige Schätzungen unbeachtet gelassen werden, weil Konsequenzen das Bild eingefleischter Anschauungen und Wünsche stören. Aber die Beschlüsse über die Zuteilung der Mittel für die Verteidigung, die wir heute fassen, betreffen unsere zukünftige Kampfkraft, und unsere Fähigkeit, zukünftige Situationen in allen entscheidenden Aspekten vorauszusagen, ist ziemlich unzureichend. Sie ist sicher weniger zuverlässig, als Beamte des Verteidigungsministeriums wahrhaben möchten, wenn sie wichtige Entscheidungen rechtfertigen. Den bestinformierten Leuten muß unweigerlich klar sein, daß die Möglichkeit eines Irrtums vorhanden ist und nicht vermieden werden kann. Kurz gesagt, das Risiko, falsche Entscheidungen zu treffen, ist ebenso groß, wie die Konsequenzen falscher Entscheidungen gefährlich sind.

Drittens gibt es überall im militärischen System eine längere Anlaufzeit, die sich oft über mehrere Jahre hinzieht, bevor Entscheidungen über die Entwicklung von Waffen oder neuen Kampfeinheiten zu einsatzbereiten militärischen Machtmitteln führen. Die B 52 brauchte sechs Jahre, bis sie vom Konstruktionsstadium zur Kampffähigkeit gediehen war. Vom Entschluß zur Aufstellung einer Luftlandedivision bis zu ihrer vollständigen Ausrüstung und Ausbildung verstreicht viel Zeit. Dieser lange Zyklus in der Aufstellung moderner militärischer Kräfte bedeutet, daß falsche Entscheidungen hinsichtlich Größe, Zusammensetzung und Ausrüstung der Streitkräfte nicht so schnell wieder rückgängig gemacht werden können.

Die dreifache Tatsache, daß in wichtigen Entscheidungen über die Verteidigung Irrtümer häufig vorkommen und sich verhängnisvoll auswirken können und nur innerhalb einer langen Zeitspanne wieder gutzumachen sind, unterstreicht klar die Notwendigkeit, bedachtsam vorzugehen. Die Folgen leichtfertiger Entscheidungen wären fürchterlich. Wir dürfen es nicht wagen, anzunehmen, daß wir auch nur mit einiger Präzision den Umfang und die Art militärischer Verteidigung voraussagen können, die uns in den Jahren 1959 oder 1964 die erstrebte Sicherheit

geben wird, und folglich daranzugehen, Streitkräfte, Waffen und Forschungsprogramme zu reduzieren, die wir dann, der Voraussage gemäß, nicht brauchen werden. Bedachtsamkeit bedeutet angesichts der Ungewißheit, daß wir uns gegen Irrtum versichern, daß wir uns mehrere Wege offenhalten für Entscheidungen, bei denen viel auf dem Spiele steht. Die sowjetischen Führer tun das. In Erkenntnis der Tatsache, daß langwierige Zermürbungskriege zu Lande unwahrscheinlich sind und daß die taktischen nuklearen Waffen die Massierung großer Landheere nicht gestatten werden, verkleinern sie die Zahl ihrer Divisionen. Aber im Gegensatz zu den Vereinigten Staaten erhalten sie sich ein sehr vielseitiges und ausgewogenes militärisches System, das ihnen zu jeder Zeit und in jedem für sie strategisch wichtigen Gebiet erhebliche Auswahlmöglichkeiten für militärische Initiativen und Reaktionen läßt.

Wie jede Versicherung kostet auch eine Versicherung gegen Irrtümer bei der Vorbereitung unserer Verteidigung Geld. Wie groß auch immer die Umsicht beim Treffen von Entscheidungen sein mag: je weniger wir für die Verteidigung ausgeben, um so schwerer wird uns die Wahl fallen und um so mehr müssen wir uns auf unsere dürftige Fähigkeit verlassen, die Umrisse der Zukunft vorauszusehen. Man ist sich allgemein einig, daß die „Große Abschreckung“ aufrechterhalten werden muß. Aber je mehr wir die Gesamtsumme beschränken, die wir für die Verteidigung aufwenden, um so größer wird der Anteil, den die „Große Abschreckung“ aufbraucht, und um so weniger steht für die Landstreitkräfte oder die Zivilverteidigung zur Verfügung. In der sorgfältigen Senatsuntersuchung über die Luftmacht im Jahre 1956 wurde darauf hingewiesen, daß es in den Direktiven des Verteidigungsministers an die Streitkräfte über die Verteidigungsausgaben in den Rechnungsjahren 1956 und 1957 an Worten wie „eliminieren“, „verringern“, „kürzen“, „zurückstellen“ nur so wimmelte. Es ist zu erwarten, daß ein solcher Druck zur Sparsamkeit schwierige und sehr risikoreiche Entscheidungen über Forschung, Material und Dutzende anderer Dinge erzwingen wird, von denen sich vielleicht später herausstellt, daß sie unsere nationale Sicherheit geschwächt haben.

Als Ergebnis ist festzustellen, daß das Risiko, uns eines Tages für die Sicherung unseres Lebens schlecht gerüstet zu finden, um so geringer ist, je größere Mittel wir aufwenden. Nicht einmal die Vereinigten Staaten können sich gegen alle künftigen Zufälle sichern. Aber sich auf die absoluten „Vordringlichkeiten“ zu beschränken, ist gefährlich angesichts unserer begrenzten Fähigkeit, zu definieren, was absolut „vordringlich“ ist, angesichts der gefährlichen Folgen irrtümlicher Definitionen und angesichts der Schwierigkeit, Fehler wieder gutzumachen.

Wieviel kann die Wirtschaft aufbringen?

Die Furcht vor einer Schwächung der Wirtschaft

Da die Verteidigung notwendigerweise riesige Anforderungen an die Hilfsquellen der Nation stellt, überrascht es nicht, daß ein weiteres Element der Unsicherheit die amerikanischen Verteidigungspläne verwirrt hat. Kann die amerikanische Wirtschaft eine so starke Anspannung Jahr für Jahr auf wahrscheinlich unbegrenzte Zeit aushalten? Die jüngst aufgetretene Bereitschaft, die Verteidigungsausgaben zu beschränken, wurde zu einem gewissen Grad hervorgerufen durch die Abneigung des Kongresses, auch nur eine zeitweilige Ueberschreitung der festgelegten Grenze der Bundesschuld zu gestatten, und durch die besonders während der ersten neun Monate des Jahres 1957 außerordentlich betonte Entschlossenheit, den Inflationsdruck zu verringern. Aber die hauptsächliche wirtschaftliche Befürchtung wurzelte in der tiefen Furcht, daß der amerikanische Lebensstil im Grunde genommen durch eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage ebensosehr von innen bedroht ist wie durch eine Aggression von außen und daß ein zu großes Verteidigungsbudget die Wirtschaft unterminiert. Präsident *Eisenhower* und zahlreiche andere Sprecher haben diese Befürchtung wiederholt ausgesprochen.

Unglücklicherweise gibt es keine fertige Antwort auf die Frage, wie groß die Verteidigungslast ist, die die Wirtschaft über eine lange Zeitspanne „aushalten“ kann. Angesichts der Bedeutung dieser Befürchtungen ist es um so mehr zu bedauern, daß die Leute, die sie äußern, bis jetzt nicht versucht haben, zu einer so kühlen und vernünftigen Einschätzung dieser Gefahr zu gelangen, wie sie beim gegenwärtigen Stand unseres zugegebenermaßen mangelhaften Wissens möglich wäre. Nur wenige der Verantwortlichen haben sich jemals bemüht, wenigstens zu definieren, was sie unter einer „gesunden Wirtschaft“ verstehen, oder in einer sinnvollen Weise zu erklären, wieso ein Anstieg der Verteidigungsausgaben um einige Milliarden Dollar die Wirtschaft erschüttern würde. Das hindert sie aber nicht, ihre Entscheidungen zu treffen. 1948 beispielsweise entschied Präsident *Truman*, daß das Verteidigungsbudget für das Rechnungsjahr 1950, das letzte vor dem Koreakrieg, auf 15 Milliarden Dollar gehalten werden sollte, obwohl Verteidigungsminister *Forrestal* und die Befehlshaber der Streitkräfte mindestens 18 Milliarden Dollar verlangten. Obwohl auch andere Gründe vorgebracht wurden, diese Einsparung zu rechtfertigen, stützten sich Präsident Truman und Mr. James *Webb*, der Direktor des Haushaltsamtes, vor allem auf das Argument, daß ein Verteidigungsbudget von 15 Milliarden Dollar die Wirtschaft bis an die Grenze des Erträglichen belaste, und dieses Argument machte einen starken Eindruck auf

Verteidigungsminister Forrestal, General Bradley und andere. 15 Milliarden Dollar entsprachen damals etwa 5,5 vH des Bruttosozialprodukts. Als dann der Koreakrieg ausgebrochen war, stiegen die Verteidigungsausgaben auf über 50 Milliarden Dollar, das heißt auf mehr als 14 vH des Bruttosozialprodukts, ohne daß die amerikanische Wirtschaft in irgendeiner Weise ruiniert worden wäre.

1956 riefen jedoch die gleichen Erwägungen schwere Befürchtungen über die Tragbarkeit unserer Verteidigungspläne hervor, weil die Verteidigungsausgaben im Rechnungsjahr 1958 stark ansteigen und, wenn das Bruttosozialprodukt mit etwa 430 Milliarden Dollar angesetzt wird, 11 vH dieses Betrages erfordern sollten. Es ist offensichtlich notwendig, diese Befürchtungen zu durchleuchten, indem man die Belastungen untersucht, die das eine oder andere Niveau der Verteidigungskosten der Wirtschaft auferlegt; und diese Untersuchung muß mit derselben Entschlossenheit betrieben werden wie die Untersuchung der Auswirkungen der verschiedenen Grade militärischer Bereitschaft auf die äußere Sicherheit der Nation. Das ist zugegebenermaßen schwierig. In der Tat steht die starke Ueberzeugung, mit der viele Leute eine Schwächung der Wirtschaft durch große Verteidigungsausgaben voraussagen, in schlagendem Gegensatz zu unserem mangelhaften empirischen Wissen über diese Zusammenhänge.

Bei der Beantwortung dieser Frage für jedes mögliche Niveau der Verteidigungsausgaben muß von vornherein eine Unterscheidung getroffen werden, damit die Dinge nicht verwirrt werden. Es geht hier um zwei Fragen: erstens, ob wir bereit sind, unseren persönlichen Anteil an der notwendigen Steuerlast zu tragen, wenn die Volkswirtschaft selbst dadurch nicht erschüttert wird; und zweitens, wenn wir persönlich nicht dagegen sind, unseren Teil der steuerlichen Belastung zu tragen, ob dann nicht die Gesundheit der Wirtschaft untergraben wird. Zweifellos gebrauchen einige Leute, die nicht bereit sind, sich einen großen Teil ihres Einkommens wegsteuern zu lassen, das Argument der „gesunden Wirtschaft“, um ihrer Opposition gegen den ersten Punkt einen respektablen Anschein zu geben — sich selbst und anderen gegenüber. Aber die zwei Antworten betreffen grundverschiedene Dinge und können je nach dem vorgeschlagenen Niveau der Verteidigungsausgaben durchaus verschieden sein.

Wirtschaftliche Folgen von großen Verteidigungsbudgets

Die Gefahr, daß große Verteidigungsbudgets zu finanzieller Instabilität oder zu einer wesentlichen Ausdehnung staatlicher Kontrollen über das Wirtschaftsleben führen, hängt vor allem von der Bereitschaft der Oeffentlichkeit ab, Steuern zu zahlen. Die Vorteile der Sicherheit, die durch das eine oder andere Niveau der Verteidigungsausgaben erkauft werden können, treten an die Stelle der Vorteile, die private oder andere öffentliche Ausgaben erbracht hätten. Der amerikanische Wähler muß diese Vorteile wägen und im Lichte der zur Verfügung stehenden Informationen miteinander vergleichen. Seine daraus resultierende Wahl wird sich in der politischen Willensbildung abzeichnen. Normalerweise wird diese Wahl das Funktionieren der amerikanischen Wirtschaft, solange Vollbeschäftigung herrscht, nur in einer wesentlichen Hinsicht berühren: Von dem Wunsch befangen, den Kuchen zu essen und ihn doch zu behalten, könnte die Oeffentlichkeit den Wunsch haben, mehr für Verteidigungszwecke auszugeben, als sie durch die Bereitschaft, entsprechend hohe Steuern zu zahlen, aufbringen müßte. In diesem Falle könnte Inflationsdruck das Ergebnis sein, der, wenn er länger anhält und ernsthafter Natur ist, das produktive Funktionieren der Wirtschaft behindern und die relative Freiheit der Wirtschaft beeinträchtigen könnte, weil er die Anwendung staatlicher Kontrollen über die privaten Ausgaben nahelegt.

Da die jetzt benötigten Verteidigungsaufwendungen von unbestimmter Dauer sind, erfordert eine gesunde Politik, daß sie nach dem Grundsatz des „pay as you go“ finanziert werden (d. h. daß in jedem Jahr nur so viel ausgegeben wird, wie durch Steuermittel hereinkommt). Die Regierung muß die Grenze der Ausgaben feststellen, welche die Oeffentlichkeit zu tragen bereit ist, und wenn diese Grenze beträchtlich unter dem aus militärischen Gründen erforderlichen Maß liegen sollte, dann ist es die Aufgabe der Führung der Nation, der Oeffentlichkeit zu erklären, warum größeren Ausgaben nicht ausgewichen werden darf.

Es bleibt noch das Problem, ob oder in welchem Maße ein anhaltend großer Verteidigungsaufwand die Wachstumsquellen der amerikanischen Wirtschaft verschütten wird. Unzweifelhaft ist das ein bedeutendes Problem, denn die Verteidigungsanstrengungen lasten zu einem großen Teil auf der Wirtschaft; und wie groß auch immer die ihr auferlegten Verteidigungslasten sind, sie können leichter getragen werden, wenn das Bruttosozialprodukt weiter und stetig ansteigt. Ein Bruttosozialprodukt von 500 Milliarden Dollar verleiht den Vereinigten Staaten mehr Stärke als eines von 400 Milliarden Dollar.

Die Theorie, die fürchtet, daß Verteidigungsausgaben in der gegenwärtigen Höhe der Wirtschaft ernsthaften Schaden zufügen, vermutet, daß die damit verbundene drückende Steuerlast die Verdienstanreize dämpft, die hinter schwerer und produktiver Arbeit, Unternehmergeist und Investitionen stehen, und sowohl die Fähigkeit als auch die Bereitschaft zum Sparen vermindert. Das ist ein Problem der Gesamtsteuerlast im Verhältnis zum Volkseinkommen und der spezifischen Steuerstruktur, auf deren Grundlage die Abgaben erhoben werden.

Was das erste Problem betrifft, so gibt es bis jetzt keinen empirischen Beweis für die Befürchtung, daß ein Verteidigungsaufwand, der zwischen zehn und zwölf Prozent des Bruttosozialprodukts liegt, einen ernst zu nehmenden Hemmschuh für das Wachstum der amerikanischen Wirtschaft darstelle. In all den Jahren seit dem Koreakrieg, in denen die Verteidigungsausgaben und Steuern sehr hoch waren, wies die amerikanische Wirtschaft zufriedenstellende Spar-, Investitions- und Modernisierungsraten auf. Intensive Untersuchungen, die über Personen der höheren Einkommensgruppen gemacht worden sind, haben, wenn auch nicht völlig schlüssig, eine Menge Unzufriedenheit über die hohen Steuern, aber im ganzen nur ein unmerkliches Nachlassen produktiver Anstrengungen zutage gebracht[5]. Soweit die Steuern auch die mittleren Einkommen in Mitleidenschaft zogen, war die überwiegende Reaktion anscheinend sogar eine Verstärkung der Anstrengungen, damit annähernd gleiche Ausgaben für Versicherungen, Wohnung, Erziehung, Urlaub und dauerhafte Konsumgüter — alles wichtige Faktoren des sozialen Prestiges — aufrechterhalten werden konnten.

Unabhängig von der Gesamtsteuerlast spielt jedoch die Steuer*struktur* eine wichtige Rolle für den Verdienstanreiz und die Spartätigkeit. Das amerikanische Steuersystem wird allgemein als antiquiert und uneinheitlich angesehen und ist nur zu verstehen als Ausdruck der politischen Strömungen, die es im Laufe der Jahre geformt und wieder umgeformt haben. Außerordentlich hohe Uebergewinnsteuern auf Gesellschafts- und persönliche Einkommen haben Geschäftspraktiken hervorgerufen, die zu einem unwirtschaftlichen Gebrauch der finanziellen Mittel führen, nur um dem Finanzamt auszuweichen, also eher eine Zersplitterung als eine Beeinträchtigung der wirtschaftlichen Aktivität bedeuten und außerdem ernstliche Ungleichheit in der steuerlichen Behandlung bewirken. Es ist möglich, daß diese Steuerstruktur in der jüngeren Vergangenheit das Wachstum der amerikanischen Wirtschaft etwas verzögert, wenn auch natürlich nicht verhindert hat; und da solche dämpfenden Wirkungen bei einer Erhöhung des Gesamtumfanges der Steuern aus Verteidigungsgründen sich verschärfen würden, sollte eine Reform der Steuerstruktur des Bundes energisch vorangetrieben werden. Das Auftreten solcher hemmenden Wirkungen könnte weiter eingeschränkt werden durch eine Reduzierung der Steuerprozentsätze auf hohe Einkommen und durch eine Verengung des ins Kraut schießenden Systems der Steuerbegünstigungen. Eine Steuerstruktur, die auf die Anregung des wirtschaftlichen Wachstums zugeschnitten ist, würde der Gefahr entgegenwirken, daß höhere Verteidigungsausgaben als die gegenwärtigen die amerikanische Wirtschaft erschüttern.

Zusammenfassend ist zu sagen, daß es höchst unwahrscheinlich ist, daß Verteidigungsausgaben in der gegenwärtigen Höhe, zwischen neun und zwölf vH des Bruttosozialprodukts, die amerikanische Wirtschaft ruinieren würden. Es besteht eine gewisse, jedoch nur langsam zunehmende Gefahr absoluter Schädigung der Wachstumskräfte der Wirtschaft, falls die Steuern über diese Grenze hinaus erhöht werden; aber diese Gefahr könnte dadurch vermindert werden, daß man die Steuerstruktur besser auf die Anregung wirtschaftlichen Wachstums abstellt. Die gegenwärtige Angst vor dieser Gefahr erscheint übertrieben und sollte einer Vergrößerung des Verteidigungsaufwandes nicht im Wege stehen, vorausgesetzt, daß er aus militärischen Gründen eindeutig erforderlich ist. Im Notfall auch ein fühlbares Risiko für das Funktionieren der Wirtschaft in Kauf zu nehmen, erscheint überdies vernünftiger als eine unzureichende Sicherheit gegen einen äußeren Angriff hinzunehmen. Im gegenwärtigen Zeitpunkt scheinen die Vereinigten Staaten durch ungenügende Verteidigungsvorkehrungen ein viel größeres und viel gefährlicheres Risiko einzugehen als durch ein Unterminieren ihrer Wirtschaft.

Rationalisierung der Verteidigungsausgaben*

Wie auch die Probleme im einzelnen liegen, das zentrale Problem ist jedenfalls, daß eine verläßliche und dauerhafte Rationalisierung der Verteidigungsausgaben grundlegend neue Methoden erfordert. Erstens: Jede Inangriffnahme solcher Verbesserungen muß bei den politischen und administrativen Realitäten des militärischen Bereichs anfangen. Die Hemmnisse, die dem Militär von Kongressen, Verteidigungsministern und Präsidenten auferlegt wurden, haben zur Ausbildung einer ganzen Reihe von Abwehrkomplexen geführt, die ein höchst kritischer Hemmschuh auf dem Wege zur Rationalisierung sind. Diese Komplexe können nicht durch Dekrete oder Gesetze aus der Welt geschafft werden. Die Reformen sollten sich lieber von Anfang an auf Verwaltungspraktiken konzentrieren, die am wenigsten geeignet sind, solche Komplexe ins Spiel zu bringen, und wenn die Regierung in Zukunft von der „Fleischaxt"-Methode Abstand nähme, könnte sie zu dem allmählichen Abbau dieser Komplexe beitragen. Zweitens: Die

[5]) J. Keith *Butters*, „Taxation, Incentives, and Financial Capacity", und John *Lintner*, „Effect of Corporate Taxation on Real Investment", beide in: *American Economic Review. Papers and Proceedings*, Mai 1954, S. 504—534. Ebenso G. F. *Break*, „Income Taxes and Incentives to Work" in: *American Economic Review*, Vol. XLVII, September 1957, S. 529—549.

*) An dieser Stelle enthält das Manuskript ins einzelne gehende Ausführungen über die Möglichkeiten zur Rationalisierung des Verteidigungshaushaltes, auf deren Wiedergabe wir aus Raumgründen verzichten mußten.

Suche nach besseren Methoden, die der militärischen Struktur angepaßt sind, ist alles andere als leicht. Sie wird Geduld verlangen und schöpferische Phantasie; und die erste Sichtung sollte, zu einem großen Teil jedenfalls, durch gemischte Teams von zivilen Spezialisten und Offizieren der Streitkräfte vorgenommen werden. Wenn das Problem so richtig gesehen ist, werden sich notwendigerweise nur langsame Fortschritte erreichen lassen. Aber es scheint besser, sich mit langsamem und sicherem Fortschritt zufriedenzugeben, als auf einem radikalen Wechsel zu bestehen, dessen Erfolg höchst zweifelhaft ist.

Das politische Erfordernis

Wenn der gegenwärtige Stand der amerikanischen Verteidigungsanstrengungen nach einer grundsätzlichen Ueberprüfung verlangt, wenn die Notwendigkeit für eine Klärung der globalen Strategie besteht (oder wenigstens für eine wirkungsvolle Methode, mit der Ungewißheit fertig zu werden), wenn es Zeit ist für breit angelegte Investitionen in der wissenschaftlichen und technischen Ausbildung, für eine zielbewußte Ermittlung dessen, was die Wirtschaft aufbringen kann, und für eine realistische Inangriffnahme des Problems der Rationalisierung der Verteidigungsausgaben, so steht über all dem noch eine andere Vorbedingung für den Erfolg: ein neuer politischer Impuls und eine neue Haltung. Und ob dieser Impuls und diese Haltung kommen werden, ist von allen Unsicherheitsfaktoren, an denen die amerikanische Verteidigung so überreich zu sein scheint, vielleicht der am wenigsten ergründbare.

Was not tut, ist klar genug und läßt sich in einfachen Worten sagen: Unter den gegenwärtigen Umständen genug für die Verteidigung zu tun, verlangt von der Gemeinschaft die Abzweigung riesiger Mittel, die ihre Mitglieder natürlicherweise lieber für private Interessen verwenden würden. Das heißt weniger Konsum und mehr Arbeit, weniger Freiheit der eigenen Entscheidung und mehr Aufmerksamkeit für eine Realität, die unweigerlich Furcht einflößen muß. Kurz gesagt, es heißt, einen Teil dessen, was wert ist, verteidigt zu werden, aufgeben für die Chance, das Verbleibende besser schützen zu können. Worauf es ankommt, ist überdies keine vorübergehende Anstrengung — etwa einen Krieg zu gewinnen oder eine einzelne Krise zu überwinden —, sondern eine beständige Anstrengung, deren Ende sich heute noch nicht absehen läßt.

Und diese Anstrengung muß unternommen werden, ohne daß irgend jemand zwingend beweisen könnte, daß just so viel und nicht weniger tatsächlich das Minimum für eine verläßliche Sicherheit ist; darum wird immer die Versuchung bestehen, weniger zu tun und das Beste zu hoffen — eine Versuchung übrigens, die die Kommunisten zu ihrem Vorteil zu manipulieren suchen werden.

Es gibt pessimistische Beobachter, die bezweifeln, ob demokratische Gemeinschaften — und besonders Gemeinschaften, die so sehr dem Streben nach persönlichem Komfort und sozialer Sicherheit anhängen — fähig sind, sich gegen die Herausforderung zu erheben und diese Anspannung auf unbestimmte Zeit zu ertragen. Diese Skeptiker befürchten, daß den harten Gesellschaftsordnungen des kommunistischen Blocks die Zukunft gehört. Aber man kann nicht sagen, daß der Selbstbehauptungswille der westlichen Nationen bis jetzt auf die Probe gestellt worden sei. Die breite Oeffentlichkeit in den Vereinigten Staaten und in den anderen westlichen Ländern ist sich der Natur der militärischen Probleme, denen sie sich gegenübersieht, nicht bewußt.

Was entscheidend not tut, ist politische Führung. Es stünde schlecht um die Sicherheit des Westens, wenn seine politischen Führer sich von einer Oeffentlichkeit treiben ließen, die — nur unzureichend über die Gefahr von außen informiert und von Natur aus abgeneigt, ihr ins Auge zu sehen — nur so viel an Gedanken, Energien und Geldern der Verteidigung zubilligt, wie sie von den Ausgaben für die Innenpolitik erübrigen kann. Unter solchen Umständen könnten die Staatsmänner des Westens nicht die notwendigen Opfer verlangen, und sie könnten sie vor allem nicht auf Grund einer Strategie verlangen, die mit vielen Unsicherheiten rechnen muß. Die politische Führung muß ihre Impulse aus einer Lebensauffassung schöpfen, die sowohl die Gefahren, die uns in dieser Krise bedrohen, als auch die verschiedenen Mittel, um sie zu meistern — Forschung, technischer Fortschritt, wirtschaftliche Entwicklung, politische Verantwortlichkeit und moralische Verpflichtung —, als integrierende Bestandteile des Lebens erfaßt. Eine solche Lebensauffassung wird die Zielstrebigkeit verleihen, die es uns erspart, von Ereignissen wie Pearl Harbour, Korea oder dem „Sputnik“ mit allen ihren Gefahren abhängig zu sein, um verspätet zu erkennen, worum es geht; auch der verhängnisvolle Kreislauf von Selbstgefälligkeit und Hysterie wird dann verschwinden und mit ihm unsere Unfähigkeit, selbst die Initiative zu ergreifen, statt immer nur Initiativen des Gegners zu parieren. Nur aus einer solchen Lebensauffassung wird schließlich das militärische Standvermögen erwachsen, das der ungeheuren Gefahr, in der wir uns befinden, gewachsen ist.

Die sowjetische Brief- und Noten-Aktion vom Januar 1958 für die Einberufung einer neuen „Gipfel"-Konferenz

Redaktionelle Vorbemerkung

In dieser Folge setzt das Europa-Archiv die in den Folgen 1 und 2 dieses Jahrgangs begonnene Wiedergabe der wichtigsten östlichen und westlichen Erklärungen zur Sicherheitsfrage fort.

Die Sowjetregierung hat sich wenige Wochen nach der Pariser Konferenz der Regierungschefs der NATO-Staaten erneut mit umfangreichen Verlautbarungen an alle Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen und an die Mitgliedstaaten der NATO im besonderen gewandt, nachdem erst wenige Tage vor der NATO-Konferenz eine solche Aktion stattgefunden hatte (vgl. Europa-Archiv 1/1958, S. 10 439 ff.). Kernpunkt der zweiten Brief- und Noten-Aktion ist der Vorschlag zur baldigen Einberufung einer neuen Konferenz der Regierungschefs der interessierten Mächte, denen nunmehr außer den vier Großmächten auch andere Staaten zugerechnet werden, ohne daß der vorgesehene Teilnehmerkreis genau umrissen würde.

Am 8. Januar 1958 richtete Ministerpräsident *Bulganin* neue Schreiben an die Regierungschefs der Mitgliedstaaten der NATO, denen in den nächsten Tagen Briefe an die Regierungschefs verschiedener militärisch nicht gebundener Staaten, wie Schweden, Oesterreich, Aegypten und Indien, folgten. Allen Schreiben lag ein Memorandum bei, das die Sowjetregierung darüber hinaus an alle Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen sowie an die Bundesrepublik Deutschland und die Schweiz versandte.

Im folgenden ist das Schreiben Bulganins an Bundeskanzler *Adenauer* im Wortlaut wiedergegeben, daran anschließend findet sich der Wortlaut des an alle Empfängerstaaten gleichlautenden Memorandums. Die textlichen Unterschiede zwischen dem Schreiben Bulganins an Adenauer und seinen Schreiben an verschiedene andere Regierungschefs sind aus der Synopsis auf den Seiten 10 532 und 10 533 zu ersehen. An Hand des Schreibens an Adenauer sind dort sieben weitere Briefe (an Eisenhower, Macmillan, Gaillard, Zoli, Gerhardsen, Raab und Nehru) analysiert, woraus sich das auf die einzelnen Länder abgestimmte Vorgehen Bulganins ersehen läßt.

Schreiben N. A. Bulganins an Bundeskanzler Adenauer vom 8. Januar 1958

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler!

In meinem Brief an Sie vom 10. Dezember 1957 wurden die Erwägungen der Sowjetregierung bezüglich der Maßnahmen dargelegt, die der Ansicht der Sowjetregierung nach unternommen werden könnten, um einer weiteren Verschärfung der internationalen Lage vorzubeugen und die Entwicklung der Beziehungen zwischen den Staaten in die den Interessen der Festigung des Friedens entsprechende Richtung zu wenden.

Die Ereignisse der letzten Wochen sowie das Interesse, das die Vorschläge der Sowjetregierung in vielen Ländern, dabei auch in der Bundesrepublik Deutschland, hervorriefen, festigen unsere Zuversicht, daß gegenwärtig die Bedingungen herangereift sind, die den Regierungen mit Hoffnung auf Erfolg gestatten, entschiedene Anstrengungen zur Ueberwindung des „kalten Krieges" und aller seiner Auswirkungen zu machen, die dem ganzen internationalen Leben ein häßliches Gepräge verleihen.

Ueberall sind die Menschen dessen müde, daß ihre friedliche Arbeit, ihr Leben und ihr Heim an einem Tage von denjenigen unvernünftig aufs Spiel gesetzt werden könnte, die im unaufhörlichen Wettrüsten Gewinne suchen und auf die Drohungen mit Gewaltanwendung zur Erreichung ihrer aggressiven Ziele nicht verzichten wollen. Es ist uns wohl bekannt, daß auch in der Bundesrepublik Deutschland Millionen Väter und Mütter wie auch die heranwachsende Generation keine Wiederholung der tragischen Ereignisse wollen, die das deutsche Volk schon wiederholt durchzumachen hatte, und von tiefer Besorgnis über die Kriegsvorbereitungen, die sich vor ihren Augen abspielen, erfüllt sind. Für das Sowjetvolk, das für sich selbst und für die anderen Völker den Frieden wünscht, sind Gefühle, die die Bevölkerung Westdeutschlands bewegen, vertraut und verständlich.

Unserer Ansicht nach liegt die Besonderheit des gegenwärtigen Moments nicht nur darin, daß sich in vielen Ländern mächtige Kräfte in Bewegung gesetzt haben, die für Verhandlungen zwischen Ost und West eintreten — Parteien und gesellschaftliche Organisationen, prominente Politiker, angesehene Gelehrte, bekannte Journalisten, Menschen der verschiedensten Anschauungen —, sondern auch darin, daß eine Reihe von Regierungen, darunter auch die Regierungen einiger NATO-Länder, die Notwendigkeit und die Vorteile solcher Verhandlungen immer deutlicher anzuerkennen beginnen.

Ist das nicht ein Zeichen dafür, daß das Bedürfnis zu Ost-West-Verhandlungen buchstäblich an die Tür klopft? Jedoch muß man auch damit rechnen, daß manche schon jetzt alle möglichen Umgehungsmanöver suchen, um eine Atmosphäre der Unsicherheit und des Argwohns zu schaffen und damit von vornherein zu versuchen, die Verhandlungen in eine Richtung zu lenken, wo die Möglichkeit zu positiven Ergebnissen auf ein Minimum zurückgeführt würde. Dabei tritt merklich das Bestreben hervor, die von den Völkern ergriffene Idee der Verhandlungen zwischen Ost und West zum Zweck der Einstellung des „kalten Krieges" in eine Art propagandistisches Anhängsel derselben „Politik der Stärke" zu verwandeln, die bekanntlich die Möglichkeit gleichberechtigter Verhandlungen — also Verhandlungen mit der Sowjetunion überhaupt, sowie mit jedem Staat, der seine Souveränität und Unabhängigkeit achtet — ausschließt.

Wie die jüngste Tagung des NATO-Rates in Paris gezeigt hat, beabsichtigen die führenden Mächte dieser Gruppierung auch weiterhin die sichtbar werdende Abschwächung der internationalen Spannungen zu verhindern und nicht zuzulassen, daß die Abschwächung eine Weiterentwicklung erfährt, zur Verständigung und letztlich zur Einstellung des „kalten Krieges" führt.

Wer von vornherein die Verhandlungen zum Mißerfolg verurteilt, wer dessen bedarf, um leichter die Stationierung der Raketenabschußbasen auf fremden Gebieten zustande zu bringen, um sicherer die Erfüllung seiner Kriegspläne zu gewährleisten, der kann freilich die Verhandlungen so führen, daß sie mit einem Mißerfolg enden. Aber wenn man auf hoffnungslose Verhandlungen abzielt oder überhaupt Verhandlungen ablehnt, so bedeutet das, das Wettrüsten fortzusetzen, Mißtrauen zu entfachen und sich also auf einen Krieg zu orientieren.

In diesem Zusammenhang darf man sich nicht über die in der letzten Zeit unternommenen Versuche hinwegsetzen, ein so großes internationales Ereignis der Nachkriegszeit, wie es die Konferenz der Regierungschefs der UdSSR, der USA, Englands und Frankreichs war, die 1955 in Genf stattgefunden hat, zu diffamieren. Bekanntlich sind von sowjetischer Seite Erklärungen abgegeben worden, die notwendig wurden, um den Sinn der in Genf erreichten Vereinbarungen, darunter auch die über die deutsche Frage, wahrheitsgemäß richtigzustellen. Wenn man nicht hinzufügt, was nicht gewesen ist, und nicht seine Wünsche für die Wirklichkeit ausgibt, so gelingt es auch niemandem, die Bedeutung der Genfer Konferenz zu schmälern, die eine wesentliche Entspannung der internationalen Lage herbeigeführt hat.

Andererseits, wenn man schon von den Verletzungen der Beschlüsse der Genfer Konferenz spricht, kann man die Augen nicht davor verschließen, daß es gerade einige Westmächte waren, die die in den Richtlinien der Regierungschefs der vier Mächte festgelegte Verpflichtung aufgegeben haben, nicht zur Gewalt zu greifen und dem Aggressor keine Hilfe zu leisten. Der „Geist von Genf" wurde nicht am Verhandlungstisch, sondern in den Trümmern von Suez und Port Said begraben.

Ist es nicht merkwürdig, daß sogar diejenigen, die abseits der Genfer Konferenz standen und die ihre Schlußfolgerungen auf einseitige Information aus dritter Hand stützen, mit solchen Behauptungen auftreten, die die auf dieser Konferenz gefaßten Beschlüsse verkehrt auslegen? Ist die eigene Erfahrung kein zuverlässigeres und richtigeres Kriterium für die Beurteilung der Nützlichkeit von Verhandlungen mit der Sowjetunion? Es scheint mir, Herr Bundeskanzler, daß die Verhandlungen mit Ihnen im September 1955 in Moskau einen hinreichenden Beweis dafür gegeben haben, daß die höchst komplizierten und akuten Fragen zu gegenseitigem Vorteil erfolgreich gelöst werden können, wenn beiderseitig die Grundlage des Vertrauens besteht.

Die Sowjetunion ist für sachliche, fruchtbare und ehrliche Verhandlungen zwischen den Staaten. Sie ist der Ansicht, daß es schon jetzt in einer Reihe von dringenden Fragen, die Spannungen und Reibungen in den Beziehungen zwischen den Staaten hervorrufen, reale Voraussetzungen gibt, die bei gutem Willen aller Teilnehmer zu gegenseitig annehmbaren Lösungen führen und diese Fragen im Interesse des Friedens regeln. Dieses Ziel kann erreicht werden, wenn die Bemühungen der Staaten darauf gerichtet werden, um den schon längst überholten „kalten Krieg" durch Verhandlungen zu ersetzen und durch Herbeiführung einer internationalen Entspannung auf der Grundlage der friedlichen Koexistenz. So wie man Schuß mit Schuß erwidert, so kann man auch Vertrauen mit Vertrauen beantworten.

Ihrerseits hat die Sowjetunion viele Schritte zur Befriedung und zur Ueberwindung des „kalten Krieges" gemacht. Durch die Bemühungen der Sowjetunion wurde die Stagnation in der Lösung der österreichischen Frage überwunden. Die Sowjetunion hat aktiv zur Einstellung der Kriege in Korea, Indochina, der Kriegshandlungen in Aegypten und zur Vorbeugung eines Militärkonflikts im Raum der türkisch-syrischen Grenze beigetragen. Es wurden die sowjetisch-jugoslawischen Beziehungen geregelt. Die Sowjetunion hat ihre Stützpunkte in Port-Arthur sowie in Porkkala-Udd in Finnland aufgelöst, während gewisse Mächte die Errichtung immer neuer Stützpunkte auf fremden Gebieten anstrebten und nach wie vor anstreben.

In den letzten zwei Jahren wurde die Zahl der sowjetischen Streitkräfte um fast zwei Millionen Mann reduziert, darunter in der Deutschen Demokratischen Republik um mehr als 50 000 Mann. Laut Beschluß der Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR vom 21. Dezember 1957 verringert die Sowjetunion zur Zeit von sich aus ihre Streitkräfte um weitere 300 000 Mann, dabei reduziert sie ihre in der Deutschen Demokratischen Republik stationierten Truppen um mehr als 41 000 Mann und die in Ungarn stationierten Truppen um mehr als 17 000 Mann.

Würden die westlichen Länder derartige Schritte tun, so wäre es ein großer Beitrag dafür, mit der Ueberwindung des „kalten Krieges" zu beginnen, und zur Regelung anderer strittiger Fragen, um dann zur Kardinallösung des Problems der Verminderung der Streitkräfte aller Länder und zur vollständigen Abrüstung zu kommen.

Zusammen mit diesem Brief überreiche ich Ihnen die Vorschläge der Sowjetregierung, die in den nächsten zwei bis drei Monaten die Einberufung einer Konferenz der führenden Persönlichkeiten der Staaten des Nordatlantik-Bündnisses, der Organisation des Warschauer Vertrages und einige Länder, die den obengenannten Gruppierungen nicht angehören, betrifft. Bei der Kenntnisnahme dieses Dokumentes werden Sie sehen, daß viele Fragen, die zur Erörterung auf dieser Konferenz vorgeschlagen werden, auch die Bundesrepublik Deutschland unmittelbar angehen.

Wir sehen zum Beispiel keinen Grund dafür, die Erörterung des auf Anregung der Regierung der Volksrepublik Polen eingebrachten Vorschlages über die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Europa aufzuschieben. Bekanntlich haben die Regierungen Polens, der Tschechoslowakei und der Deutschen Demokratischen Republik ihre Einbeziehung in eine solche Zone unter der Bedingung zugesagt, daß auch die Regierung der Bundesrepublik Deutschland keine Stationierung ausländischer Atomwaffen zuläßt und auf die eigene Erzeugung dieser Waffen verzichtet. Also hängt die Verwirklichung des Vorschlages über die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone jetzt in erster Linie von der Regierung der Bundesrepublik ab.

Man kann annehmen, daß die Bundesrepublik Deutschland schon auf Grund ihrer geographischen Lage — als mitteleuropäischer Staat, der am Schnittpunkt der Stand-

orte der Truppen liegt, die Kernwaffen besitzen — an der Schaffung einer solchen Zone nicht weniger interessiert sein sollte als die DDR, Polen und die Tschechoslowakei. Eine negative Stellungnahme der Bundesregierung in bezug auf diesen Vorschlag wäre schwer zu verstehen.

Viele deutsche Gelehrte, Militärfachleute, alle, die auch nur teilweise mit dem Charakter der modernen Waffen vertraut sind, die einen riesigen Zerstörungs- und Vernichtungsbereich haben, wo zum Beispiel eine Explosion der Wasserstoffbombe ihrer Stärke nach der Explosion von 5—10 und mehr Millionen Tonnen Trinitrotoluol gleichkommt, warnen mit berechtigtem Grund davor, daß durch die zerstörenden Auswirkungen der Kernwaffen und durch die Verbreitung der Radioaktivität auf einem solch verhältnismäßig kleinen und dichtbesiedelten Territorium wie Westdeutschland nichts am Leben bleibe. Es ist schwer, sich vorzustellen, wie sich unter diesen Umständen in der Bundesrepublik Deutschland Staatsmänner finden können, die bereit wären, die Geschicke ihrer Landsleute unbesonnen aufs Spiel zu setzen, indem sie sich für die Notwendigkeit der Verwandlung des Territoriums Westdeutschlands in ein Arsenal ausländischer Atom- und Wasserstoffwaffen einsetzen. Noch schwerer ist es, sich vorzustellen, daß die Regierung der Bundesrepublik Deutschland einen solch gefährlichen Weg beschreiten könnte. Gibt es doch auf dem Territorium der Bundesrepublik Deutschland, sei es selbst jenseits des Rheins oder im Bergland der Pfalz und Bayerns, keinen Platz, wo man die Raketenabschußrampen errichten könnte, ohne lebenswichtige Zentren des Landes einer tödlichen Gefahr auszusetzen.

Offensichtlich werden dazu die Bundesrepublik Deutschland und manche andere Länder von stärkeren Staaten getrieben, die wohl möchten, daß die aufgespeicherten Atom- und Wasserstoffwaffen vorwiegend hier abgeschossen würden, daß aber die entfernter liegenden Länder weniger dieser Kernwaffen zugeteilt bekommen. All dies verschärft sich noch dadurch, daß der sich verteidigende Staat zum Schutze seines Volkes vor die objektive militärische Notwendigkeit gestellt werden kann, alle gegen ihn gerichteten Atombasen zu vernichten, unabhängig davon, von wo aus die erste Salve des Aggressors abgefeuert wird.

Andererseits ist zu berücksichtigen, daß schon aus moralischen und menschlichen Erwägungen, ganz zu schweigen von dem Nichtvorhandensein irgendwelcher militärischer Notwendigkeiten, es unwahrscheinlich ist, daß Atomangriffe gegen die Staaten gerichtet werden, die keine Atomwaffen besitzen und deren Territorien nicht als Sprungbrett zu einem atomaren Ueberfall dienen. Die Atomneutralität der Länder, die der atomwaffenfreien Zone angehören, könnte außerdem, der Ansicht der Sowjetregierung nach, durch entsprechende internationale Garantien geschützt werden.

Einige hohe NATO-Militärs versuchen die Völker Europas, die angesichts der auf dem europäischen Kontinent entstehenden Lage tief besorgt sind, ungefähr mit folgenden Ausführungen zu beruhigen: gefährlich seien lediglich Raketen mit der Atom- oder Wasserstoffladung; die Aufrüstung mit Raketen ohne Kernladung aber sei angeblich eine ganz andere Sache. Mit solchen biederen Ausführungen wollen sie die Völker irreführen, denn es ist technisch keine komplizierte Sache, jederzeit die Raketen mit Kernladungen zu versehen. Seinem Wesen nach ist aber der moderne Krieg bei Anwendung von Raketen ein Atomkrieg mit all seinen verderblichen Folgen.

Man darf sich nicht mit einer solchen Lage abfinden, daß über den Bewohnern der Städte und Dörfer in den NATO-Ländern, wo sich Luftstützpunkte der USA befinden, ununterbrochen amerikanische Bomber mit Atom- und Wasserstoffbomben kreisen. Diejenigen, die diese Flugzeuge schicken, sind offensichtlich weit davon entfernt, die drohende Gefahr in Betracht zu ziehen, die über der Bevölkerung der westeuropäischen Länder schwebt, die solche Flüge zulassen. Es genügt ein einfacher Zufall, ein Versehen, eine Störung des psychischen Zustandes, ein nicht richtig verstandener Befehl oder die böse Absicht eines Fliegers, von der Möglichkeit einer technischen Störung oder einer Havarie des Flugzeuges ganz zu schweigen, um die todbringende Last auf nichtsahnende, ihr gewohntes friedliches Leben führende Menschen herabstürzen zu lassen. Das Sowjetvolk hat volles Verständnis und Mitgefühl mit den Völkern dieser europäischen Länder, die immer mehr ihre Besorgnis über diese schreckliche Sache zum Ausdruck bringen. Die Sowjetunion kann sich demgegenüber auch nicht gleichgültig verhalten, da die Flüge der Bomber mit Atom- und Wasserstoffbomben, die über den europäischen Ländern erfolgen, Handlungen darstellen, die gegen die Sowjetunion und gegen andere friedliebende Länder gerichtet sind. Deshalb reagieren wir besonders empfindlich auf diese gefährlichen und unmenschlichen Handlungen, die eine Katastrophe für die Menschheit herbeiführen können.

Und dazu will man heute die Abschußrampen für Raketen mit Atomsprengköpfen errichten!

Wir möchten erneut der Hoffnung Ausdruck verleihen, daß die Regierung der Bundesrepublik Deutschland keine unbesonnenen Schritte unternehmen wird, wie immer auch die Kräfte von außen sie dazu drängen mögen, die Kräfte, die bereit sind, Millionen und aber Millionen Menschen ins Verderben zu stürzen, indem sie diese in erster Linie dem Feuer todbringender Kernwaffen aussetzen.

Wir möchten hoffen, daß die Regierung der Bundesrepublik es für möglich halten wird, die Frage der Errichtung einer atomwaffenfreien Zone zusätzlich zu prüfen, und sich bereit zeigen wird, diese Frage auf der vorgeschlagenen Konferenz zu erörtern.

Es ist keine Uebertreibung zu sagen, daß der Abschluß eines Nichtangriffspaktes zwischen den Staaten des Nordatlantik-Bündnisses und den Staaten des Warschauer Vertrages in dieser oder jener Form ein Wendepunkt im ganzen internationalen Leben sein würde. Wir erinnern uns daran, daß die Regierung der Bundesrepublik Deutschland bei der Unterzeichnung der Pariser Verträge eine Erklärung abgegeben hat, daß sich die Bundesrepublik verpflichtet, nie zur Gewalt zu greifen, um die Aenderung ihrer gegenwärtigen Grenzen herbeizuführen, und jegliche Streitfragen mit friedlichen Mitteln zu regeln. In dem an die Sowjetregierung gerichteten Memorandum vom 2. September 1956 hat die Bundesregierung die Bereitschaft geäußert, diese Erklärung gegenüber der Sowjetunion und anderen östlichen Nachbarländern in einer verpflichtenden Form zu wiederholen. Danach dürfte die Regierung der Bundesrepublik Deutschland keine Einwände gegen den Abschluß eines Nichtangriffspaktes zwischen der NATO und der Organisation des Warschauer Vertrages haben. Es wäre unverständlich, wenn die Regie-

Adenauer	Eisenhower	Macmillan	Gaillard
1. Bedürfnis zu Ost-West-Verhandlungen wächst auch im Westen.	Notwendigkeit von Verhandlungen, wodurch auch Nachkriegskonflikte hätten vermieden werden können. Gegenwärtig Voraussetzungen dafür gegeben. Verweis auf Eisenhowers Bereitschaft zu Schritten für Entspannung.	Notwendigkeit von Verhandlungen, Befriedigung über Echo der Vorschläge Bulganins auf der NATO-Tagung im Dezember. Wunsch nach Verhandlungen auch bei nichtkommunistischen britischen Persönlichkeiten.	Befriedigung über positives Echo auf die sowjet. Vorschläge für Konferenz. Dem Sowjetvolk ist die Sorge von Millionen Franzosen über Kriegsvorbereitungen bekannt.
2. NATO intensiviert Wettrüsten.	desgl.	desgl.	Beteiligung Frankreichs an NATO-Kriegsvorbereitungen auf Druck mächtigerer Staaten, die Frankreichs Schwierigkeiten ausnützen.
3. Erfolg d. Gipfelkonferenz 1955.	desgl. – Zurückweisung der These, daß UdSSR Genfer Direktiven nicht beachtet hat (s. Pkt. 13).	desgl. – Politik einiger Westmächte im Widerspruch zu Genfer Beschlüssen (s. Pkt. 13).	desgl. – Zurückweisung der These, daß UdSSR Genfer Beschlüsse verletzt habe.
4. Nützlichkeit der Moskauer Verhandlungen mit Adenauer 1955.	—	—	—
5. Anführung sowjetischer Schritte zur Entspannung.	desgl.	desgl.	desgl.
6. Befürwortung d. Rapacki-Plans.	desgl.	desgl.	desgl. – Für benachbarte Länder atomwaffenfreie Zone bes. bedeutsam.
7. Stationierung von Atomwaffen und Raketen in Westeuropa.	—	desgl. – Gerade europäische Länder der Gefahr eines vernichtenden Gegenschlages ausgesetzt.	desgl. – Bau von Raketenbasen besonders in Frankreich geplant. – Bedauern über die Haltung franz. Politiker dazu. – Zwang zu Gegenmaßnahmen.
8. Patrouillenflüge amerikanischer Atombomber.	desgl.	desgl.	desgl.
9. Vorschlag des Nichtangriffspaktes zw. Mitgliedstaaten d. NATO und des Warschauer Vertrags.	desgl. – Schließt zweiseitige Verträge, insbes. zwischen den USA und der UdSSR, nicht aus.	desgl. – Befriedigung über Macmillans Vorschlag für solchen Pakt vom 4. 1. 58.	desgl. – Möglichkeit zweiseitiger Verträge, z. B. zwischen Frankreich und UdSSR.
10. **Abrüstung:** – Einstellung von Kernwaffenversuchen. – Auflösung der Stützpunkte.	**Abrüstung:** – Zusammensetzung der UN-Abrüstungs-Kommission. – Konsultation zw. führenden Mächten, bes. zw. USA u. UdSSR. – Einstellung von Kernwaffenversuchen. – Auflösung der Stützpunkte. – Truppenreduktion.	**Abrüstung:** – Zusammensetzung der UN-Abrüstungs-Kommission. – Einstellung von Kernwaffenversuchen. – Auflösung der Stützpunkte. – Truppenreduktion.	**Abrüstung:** – Einstellung von Kernwaffenversuchen. Erstaunen darüber, daß franz. Politiker dies aus Prestigegründen ablehnen. – Truppenreduktion.
11. Handelsbeziehungen.	desgl.	—	desgl.
12. Verbot der Kriegspropaganda.	desgl. – Wer kann hier Grenze ziehen zwischen privaten und offiziellen Aeußerungen?	desgl. – Erinnerung an Goebbels' Aufrufe gegen die UdSSR.	desgl.
13. Ablehnung der Wiedervereinigung Deutschlands als Verhandlungsgegenstand.	desgl. – Zurückweisung der Behauptung, daß UdSSR Direktiven von Genf nicht beachtet habe.	desgl. – Zurückweisung der Behauptung, daß UdSSR Direktiven von Genf nicht beachtet habe.	Keine ausdrückliche Erwähnung. Aber Verweisung auf die Existenz zweier deutscher Staaten.
14. Rolle, Verantwortung und besondere Gefährdung der Bundesrepublik.	Besondere Verantwortung der USA und UdSSR für gegenwärtige Lage und Zukunft der Menschheit.	—	Traditionelle franz.-sowjet. Zusammenarbeit für die Erhaltung des Friedens.
15. Vorschlag neuer Gipfelkonferenz.	desgl. – Vorherige Außenministerkonferenz wäre unrichtig, da die bereits festgelegte Haltung einiger Teilnehmer ernsthafte Schwierigkeiten bereiten könnte.	desgl. – In Anbetracht der Vorbehalte und Einstellung gewisser Minister der NATO-Staaten ist Außenministerkonferenz abzulehnen.	desgl. – Grundsätzliche Uebereinstimmung zwischen UdSSR und Frankreich über Notwendigkeit einer Gipfelkonferenz.
16. Teilnahme beider deutscher Staaten an der Gipfelkonferenz.	Zusammensetzung: NATO, Warschauer Pakt und blockfreie Staaten.	Wenn Regierungen wirklich Konferenz wünschen, wird es nicht schwer sein, sich über ihre Zusammensetzung zu einigen.	—
17. —	—	—	Nicht Erörterung von trennenden Ansichten, sondern von gemeinsamen Anliegen. Zurückweisung jeder Einmischung in innere Angelegenheiten Osteuropas.

Zoli	Gerhardsen	Raab	Nehru
Forderung nach Entspannung und Einstellen des Wettrüstens in allen Kreisen des Volkes. Verweis auf Konferenz der afro-asiatischen Länder in Kairo. Interesse Italiens als Mittelmeerstaat am Frieden im Mittleren Osten.	Befriedigung, daß sowjetische Vorschläge von norwegischer Regierung positiv aufgenommen wurden.	Notwendigkeit von Maßnahmen zur internationalen Entspannung, Beschlüsse der NATO könnten sonst Sicherheit und Souveränität des neutralen Oesterreich gefährden.	Einverständnis mit Nehrus Ablehnung des „Kalten Krieges“ und Uebereinstimmung mit Nehru, daß Hoffnung auf Regelung der internationalen Konflikte besteht.
Italien hat an der NATO-Tagung die amerikanische Politik des Wettrüstens aktiv unterstützt.	NATO-Beschlüsse schwächen Tendenz zur Entspannung.	NATO intensiviert Wettrüsten.	NATO-Beschlüsse verschärften Lage in Europa noch mehr und sind eine Gefahr für den Frieden in der ganzen Welt.
desgl. – Zurückweisung von Kritiken gegenüber der Haltung der UdSSR nach der Konferenz.	desgl. – Geist von Genf ging in Port Said und Suez verloren.	—	—
—	—	—	—
desgl.	desgl.	—	—
desgl.	desgl. – Befriedigung über Gerhardsens wohlwollende Haltung dazu.	desgl.	Kurze Erwähnung des Rapacki-Planes als Konferenzthema.
desgl. – Italien kann Raketen nicht benützen, ohne die Neutralität anderer Länder zu verletzen. – Hinweis auf Bewegung in Italien für Neutralität und Nichtzulassung von Raketenbasen.	desgl. – Befriedigung über Ablehnung der Errichtung von Raketenbasen in Norwegen und Dänemark. – Zusammen mit Schweden und Finnland ergäbe dies Möglichkeit für atomwaffenfreies Nordeuropa.	desgl.	—
desgl.	desgl.	—	—
desgl.	—	desgl.	Kurze Erwähnung des Nichtangriffspaktes als Konferenzthema.
Abrüstung: – Zusammensetzung der UN-Abrüstungskommission. – Einstellung von Kernwaffenversuchen. – Verbot des „Kalten Krieges“ usw.	**Abrüstung:** – Zusammensetzung der UN-Abrüstungskommission. – Luftinspektion. – 800-km-Zone.	**Abrüstung:** – Einstellung von Kernwaffenversuchen.	**Abrüstung:** – Erwähnung der sowjetischen Vorschläge.
desgl.	—	desgl.	—
desgl. – Die UdSSR bejaht Propaganda, aber nur für den Frieden. Zeit der Geheimdiplomatie ist vorbei.	desgl. – Die UdSSR bejaht Propaganda nur für den Frieden.	desgl.	—
desgl. – Wiedervereinigung nur durch Annäherung der zwei deutschen Staaten.	—	—	—
Besondere Aufgabe Italiens für die Festigung des Friedens.	Hochschätzung Gerhardsens in der UdSSR.	Beitrag der Neutralen zum Frieden. Bedeutung Oesterreichs. Lob für Raabs Rede vom 5. 1. 58.	Nehru als über Asien hinaus wirkender Sprecher für die internationale Entspannung. Indiens Beteiligung an Konferenz wichtig.
desgl. – Außenministerkonferenz erst nach Gipfelkonferenz zur Ausarbeitung der Beschlüsse.	desgl. – Gegen Außenministerkonferenz, da es Staatsmänner gibt, die von vorneherein nicht an den Erfolg einer Konferenz glauben.	desgl.	desgl. – Gründe für eine Gipfelkonferenz und gegen eine Außenministerkonferenz: Hinweis auf entsprechende Aeußerungen einiger westlicher Außenminister.
Zusammensetzung: NATO, Warschauer Pakt, neutrale blockfreie Länder.	—	—	Zusammensetzung: desgl. – Beschlüsse der NATO-Konferenz über engere Zusammenarbeit mit anderen Paktsystemen macht Konferenz mit blockfeindlichen Staaten noch notwendiger.
—	Frage Osteuropas stellt sich nicht. Zustimmung zu Gerhardsens Aeußerung, daß Gegensätze zu tief seien, um Kompromiß zu erreichen.	—	Keine Erörterung der Existenz der zwei verschiedenen Gesellschaftssysteme (Nichteinmischung!).

rung der Bundesrepublik Deutschland, nachdem sie diese Erklärungen abgegeben und ihre internationale Bedeutung hervorgehoben hat, gleichzeitig kein Interesse dafür zeigen würde, ähnliche Erklärungen seitens der Staaten des Warschauer Vertrages zu erhalten, um so mehr, da offizielle Persönlichkeiten der Bundesrepublik Deutschland des öfteren mit der völlig unbegründeten Behauptung über die angebliche sowjetische Gefahr für Westdeutschland auftreten.

Die Sowjetregierung legt großen Wert darauf, auf der bevorstehenden Konferenz den Meinungsaustausch über die aktuellsten lösungsreifen Abrüstungsfragen durchzuführen. Es wird vor allem mit der unverzüglichen Einstellung der Atom- und Wasserstoffwaffenversuche für mindestens zwei bis drei Jahre und mit dem Verzicht auf Anwendung dieser Waffen gerechnet.

Außerdem wird vorgeschlagen — und das wird gewiß Ihre Aufmerksamkeit in Anspruch nehmen —, die Frage der schrittweisen Herabsetzung und dann auch des vollständigen Abzuges der ausländischen Truppen aus den Gebieten aller Staaten des Nordatlantik-Bündnisses und des Warschauer Vertrages mit der gleichzeitigen Auflösung der ausländischen Stützpunkte zu erörtern. Ich möchte Ihnen hierzu erläuternd mitteilen, daß die Sowjetregierung bereit ist, die Verwirklichung dieser Maßnahmen in Angriff zu nehmen, und zwar in Deutschland beginnend. Man kann sich vorstellen, daß dieser Vorschlag eine wohlwollende Aufnahme in der Bundesrepublik Deutschland findet, wo begreiflicherweise das Streben nach einer unabhängigen Politik und nach der Erhaltung der nationalen Lebensweise, die sich im Laufe von Jahrhunderten herausgebildet hat, dadurch eingeschränkt wird, daß sich in ihrem Gebiet schon zwölf Jahre lang die Truppen dreier ausländischer Mächte befinden.

Daneben würde, wie der bekannte amerikanische Diplomat G. S. Kennan in seinen Vorträgen, die einen breiten Widerhall gefunden haben, richtig feststellt, die Trennung der gegenwärtig in Deutschland in Berührung stehenden Streitkräfte der Großmächte ernsthaft zur Festigung der Sicherheit in Europa beitragen. Und das ist nur natürlich! Denn bei dieser für die Friedenszeit anormalen Ansammlung von Truppen und Kriegsmaterial, wie es in Deutschland der Fall ist, muß man ständig damit rechnen, daß sogar ein unbedeutender lokaler Zwischenfall oder ein Vorfall an der Demarkationslinie oder in Berlin die unerwartetsten Folgen nach sich ziehen könnte.

Die Sowjetregierung hält es für zweckmäßig, auf die Tagesordnung der Konferenz auch die Frage der Verwirklichung möglicher Schritte zum Ausbau der internationalen Handelsbeziehungen zu stellen, was unserer Ansicht nach auch für die Bundesrepublik Deutschland nicht gleichgültig sein kann, die noch weit davon entfernt ist, zumindest die traditionellen wirtschaftlichen Verbindungen zu den Ländern des Ostens wiederhergestellt zu haben.

Auf der Konferenz wäre auch die Frage der Einstellung der in einer Reihe von Ländern geführten Kriegspropaganda zu erörtern, die Feindseligkeit sät und Argwohn der Staaten gegeneinander nährt. Die Regierung der Bundesrepublik muß wissen, daß auch ihr Gebiet von einigen Mächten zu einer solchen Propaganda mißbraucht wird. Und auch in Westdeutschland selbst kann man hetzerische Aeußerungen hören, die mit der friedensfeindlichen Propaganda übereinstimmen, und das veranlaßt andere Völker, sich einem Staat gegenüber mißtrauisch zu verhalten, dessen Gesetzgebung Handlungen zuläßt, die mit den Interessen des Friedens nicht zu vereinbaren sind.

In den Ländern, mit denen die Bundesrepublik Deutschland durch Verpflichtungen militärischer Natur verbunden ist, sind in der letzten Zeit die Aufrufe zum sogenannten Präventivkrieg Mode geworden und werden offen die Vorteile des ersten Schlages besprochen. Ist etwa eine solche Propaganda nicht auch für die Bundesrepublik gefährlich, die im Falle einer verhängnisvollen Entwicklung der Ereignisse nicht nur nicht abseits stehenbliebe, sondern auch zum Schauplatz eines ausgebrochenen Krieges im wahrsten Sinne des Wortes würde, mit all den schrecklichen Folgen der Anwendung thermonuklearer Waffen?

Indem die Sowjetregierung die Aufmerksamkeit der Konferenzteilnehmer auf die oben dargelegten Vorschläge lenkt, läßt sie sich von dem Wunsche leiten, das hervorzuheben, was im größten Maße den allgemeinen Interessen der Verhandlungspartner entspricht, um gleichzeitig die Verhandlungen nicht mit solchen Fragen zu erschweren, bei denen die Verschiedenheit der Auffassungen gegenwärtig kaum überbrückbar ist. Selbstverständlich ist es unmöglich, alle Fragen, die ihrer Lösung bedürfen, in einem Zuge zu regeln. Die Sowjetregierung ist der Ansicht, daß die Regierungen und die Staatsmänner, von den Interessen der gesamten Menschheit ausgehend, viele Meinungsverschiedenheiten beiseite lassen müssen, die heute die Staaten trennen, und denen tiefgehende ideologische Differenzen zugrunde liegen. Der gesunde Menschenverstand gebietet, daß man nicht einander zu einer Diskussion über die Fragen auffordern sollte, die nicht nur die Staaten nicht zur Annäherung bringen können, sondern die zwischen ihnen bestehenden Meinungsverschiedenheiten verstärken und statt einer Verbesserung eine Verschlechterung der Beziehungen nach sich ziehen könnten.

Die Sowjetunion hat Verständnis dafür, daß sowohl die Bundesregierung als auch die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik den Wunsch hegen, daß zunächst die Maßnahmen vereinbart würden, die die Wiederherstellung der nationalen Einheit Deutschlands zum Ziele haben. Aber auch diese Frage kann nicht ohne Rücksicht auf die realen Möglichkeiten ihrer Lösung behandelt werden. Es genügt zu sagen, daß zur Lösung der deutschen Frage die elementarste Bedingung fehlt, die Bereitschaft, mit dem Staat zu verhandeln, mit dem man sich vereinigen will. Aber es handelt sich nicht um eine für die internationale Praxis übliche Frage, nicht darum, ausgetretene und erfahrungsmäßig überprüfte Wege zu gehen, sondern um die zum ersten Mal in der Geschichte entstandene Aufgabe der friedlichen Vereinigung von zwei souveränen Staaten mit verschiedenen gesellschaftlich-ökonomischen Strukturen. Wenn man die Anwendung der Gewalt ausschließt, so führt der einzige Weg zur Lösung der gesamtnationalen Aufgabe des deutschen Volkes nur über die Verständigung zwischen den beiden deutschen Staaten auf der Grundlage der Anerkennung und der allseitigen Wahrung ihrer Interessen. Es scheint uns, daß unter diesen Umständen kein anderes Herangehen an die Vereinigung Deutschlands denkbar ist als die Annäherung der beiden deutschen Staaten und die Bildung einer deutschen Konföderation, was auch

die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik als ersten Schritt vorschlägt. Man kann nicht daran zweifeln, daß hierdurch auch die Möglichkeiten geschaffen würden, um eine solche das deutsche Volk bewegende Frage zu lösen wie den Abschluß des Friedensvertrages.

Was die Sowjetregierung anbetrifft, so wird sie mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln zur Erreichung einer entsprechenden Vereinbarung zwischen der DDR und der Bundesrepublik und zu deren Vereinigung in einen friedliebenden demokratischen Staat beitragen.

Falls eine Vereinbarung über die Fragen, die von der Sowjetregierung zur Erörterung auf der Konferenz vorgeschlagen sind, erreicht würde, wäre die Lösung der deutschen Frage wesentlich erleichtert, denn, wie sich schon jetzt viele in Deutschland darüber im klaren sind, ist sie nur möglich auf dem Höhepunkt der internationalen Entspannung, unter Ueberwindung des „kalten Krieges".

Wie Sie wissen, Herr Bundeskanzler, vertritt die Sowjetregierung die Meinung, daß die Bundesrepublik Deutschland in den internationalen Angelegenheiten keine geringe Rolle spielt und daß Ihre Regierung einen bedeutenden Teil der Verantwortung dafür trägt, in welcher Richtung sich die Ereignisse in Europa und nicht nur in Europa entwickeln werden. Man muß aber feststellen, daß die Welt bisher die Politik der Bundesregierung im allgemeinen nach den Ausführungen ihrer Vertreter in der NATO beurteilt und daß außerhalb dieser geschlossenen Militärgruppierung die Stimme der Bundesrepublik Deutschland zugunsten des Friedens kaum zu vernehmen ist, obwohl gerade ihre Interessen vor allem, und mehr als bei allen europäischen Ländern, erfordern sollten, daß der Möglichkeit, einen Krieg zu entfachen, vorgebeugt werde. Inzwischen könnte sie einen gebührenden Platz in der internationalen Arena einnehmen und ihren Beitrag zur Festigung des Friedens zwischen den Völkern und insbesondere zur Lösung des Problems der Abrüstung und der Schaffung einer echten Sicherheit in Europa leisten. Die Teilnahme der Bundesrepublik Deutschland an der vorgeschlagenen Konferenz würde große Möglichkeiten zur Hebung ihres internationalen Ansehens eröffnen und könnte auch die Festigung des so dringend erforderlichen Vertrauens zur Politik der Regierung der Bundesrepublik seitens vieler Staaten und vor allem seitens der Staaten, die durch die Hitlersche Aggression gelitten haben, fördern.

Die Sowjetregierung ist der Meinung, daß diese Konferenz auf der höchsten Ebene unter Teilnahme der Regierungschefs einberufen werden sollte. Das Zusammentreffen der Leiter der Staaten, mit weitgehenden Befugnissen ausgestattet, hätte zweifellos die größten Aussichten auf Erfolg, da es sich insbesondere um die Notwendigkeit handelt, eine gewisse Wende in den internationalen Beziehungen herbeizuführen. Wenn auf der letzten Tagung des NATO-Rates, die sich eigentlich mit den für diese Staatengruppierung üblichen Fragen beschäftigt hat, die Mitgliedsländer von den Regierungschefs vertreten wurden, so fragt man sich, welche Gründe es dafür gäbe, daß die unvergleichlich komplizierteren grundlegenden Fragen der internationalen Lage, die die Interessen der zu den verschiedenen Gruppierungen gehörenden Staaten sowie der Staaten, die außerhalb dieser Gruppierungen stehen, auf einer weniger maßgeblichen Ebene erörtert werden sollten. Solche Gründe gibt es nicht und kann es nicht geben.

Ich möchte Ihnen, Herr Bundeskanzler, die Zweifel nicht verhehlen, die bei uns im Zusammenhang damit entstanden, daß die unter Ihrer Leitung stehende Regierung zu falschen Schlußfolgerungen hinsichtlich ihrer Beteiligung an dieser Konferenz gelangen könnte. Wir denken daran, daß in der Vergangenheit die Bundesregierung, von formalen Prestigeerwägungen und von einer gewissen Voreingenommenheit ausgehend, mehrmals dafür eintrat, daß die Fragen, die die Interessen der beiden deutschen Staaten berühren, ohne ihre Teilnahme erörtert werden sollten. Unter Berücksichtigung Ihrer jüngsten Ausführungen zugunsten von Verhandlungen zwischen Ost und West jedoch, Herr Bundeskanzler, erlaube ich mir zu hoffen, daß die Regierung der Bundesrepublik Deutschland in gebührender Weise den Vorschlag über ihre Teilnahme an der vorgeschlagenen Konferenz der führenden Staatsmänner einschätzt und sich jedenfalls dieser Konferenz nicht fernhalten wird.

Die Sowjetregierung erwartet, daß die Regierung der Bundesrepublik Deutschland mit aller Aufmerksamkeit die Erwägungen prüfen wird, die in diesem Schreiben sowie in dem beigelegten Dokument „Die Vorschläge der Sowjetriegierung zu den Fragen der Minderung der internationalen Spannungen" dargelegt sind.

Mit aufrichtiger Hochachtung

N. Bulganin

Memorandum der Sowjetregierung an die Regierungen der Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen, der Bundesrepublik Deutschland und der Schweiz vom 8. Januar 1958

Die gegenwärtige internationale Lage wird einerseits durch den fortdauernden „kalten Krieg", durch verstärktes Wettrüsten insbesondere auf dem Gebiet der Atom- und Wasserstoffwaffenproduktion sowie durch die unmittelbare Gefahr für die Sache des allgemeinen Friedens und für die Geschicke der ganzen Menschheit charakterisiert. Andererseits wird sie durch das kolossale Wachstum der Kräfte charakterisiert, die für den Frieden und die Sicherheit eintreten. Die Völker fordern immer nachdrücklicher, dem „kalten Krieg" und dem wahnsinnigen Wettrüsten ein Ende zu bereiten, die Menschheit von der Kriegsgefahr zu befreien und ihr endlich die Möglichkeit zu geben, ohne Angst um ihr Leben und um die Zukunft ihrer Kinder zu leben.

Für die Staatsmänner und Regierungschefs, die die Hauptverantwortung für die Politik ihrer Länder tragen, gibt es und kann es zur Zeit keine dringendere und edlere Aufgabe geben als die der Festigung eines dauernden Friedens und der Beseitigung der der Menschheit drohenden Gefahr eines Atomkrieges.

Die Sowjetregierung, ernstlich besorgt um die in der Welt entstandene Lage und im Bestreben, alles in ihren Kräften Liegende zu tun, um mit der grundlegenden

Gesundung der internationalen Lage einen Anfang zu machen, wandte sich vor kurzem mit einer Reihe von Vorschlägen an die Regierungen der Teilnehmerländer des Nordatlantischen Blocks (NATO) sowie an die Regierungen aller anderen Länder, die Mitglieder der Organisation der Vereinten Nationen sind. Diese Vorschläge sind darauf gerichtet, durch gemeinsame Anstrengungen die Minderung der internationalen Spannungen sowie eine Atmosphäre des notwendigen Vertrauens in den Beziehungen zwischen den Staaten herbeizuführen.

Der Oberste Sowjet der UdSSR hat auf der letzten Tagung im Dezember 1957 einen Beschluß angenommen, in dem die konkreten Vorschläge dargelegt werden, die auf Entspannung der internationalen Lage sowie auf Einstellung des „kalten Krieges" gerichtet sind, und der einen Appell an die Parlamente und Regierungen aller Länder richtet, notwendige Maßnahmen zu treffen, um die gefährliche Entwicklung der Ereignisse zu verhindern, die Sache des Friedens zu stärken und die Menschheit von dem Alpdruck des nuklearen Vernichtungskrieges zu erlösen.

Man kann nicht umhin, zu bemerken, daß die Regierungen vieler Länder, prominente Staatsmänner, Politiker und Vertreter breiter öffentlicher Kreise verschiedener sozialer, politischer und religiöser Ansichten, die die entstandene internationale Lage nüchtern einschätzen. immer ausdrücklicher verlangen, das Wettrüsten einzustellen und dem Krieg den Weg zu versperren.

Für alle wird es immer offensichtlicher, daß jetzt die Frage so steht:

Entweder wird in der Welt der „kalte Krieg" fortgesetzt — in diesem Falle läuft die Menschheit Gefahr, daß dieser sich in einen „heißen Krieg" verwandelt — oder die Prinzipien der friedlichen Koexistenz der Staaten werden allgemeine Anerkennung finden — und der Menschheit bietet sich die Perspektive der friedlichen Entwicklung der Völker auf dem Wege des geistigen und materiellen Fortschritts.

Die Sowjetregierung stellt mit Befriedigung fest, daß die Grundsätze der friedlichen Koexistenz schon eine breite internationale Anerkennung gefunden haben. So haben sie die einmütige Anerkennung und Zustimmung der XII. Tagung der Vollversammlung der Organisation der Vereinten Nationen gefunden, welche in dieser wichtigsten Frage eine besondere Entschließung angenommen hat.

Demnach haben die Mitgliedstaaten der UN anerkannt, daß den Beziehungen zwischen ihnen die Prinzipien der gegenseitigen Achtung der Souveränität, der Gleichheit und territorialen Unantastbarkeit, der gegenseitigen Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, unabhängig von ihrer Gesellschaftsordnung, zugrunde gelegt werden müssen. Die Sowjetregierung begrüßt den Appell der Vollversammlung an alle Staaten, alle Kräfte daranzusetzen, den internationalen Frieden zu festigen, freundschaftliche Beziehungen und Zusammenarbeit zu fördern und alle strittigen Fragen nur mit friedlichen Mitteln zu lösen. Für die Staatsmänner und Politiker ist es heute unmöglich, das unaufhaltsame Streben der Völker nach Frieden nicht zu berücksichtigen.

Wie bekannt, wird sogar in den Dokumenten der letzten NATO-Ratstagung viel über den Frieden gesagt sowie darüber, daß diese Organisation „niemals zu aggressiven Zielen ausgenutzt wird" und daß die an ihr beteiligten Länder „immer bereit sind, internationale Probleme mit Rücksicht auf die berechtigten Interessen aller auf dem Verhandlungswege zu lösen". Wenn dem so ist, daß sich die Westmächte und vor allem die USA in ihren Beziehungen mit anderen Staaten an diese Grundsätze halten werden, wird es in diesem Falle keine Hindernisse mehr geben, um entsprechende Abkommen im Interesse des Friedens auf dem Verhandlungswege zu erreichen.

Die Sowjetregierung unterstützt voll und ganz die Meinung einer Reihe anderer Regierungen sowie die sich immer verstärkende Forderung der breiten internationalen Oeffentlichkeit, daß die Einberufung einer Konferenz der Staatsmänner auf höchster Ebene den Zielen zur Beseitigung der Gefahr eines neuen Krieges entsprechen würde. Eine solche Konferenz könnte wirksame Wege zur Regelung der alle Völker tief beunruhigenden Probleme finden und in der Entwicklung der internationalen Beziehungen einen notwendigen Wendepunkt herbeiführen. Die Erfahrung zeigt, daß es schwer ist, ohne persönliches Zusammentreffen der leitenden Staatsmänner, die die Hauptverantwortung für die Politik ihrer Länder tragen, mit der Erreichung der gegenseitig annehmbaren Beschlüsse hinsichtlich der aktuellen internationalen Probleme zu rechnen, zumal wenn man die Schärfe und Kompliziertheit dieser Probleme in Betracht zieht. Natürlich handelt es sich nicht um die Fragen der grundsätzlichen Unterschiede zwischen diesen und jenen sozialen Systemen, um die Verschiedenheiten zwischen Sozialismus und Kapitalismus, sowie um die ideologischen Unterschiede der Staaten. Solche Fragen sind die inneren Angelegenheiten eines jeden Volkes und können nicht Gegenstand der internationalen Verhandlungen sein. Es handelt sich vielmehr um die aktuellen internationalen Probleme, die durch Verhandlungen zwischen den Staaten unter Berücksichtigung ihrer gegenseitigen Interessen gelöst werden können und müssen. Die Sowjetregierung zieht in Betracht, daß es freilich schwer wäre, auf der Konferenz der Staatsmänner ein Uebereinkommen über alle diese Probleme zu erreichen. Man müßte die Aufmerksamkeit einer solchen Konferenz vor allem auf die dringendsten Fragen konzentrieren, mit deren Lösung die Gesundung der ganzen internationalen Lage ihren Anfang nehmen würde.

Die Behandlung der anderen Probleme könnte man auf die nachfolgende Etappe der Verhandlungen zwischen den Staaten verlegen. Man kann nicht daran zweifeln, daß die Erreichung von Vereinbarungen über zuerst nur einzelne Fragen auch die Regelung anderer ungelöster internationaler Probleme fördern würde. Eine solche Methode der allmählichen Lösung der vor den Staaten stehenden ungeregelten Probleme zeigt sich gegenwärtig — wo das notwendige Vertrauen in den Beziehungen zwischen den Staaten noch fehlt — als die realistischste und bewährteste.

Geleitet von den Zielen der Festigung des allgemeinen Friedens und unter Berücksichtigung der allgemeinen Volksbewegung zur Herbeiführung von Verhandlungen zwischen den Staatsmännern des Ostens und des Westens sowie unter Berücksichtigung der Erklärung, die die Teilnehmer der Pariser Tagung des Rates des Nordatlantischen Bündnisses abgegeben haben, daß sie bereit sind, internationale Fragen auf dem Verhandlungswege zu lösen, schlägt die Sowjetregierung vor, innerhalb

der nächsten zwei oder drei Monate des Jahre 1958 eine Konferenz der führenden Staatsmänner auf hoher Ebene unter Beteiligung der Regierungschefs durchzuführen. Auf der Konferenz könnten vor allem solche Fragen besprochen werden, deren Regelung den Bestrebungen aller Völker entsprechen würde und die ein wichtiger Ansatzpunkt in der Sache der grundlegenden Aenderung der internationalen Lage und der Beendigung des „kalten Krieges" wären.

1. Auf der Konferenz müßte man den Vorschlag über die unverzügliche Einstellung der Atom- und Wasserstoffbombenversuche wenigstens für zwei bis drei Jahre erörtern. Die Notwendigkeit eines solchen Schrittes ist offensichtlich. Die Einstellung der Versuchsexplosionen mit Atom- und Wasserstoffbomben würde dem Bau neuer Arten von zerstörenden und tödlichen Waffen Einhalt gebieten.

Gleichzeitig würde das Uebereinkommen in dieser Frage von der Entschlossenheit der Staaten zeugen, konkrete Schritte zur Einstellung des Atomwaffenwettrüstens und zur Minderung der Atomkriegsgefahr zu unternehmen. Für die unverzügliche Erörterung dieser Frage spricht auch die Tatsache, daß die meisten Staaten, die über Kernwaffen verfügen, die Notwendigkeit eines Abkommens über die Einstellung von Atom- und Wasserstoffwaffenversuchen anerkennen. Das Zustandekommen eines solchen Abkommens wird dadurch erleichtert, daß es keine komplizierten und schwer erfüllbaren Kontrollmaßnahmen erfordert und keinem der Staaten Abbruch tun würde.

Es versteht sich von selbst, daß es auf der Konferenz möglich wäre, die Meinungen auch über andere Aspekte der Abrüstungsfragen auszutauschen, zumal die Abrüstungsverhandlungen zur Zeit eingestellt sind und die Bedingungen zur Wiederaufnahme derselben in den Organen der Vereinten Nationen noch nicht gegeben sind.

2. Die Aufgabe des Verbots von Atom- und Wasserstoffwaffen als Massenvernichtungswaffen, deren Anwendung mit dem Gewissen der zivilisierten Menschheit unvereinbar ist, wird immer unaufschiebbarer. Die Sowjetregierung strebt ihrerseits unverändert nach dem Zustandekommen eines Abkommens mit den Regierungen der USA und Großbritanniens über die Frage des Verzichts auf ihre Anwendung. Diese Verpflichtung, die von allen Mächten übernommen würde, die über Atom- und Wasserstoffwaffen verfügen, wäre von großer Bedeutung für die Herstellung einer Vertrauensbasis in den Beziehungen zwischen den Staaten und für die Befreiung der Völker von der Angst vor einem Atomkriege. Diese Maßnahme ist voll und ganz realisierbar, da sie weder die Errichtung irgendeiner Form von Kontrolle noch irgendeinen materiellen Aufwand erfordert. Die Lebensfähigkeit und Zweckmäßigkeit eines derartigen Abkommens haben schon ihre Bestätigung in den historischen Beispielen der Vergangenheit gefunden, wo ähnliche Abkommen, die andere Arten von Massenvernichtungswaffen (chemische, bakteriologische usw.) betreffen, eine bedeutende Rolle im Kampfe der Völker gegen Aggressoren gespielt haben.

3. Der Vorschlag der Regierung der Volksrepublik Polen über die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone im zentralen Teil Europas zieht die Aufmerksamkeit der Regierungen und der breiten Oeffentlichkeit vieler Länder, insbesondere der europäischen, auf sich.

Wie bekannt, sieht dieser Vorschlag vor, daß Polen, die Tschechoslowakei, die Deutsche Demokratische Republik und die Bundesrepublik Deutschland auf ihren Territorien keine Stationierung irgendwelcher Arten von Atom- und Wasserstoffwaffen zulassen und auf die Produktion derselben verzichten werden.

Die Schaffung einer solchen Zone würde das im Zentrum Europas liegende Territorium, das etwa eine Million Quadratkilometer mit einer Bevölkerung von mehr als 100 Millionen Menschen umfaßt, außerhalb der Sphäre der Vorbereitungen eines Atomkrieges stellen. Es ist nicht zu bezweifeln, daß die Verwirklichung dieser Maßnahme nicht nur die Gefahr eines Atomkrieges von diesen Staaten abwenden, die im Berührungsraum der zwei gegenüberstehenden hauptsächlichsten militärischen Gruppierungen liegen, sondern auch mit Erleichterung von den Völkern anderer Länder aufgenommen würde, weil dies ein wichtiger Wendepunkt auf dem Wege zum vollen Verbot der Atomwaffen und deren Ausschluß aus der Rüstung der Staaten wäre. Auf diese Weise wäre ein bedeutender Schritt zur Lösung der großen Aufgabe getan, die Atomenergie nur zu friedlichen Zwecken, zur Hebung des Wohlstandes der Menschen, zur Entwicklung der Wissenschaft und Kultur anzuwenden, wodurch die Grenzen der Erkenntnis von Naturgesetzen und deren Nutzung zum Wohlstand der Menschheit erweitert würden.

Es ist bekannt, daß die Regierungen der Tschechoslowakei und der DDR schon ihre Zusage gegeben haben, an der Errichtung einer solchen Zone teilzunehmen.

Es ist auch bekannt, daß sich die Regierung der Bundesrepublik Deutschland bei der Unterzeichnung der Pariser Abkommen verpflichtet hat, keine Atomwaffen zu produzieren. Die Sowjetregierung unterstützt, wie sie bereits erklärt hat, den Vorschlag Polens und wäre bereit, zusammen mit den Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs die entsprechenden Verpflichtungen im Zusammenhang mit der Schaffung einer atomwaffenfreien Zone zu übernehmen und ihrerseits größtmögliche Wirkung an der Erzielung einer Vereinbarung zwischen den Staaten über diese Frage zu leisten.

Das alles zeigt, daß zur Zeit alle notwendigen Voraussetzungen gegeben sind, um den Vorschlag zur Schaffung der atomwaffenfreien Zone in Zentraleuropa, zunächst unter Beteiligung von wenigstens vier Ländern, zu einem Gegenstand der dringlichen Erörterung auf der Konferenz der führenden Staatsmänner zu machen.

4. Den Interessen der Einstellung des „kalten Krieges" und des Wettrüstens würde es dienlich sein, auf der Konferenz den Abschluß eines Nichtangriffspaktes in der einen oder anderen Form zwischen den Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses und den Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrags zu erörtern. Die Sowjetunion, wie alle anderen Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages, haben mit Rücksicht auf die wichtige Bedeutung dieses Schrittes mehrmals ihre Bereitschaft erklärt, solch einen mehrseitigen Pakt abzuschließen. Die Sowjetregierung geht auch davon aus, daß eine Vereinbarung über diese Frage, und um so mehr das Fehlen einer Vereinbarung darüber, keineswegs die Möglichkeit ausschließt, Nichtangriffsverträge zwischen einzelnen Teilnehmern dieser Gruppierungen auf zweiseitiger Grundlage abzuschließen, wozu die Sowjetunion ihre Bereitschaft erklärt, da dies durchaus im Interesse der Minderung

der internationalen Spannungen und der Festigung des Friedens ist.

In der Erklärung, die auf der Pariser Tagung des NATO-Rates im Dezember angenommen wurde, wird darauf hingewiesen, daß dieses Bündnis nicht zu aggressiven Zwecken benutzt werden würde. Dieser Erklärung nach sollte der Gedanke eines Nichtangriffspaktes nicht auf die Ablehnung der Staaten des Nordatlantik-Bündnisses stoßen. Der Abschluß eines solchen Paktes oder ähnlicher einzelner Abkommen zwischen den Ländern würden einen großen positiven Einfluß auf die internationale Lage und einen zurückhaltenden Einfluß auf den möglichen Aggressor ausüben, der im Falle des von ihm entfesselten Krieges in die Lage der internationalen Isolierung mit allen sich daraus ergebenden Folgen geraten würde.

5. Es ist schwer, die große politische Bedeutung der Reduzierung der ausländischen Truppen, die sich im Gebiet Deutschlands wie auch im Gebiet anderer, sowohl der NATO als auch dem Warschauer Vertrag angehörenden Länder befinden, zu verneinen; und erst recht die politische Bedeutung des vollständigen Abzuges dieser Truppen zur Gesundung der Lage in Europa und nicht nur hier.

Mit Rücksicht darauf, daß eine Vereinbarung über den vollständigen Abzug der ausländischen Truppen aus dem Gebiet der obengenannten Staaten, wie die Erfahrung zeigt, auf ernste Schwierigkeiten stößt, entsteht nach Meinung der Sowjetregierung die Notwendigkeit, wenigstens die Reduzierung der zahlenmäßigen Truppenstärke in diesen Gebieten oder zuerst wenigstens im Gebiet Deutschlands mit den daran interessierten Staaten zu vereinbaren. Schon ein Abkommen über diese Frage wäre mit besonderer Rücksicht auf den Umstand, daß es das Gebiet betrifft, das im Zentrum Europas liegt, von großer stabilisierender Bedeutung. Es könnte nicht nur zur Lösung anderer Fragen, über die die Mächte heute Meinungsverschiedenheiten haben, sondern auch zur Schaffung der Voraussetzungen beitragen, die die Annäherung der beiden bestehenden deutschen Staaten — der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland — begünstigen.

6. Man kann auch die Möglichkeiten zu einem Uebereinkommen in den Fragen, die mit der Vorbeugung gegen einen Ueberraschungsangriff verbunden sind, und über entsprechende Fragen der Kontrolle in bezug auf den Charakter von Schritten hinsichtlich der Abrüstung nicht als erschöpft betrachten, worüber bereits in absehbarer Zeit eine Vereinbarung erzielt werden könnte, wenn dazu das Bestreben der interessierten Staaten vorhanden wäre. In diesem Zusammenhang entsteht die Notwendigkeit, folgende Maßnahmen zu besprechen:

a) Mit Rücksicht auf die verständliche Bestrebung eines jeden Staates, sich nicht der Gefahr eines Ueberraschungsangriffs auszusetzen, wäre es wichtig, Schritte zu unternehmen, die eine getarnte Konzentration von Truppen und technischen Kampfmitteln verhindern, die zur Vorbereitung eines solchen Ueberraschungsangriffs verwendet werden könnten. Diesen Zwecken würde die Errichtung von Kontrollposten an Eisenbahnknotenpunkten, in großen Häfen und auf Autobahnen entsprechen. Die Zweckmäßigkeit dieser Maßnahme wird auch bekanntlich von anderen an den Abrüstungsverhandlungen beteiligten Staaten anerkannt. Das spricht dafür, daß die Erreichung eines Uebereinkommens in dieser Frage keine besonderen Schwierigkeiten bieten würde.

b) In Erwägung der Bedeutung, die manche Regierungen der Durchführung von Luftaufnahmen der Territorien von Staaten beimessen, wird vorgeschlagen, die Festlegung einer 800 Kilometer breiten Zone für Luftaufnahmen beiderseits der Linie, die die gegenüberstehenden militärischen Gruppierungen in Europa trennt, zu vereinbaren, da starke Streitkräfte der NATO-Länder und der Teilnehmerländer des Warschauer Vertrags in diesem Raum in einer verhältnismäßig nahen Entfernung voneinander konzentriert sind, was an sich schon eine große Gefahr vor allem für die Lage in Europa in sich birgt. Unter Berücksichtigung dessen, daß es im Gebiet von Deutschland eine zur Friedenszeit anormale Ansammlung von Streitkräften und technischen Kampfmitteln gibt und daß die Armeen der wichtigsten militärischen Gruppierungen der Staaten hier unmittelbar einander gegenüberstehen, wird es für zweckmäßig gehalten, daß sich die entsprechenden Staaten einschließlich der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland über die Durchführung breiterer Formen einer Kontrolle auf dem Territorium Deutschlands verständigen über Maßnahmen, die heute bereits die Möglichkeit bieten, ein Uebereinkommen zu treffen. Solche Maßnahmen können zum Beispiel die zahlenmäßige Verringerung der ausländischen Truppen auf dem Territorium der beiden Teile Deutschlands und später den vollständigen Abzug dieser Truppen aus Deutschland sowie auch eine Vereinbarung zwischen den entsprechenden Staaten über eine atomwaffenfreie Zone betreffen.

Die Sowjetregierung geht davon aus, daß die Funktionen und der Umfang der Kontrolle, wenn man sich nicht von Propagandaerwägungen, sondern von den tatsächlich bestehenden Umständen leiten läßt, unmittelbar davon abhängen, in welchem Zustand sich die zwischenstaatlichen Beziehungen befinden und wie der Charakter und die Bedeutsamkeit der durchzuführenden Abrüstungsmaßnahmen sind.

Das bedeutet, daß die Funktionen und der Umfang der Kontrolle sowie die Inspektion im engen Zusammenhang mit der Verwirklichung der Schritte zur Minderung der Spannungen in den internationalen Beziehungen und hinsichtlich der Festigung des Vertrauens zwischen den Staaten, in ersten Linie zwischen den großen Mächten, zu betrachten sind. Wenn eine Verständigung über die Abrüstungsfragen, einschließlich eines Abkommens über eine wesentliche Herabsetzung von Streitkräften, Rüstungen und über das vollständige Verbot der Kernwaffen, über die Einstellung ihrer Erzeugung sowie deren Ausschluß aus den Rüstungen der Staaten und zusammen mit der Vernichtung der Vorräte dieser Waffen erreicht wird, werden die Hindernisse auf dem Weg zur Erweiterung der Kontrolle und der Inspektion in Fortfall kommen. Die Sowjetregierung wird ihrerseits bereit sein, sich während einer entsprechenden Etappe positiv zu einer solchen Erweiterung zu verhalten.

7. Es wäre zweckmäßig, auf der Konferenz die Durchführung möglicher Maßnahmen zur Ausdehnung der internationalen Handelsbeziehungen, die eine natürliche und die zuverlässigste Grundlage für die Entwicklung des friedlichen Verkehrs zwischen den Staaten ist, zu behandeln. Dabei wäre solch eine Lage zu schaffen, in der die Entwicklung des Welthandels nicht durch künstlich

errichtete juristische Schranken gehemmt würde, die viele Staaten in eine ungleiche Lage im Vergleich zu anderen Staaten versetzen. Dies würde seinerseits die Entwicklung eines breiten Austausches und eines friedlichen Wettbewerbs der Länder in der Sphäre des wissenschaftlichen Denkens, auf dem Gebiet des technischen Fortschritts und der Organisation der Produktionsprozesse fördern. Eine Ausdehnung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Staaten würde einen fruchtbaren Boden zur Herstellung eines wahren Vertrauens zwischen ihnen und dadurch die notwendigen Verhältnisse zur Verbesserung der politischen Beziehungen schaffen.

Niemand kann die unbestreitbare Tatsache leugnen, daß der Abbruch normaler wirtschaftlicher Beziehungen zwischen vielen Ländern ein Produkt des „kalten Krieges" und der Bildung der einander entgegengestellten Militärgruppierungen ist. Daraus folgt, daß man über die Einstellung des „kalten Krieges" und die Verminderung der Spannungen in den Beziehungen zwischen den Staaten nicht ernsthaft sprechen kann, ohne die mißgestaltete Lage im internationalen Handel zu beseitigen.

8. Obwohl die Organisation der Vereinten Nationen noch vor zehn Jahren einmütig die Kriegspropaganda verurteilte, wird diese jetzt in einigen Ländern des Westens dennoch fortgesetzt; statt aufzuhören, erhält sie ein immer größeres Ausmaß. Es ist gut bekannt, daß die Aufrufe zu einem sogenannten Präventivkrieg in einigen westlichen Ländern in der letzten Zeit stärker wurden; es wird offen besprochen, daß es von Vorteil wäre, den ersten Schlag zu versetzen. Es ist nicht schwer vorauszusehen, welche Lage entstände, wenn man mit den gleichen Aufrufen in jenen Ländern auftreten würde, gegen die heute manche Persönlichkeiten in den westlichen Ländern aufrufen, den ersten Schlag zu versetzen.

Wo ist der Richter, der eine Grenze zwischen der privaten Meinung einzelner Personen und der offiziellen Haltung der einen oder anderen Regierung ziehen kann? Es genügt, diese Frage zu stellen, um darüber im klaren zu sein, daß hier ein Spiel mit dem Feuer getrieben wird, dem man ein Ende bereiten muß, wenn man nicht eine Schein-, sondern wirkliche Sorge um den Frieden trägt. Inzwischen findet diese Aggressions-Propaganda, die sich im Grunde genommen nicht von jenen Aufrufen zum Krieg unterscheidet, mit denen seinerzeit die Hitlerleute auftraten, in den erwähnten Ländern keinen Widerstand, und viele Presseorgane stellen gerne ihre Spalten dieser Propaganda zur Verfügung. All das vergiftet die Beziehungen zwischen den Staaten, verstärkt bedeutend das gegenseitige Mißtrauen und vergrößert dadurch die Gefahr eines Krieges.

Deshalb müßte man sich auf der vorgeschlagenen Konferenz über die Maßnahmen zur Einstellung der Kriegspropaganda einigen, die heute in einigen Ländern durchgeführt wird. Kein Staatsmann, der sich seiner Verantwortung für das Schicksal der Welt voll bewußt ist, erst recht keine Regierung, kann umhin, ihre Stimme gegen eine solche Propaganda zu erheben. Man darf nicht vom Frieden sprechen und gleichzeitig Maßnahmen gegenüber jenen unterlassen, die zu einem Kriege aufrufen.

9. Die Zusammenkunft der führenden Staatsmänner würde die Möglichkeit bieten, die Meinungen über Wege zur Verminderung der Spannungen im Raum des Nahen und des Mittleren Ostens auszutauschen und den Versuch zu unternehmen, darin übereinzukommen, daß seitens der Großmächte keine Schritte unternommen werden, die die Unabhängigkeit dieses Raumes verletzen, und daß die Großmächte auf die Anwendung der Gewalt bei der Lösung aller mit dem Nahen und Mittleren Osten zusammenhängenden Fragen verzichten. Es ist selbstverständlich, daß die Erörterung dieser Frage nur ein Ziel haben soll, und zwar jedwede Einmischung von außen her in die inneren Angelegenheiten der Länder dieses Raumes zu verhindern und die Festigkeit der Souveränität und der nationalen Unabhängigkeit der Länder des Nahen und Mittleren Ostens zu fördern.

Die Sowjetregierung ist der Meinung, daß die Lösung der obengenannten Fragen nicht nur herangereift ist, sondern auf keinen Fall mehr verschoben werden darf. Auf der Konferenz könnte man auch andere konstruktive Vorschläge besprechen, die zur Einstellung des „kalten Krieges" beitragen, die von den anderen Teilnehmern der Konferenz gemacht werden könnten. Ueber die Notwendigkeit, sie zu besprechen, könnten die Teilnehmer der Konferenz sich verständigen und über die Reihenfolge der Erörterung der nicht geregelten Probleme, deren Lösung zur Zeit auf bestimmte Schwierigkeiten der unterschiedlichen Standpunkte der Staaten stößt, übereinkommen. Man könnte auch vereinbaren, welche Fragen in der nächsten Etappe der Verhandlungen zwischen den Staaten sowohl auf ähnlichen Konferenzen als auch im Rahmen der UN geprüft werden sollten.

Es ist zum Beispiel bekannt, daß die Regierungen der USA und Großbritanniens zur Zeit nicht gewillt sind, auf ein Verbot der Kernwaffen und deren Ausschaltung aus den Rüstungen der Staaten und auf die Vernichtung der aufgespeicherten Vorräte einzugehen, was seinerseits die Frage der Produktionseinstellung von spaltbaren Materialien für militärische Zwecke in eine Sackgasse führt. Unter solchen Umständen bleibt nichts anderes übrig, als die Fragen, die mit einer radikalen Lösung des Problems der Atomabrüstung zusammenhängen, auf eine spätere Etappe der Verhandlungen zu verschieben, nachdem ein Uebereinkommen in weniger komplizierten Fragen erreicht worden ist.

Wie aus den offiziellen Erklärungen der Regierungen der Westmächte ersichtlich ist, kann man wahrscheinlich auch nicht damit rechnen, daß die Teilnehmerländer des Nordatlantischen Blocks gegenwärtig auf solche Vorschläge eingehen würden, wie

eine bedeutende Herabsetzung der Streitkräfte und der Rüstungen und zu diesem Zweck den Abschluß eines entsprechenden internationalen Abkommens;

den vollständigen Abzug der ausländischen Streitkräfte vom Territorium der Teilnehmerländer der NATO und des Warschauer Vertrages, die Auflösung sämtlicher ausländischer Stützpunkte auf fremden Territorien;

die Ersetzung aller bestehenden militärischen Gruppierungen in Europa durch ein System der kollektiven Sicherheit.

Gegenwärtig gibt es wenig Gründe zur Annahme, daß das Einbringen dieser Fragen zur Erörterung auf einer solchen Konferenz positive Ergebnisse zeitigen würde. Später, wenn die auf dieser voraussichtlichen Konferenz vereinbarten Maßnahmen getroffen werden und dadurch ein gewisses Minimum an internationalem Vertrauen geschaffen worden ist, werden dann schon die notwendigen Bedingungen zur Durchführung von radikaleren Maß-

nahmen, darunter auch auf dem Gebiet der Abrüstung, entstehen.

Selbstverständlich können alle Fragen, die unmittelbar die Volksrepublik China angehen, nur mit deren Teilnahme gelöst werden. Die Sowjetregierung hält es für notwendig, aufs neue zu erklären, daß die Politik, die die unmittelbare Teilnahme von Volkschina an der Erörterung der ungelösten internationalen Probleme behindert, ernsthaft die internationale Lage im allgemeinen und die Tätigkeit der UN im besonderen beeinträchtigt.

Die Einstellung des „kalten Krieges" und die Erweiterung der internationalen Zusammenarbeit würden ohne Zweifel auch die Regelung der deutschen Frage auf der Basis der Annäherung der beiden souveränen deutschen Staaten — der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland — begünstigen. Die Sowjetregierung ist überzeugt, daß, je schneller die DDR und die Bundesrepublik Deutschland gemeinsame, für beide Staaten annehmbare Wege zur friedlichen Wiederherstellung der nationalen Einheit Deutschlands finden, desto eher sich der Prozeß der Vereinigung beider Teile Deutschlands vollziehen wird, die sich heute in verschiedenen Richtungen entwickeln. Wie die Sowjetregierung bereits erklärt hat, unterstützt sie voll und ganz den Vorschlag der Deutschen Demokratischen Republik zur Schaffung einer Konföderation der beiden deutschen Staaten als wichtigen Schritt auf dem Wege zur Bildung eines einheitlichen friedliebenden demokratischen Deutschlands. Wenn von der Unterstützung der Wiedervereinigung Deutschlands von außen her gesprochen wird, so muß man vor allem die Tatsache der Existenz zweier deutscher Staaten anerkennen und die Souveränität beider achten. Die Sowjetunion wird nach wie vor danach streben, die Verständigung zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland über die Wege zu erleichtern, die zur Wiedervereinigung führen. Eine solche Verständigung würde die Voraussetzung für den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland schaffen.

Heute, wo Maßnahmen zu ergreifen sind, die einen Wendepunkt in der Entwicklung der internationalen Lage schaffen könnten, würde gerade die Einberufung einer Konferenz auf hoher Ebene unter Beteiligung der Regierungschefs den Interessen der Festigung des Friedens entsprechen. Im Hinblick auf den Charakter der Fragen, deren Erörterung erforderlich wäre, ist es zweckmäßig, die obengenannte Konferenz mit der Teilnahme aller Staaten des Nordatlantik-Bündnisses und aller Staaten des Warschauer Vertrages abzuhalten. In Anbetracht des Umstandes, daß die sich gegenüberstehenden Hauptgruppierungen die NATO und die Organisation des Warschauer Vertrages sind, daß alle Staaten, die ihnen angehören, am Ergebnis der Verhandlungen, vor allem in bezug auf die Lage in Europa, höchst interessiert sind, würde es zweckmäßig sein, keinem dieser Staaten die Möglichkeit zu nehmen, unmittelbar an der Erörterung der entsprechenden Probleme teilzunehmen.

Sollten aus irgendwelchen Gründen Schwierigkeiten hinsichtlich der Verständigung auf obengenannter Grundlage in bezug auf die Konferenzteilnehmer entstehen, so wird die Regierung der UdSSR auch gegen eine engere Zusammensetzung der Teilnehmer keine Einwände erheben.

Im Zusammenhang damit, daß zur Erörterung auf der Konferenz solche Fragen vorgeschlagen werden wie das Abrüstungsproblem, die Einstellung der Kriegspropaganda, die Förderung des internationalen Handels u. a. m., die sich auf den breiten Kreis der Staaten beziehen, die keiner der Gruppierungen angehören, hält die Sowjetregierung die Teilnahme solcher Staaten, wie z. B. Indien, Afghanistan, Aegypten, Jugoslawien, Schweden, Oesterreich, für zweckmäßig. Die Teilnahme der Staaten, die durch keine militärischen Verpflichtungen mit dieser oder jener Gruppierung gebunden sind, könnte nur eine positive Rolle spielen, weil zweifellos die Länder, die den Verzicht auf die Teilnahme an den Militärblocks zu ihrer Politik erklärt haben, Länder, die ihre Treue zur Sache des Friedens und der internationalen Zusammenarbeit bewiesen haben, auf die Annahme von Beschlüssen, die zur Festigung des Friedens beitragen, einen günstigen Einfluß ausüben könnten.

Man könnte sich endlich eine solche Lage vorstellen, daß an den Verhandlungen wenigstens in ihrer ersten Etappe nur zwei bis drei Länder jeder der genannten Gruppierungen teilnehmen würden oder aber je ein Land jeder Gruppierung, wenn in dieser Hinsicht eine entsprechende Vereinbarung erreicht würde.

Konferenzort könnte nach Meinung der Sowjetregierung, in Uebereinstimmung mit der Schweizer Regierung, Genf sein.

Was den Vorschlag der Einberufung einer Konferenz auf der Außenministerebene betrifft, so ist nicht sicher, daß diese Verhandlungen zu positiven Ergebnissen führen werden. Mehr noch, die Erklärungen mancher Staatsmänner gegen diesen Gedanken, selbst über die Verhandlungen zwischen Ost und West, sind ein Zeugnis dafür, daß gegenwärtig die Verhandlungen bei einer solchen Zusammensetzung auf ernste Schwierigkeiten stoßen würden, die noch zusätzliche Hindernisse zur Einberufung einer Konferenz auf der Regierungschefebene schaffen würden.

Die Sowjetregierung ist der Meinung, daß man die Einstellung des „kalten Krieges", das Beenden des Wettrüstens und das Zustandekommen des notwendigen Vertrauens in den Beziehungen zwischen den Staaten sowie die Schaffung der Voraussetzungen für einen festen und dauerhaften Frieden am ehesten in einer Konferenz erreichen könnte, an der die Regierungschefs unmittelbar teilnehmen würden. Es ist selbstverständlich, daß es zweckmäßig wäre, später auch eine Konferenz der Außenminister abzuhalten, wo sie entsprechende Fragen auf Grund der schon erzielten Vereinbarungen und als Vorbereitung zu den nötigen Abkommen weiter bearbeiten könnten.

Indem die Sowjetunion bestrebt ist, die Festigung des Friedens und die Schaffung des Vertrauens zwischen den Völkern mit allen Mitteln zu fördern, hat sie innerhalb der letzten zwei Jahre einseitig die Stärke ihrer Streitkräfte fast um zwei Millionen Mann verringert! In Ausführung des Beschlusses des Obersten Sowjets der UdSSR vom 21. Dezember 1957, der die Maßnahmen zur weiteren Reduzierung der Streitkräfte der Sowjetunion vorsieht, hat die Sowjetregierung bereits den Beschluß über die zusätzliche Verringerung der Streitkräfte der UdSSR noch um 300 000 Mann gefaßt, einschließlich der zahlenmäßigen Einschränkung der auf dem Territorium

Deutschlands stationierten sowjetischen Streitkräfte um mehr als 41 000 Mann und der Streitkräfte, die in Ungarn stationiert sind, um mehr als 17 000 Mann.

Die Sowjetregierung bringt die Hoffnung zum Ausdruck, daß die USA, Großbritannien und Frankreich ihrerseits Schritte zur Reduzierung ihrer Streitkräfte unternehmen und dadurch schon jetzt einen bestimmten Beitrag zur Schaffung einer echten internationalen Sicherheit und der Festigung des allgemeinen Friedens leisten werden.

Quelle: *Die Sowjetunion heute* (sowjetische Botschaft, Bonn), Beilage zu Heft 3 vom 20. Januar 1958.

Die Antworten der Regierungschefs der NATO-Staaten auf die im Dezember 1957 an sie gerichteten Schreiben des sowjetischen Ministerpräsidenten

Redaktionelle Vorbemerkung

Die vorstehend wiedergegebenen Briefe und Noten der Sowjetregierung wurden abgesandt, ehe noch die Antworten der Regierungschefs der NATO-Staaten auf die sowjetische Brief- und Noten-Aktion vom Dezember 1957 (vgl. Europa-Archiv 1/1958, S. 10 439 ff.) ergangen waren. Diese Antworten sind überwiegend in der Zeit Mitte/Ende Januar 1958 in Moskau überreicht worden. Auf die Schreiben *Bulganins* vom 8. Januar gingen die Regierungschefs in ihren Antworten gar nicht oder nur kurz ein, z. T. mit dem Bemerken, daß eine ausführliche Beantwortung nach eingehender Prüfung der Schreiben erfolgen werde.

Die Antwortschreiben befassen sich demgemäß vorwiegend mit der Widerlegung der von Bulganin in seinem ersten Brief aufgestellten Behauptungen und mit der Formulierung eigener Gegenvorschläge (so insbesondere das Schreiben Präsident *Eisenhowers*). Uebereinstimmend weisen die Regierungschefs in den sonst inhaltlich recht unterschiedlichen Schreiben die Vorwürfe Bulganins gegen die Politik der NATO zurück und verwahren sich gegen den sowjetischen Versuch, die deutsche Frage aus den Verhandlungen über Abrüstung und Sicherheit auszuklammern. Die Zweckmäßigkeit einer neuen „Gipfel"-Konferenz wird in keinem der Schreiben bestritten, doch weisen die Regierungschefs nachdrücklich auf die Notwendigkeit der gründlichen diplomatischen Vorbereitung einer solchen Konferenz hin, in die die meisten von ihnen auch eine voraufgehende Außenministerkonferenz einbeziehen.

Da es unmöglich ist, an dieser Stelle sämtliche Antwortschreiben wiederzugeben, beschränken wir uns auf den Abdruck des Schreibens von Präsident *Eisenhower*, das die detailliertesten Gegenvorschläge enthält, und desjenigen von Bundeskanzler *Adenauer*. Die Schreiben der Regierungschefs Großbritanniens, Frankreichs und Italiens sind im folgenden, soweit sie über die genannten, allen Schreiben gemeinsamen Punkte hinausgehen oder von ihnen abweichen, kurz zusammengefaßt.

Der *britische Premierminister*, Harold *Macmillan*, geht in seinem Antwortschreiben vom 16. Januar von der „feierlichen Versicherung" aus, „daß keine britische Regierung jemals einen Angriff auf die Sowjetunion unternehmen, an solch einem Angriff teilnehmen oder ihn billigen wird". Dies sei der Sinn seines Hinweises auf einen *Nichtangriffspakt* in seiner Rundfunkrede vom 4. Januar gewesen (vgl. deren Wortlaut in Europa-Archiv 2/1958, S. 10 480 ff.). Macmillan bedauert, daß Bulganin konstruktive Vorschläge des Westens wie den auf der Genfer Außenministerkonferenz 1955 vorgelegten Entwurf eines *Sicherheitsabkommens für Europa* und den von der großen Mehrheit der Vollversammlung gebilligten *Abrüstungsplan* in seinem Brief nicht einmal erwähnt habe. Er schlägt vor, sich sofort konkreten Maßnahmen wie der Ausarbeitung von wirksamen *Kontrollen* zum Schutz vor Ueberraschungsangriffen zuzuwenden. Zum *Rapacki-Plan* (vgl. Europa-Archiv 2/1958, S. 10 482 ff.) erklärt Macmillan, die britische Regierung prüfe diesen Plan eingehend, obwohl gegen ihn „gewisse auf der Hand liegende Einwände" erhoben werden könnten. Nach einer Bekräftigung der grundsätzlichen Verhandlungsbereitschaft der NATO-Staaten stellt Macmillan ein Eingehen auf die Vorschläge Bulganins für eine neue *„Gipfel"-Konferenz* bis zu seiner Antwort auf den zweiten Bulganin-Brief zurück.

Der *französische Ministerpräsident*, Félix *Gaillard*, gibt in seinem Antwortschreiben vom 14. Januar seinem Bedauern Ausdruck, daß die Sowjetunion es trotz der im Laufe der Verhandlungen erreichten Fortschritte für angebracht gehalten habe, den Arbeiten des *Abrüstungsunterausschusses* der Vereinten Nationen ein Ende zu bereiten. Ebenso bedauert er, daß das „grundlegende Problem" der *Kontrolle von Abrüstungsmaßnahmen* in Bulganins Schreiben überhaupt nicht erwähnt sei. Gaillard lehnt ein totales *Verbot der Atomwaffen* ab, da ein solches die Gefahr eines Krieges mit konventionellen Waffen erhöhen würde, und er erklärt nachdrücklich, daß die französische Regierung „nicht geneigt ist, sich zu verpflichten, keinerlei Kernversuche vorzunehmen, d. h. niemals Atomwaffen herzustellen, solange nicht ein internationales Abkommen über wirksame Kontrollmaßnahmen die Einstellung der Erzeugung von Kern- und thermonuklearen Waffen bei allen Staaten vorsieht". Dem *Rapacki-Plan* stellt Gaillard den auf der Genfer Außenministerkonferenz 1955 vorgelegten *Sicherheitsvorschlag der Westmächte* gegenüber, der eine Zone mit *begrenzten Rüstungen* in Europa ausdrücklich vorgesehen habe, jedoch unter der Bedingung, daß die *Wiedervereinigung Deutschlands* gleichzeitig erfolge. Gaillard erklärt seine Bereitschaft zu Modifikationen dieses Vorschlags im Sinne sowjetischer Erwägungen, lehnt jedoch eine isolierte Behandlung der Sicherheitsprobleme ohne gleichzeitige Lösung der deutschen Frage ab. Zum Vorschlag eines *Nichtangriffspaktes* erklärt Gaillard, man könne schwerlich an den Nutzen neuer Verpflichtungen auf diesem Gebiet glauben, „solange die Sowjetregierung fortfährt, zu verkünden, daß sie den von den Westmächten wiederholt gegebenen Zusicherungen keinen Glauben beimißt". Voraussetzung von Nichtangriffspakten sei außerdem, daß die Sowjetunion sich den Entscheidungen der Vereinten Nationen hinsichtlich der Definition des Angreifers beugt, was jedoch in der Vergangenheit nicht geschehen sei. Gaillard erklärt zum Schluß, Frankreich sei bereit, die Verhandlungen über die Abrüstung und über die europäische Sicherheit wiederaufzunehmen und dabei den sowjetischen Einwendungen Rechnung zu tragen, „ohne

jedoch die uns allen auf Grund der Beschlüsse der Vereinten Nationen obliegenden Verantwortlichkeiten außer acht zu lassen".

Der *italienische Ministerpräsident*, Adone *Zoli*, beginnt sein Antwortschreiben vom 18. Januar mit der Betonung der „realistischen und konstruktiven Friedenspolitik" Italiens und erklärt, „daß Italien sich nicht nur niemals auf eine direkte Aggressionshandlung einlassen wird, sondern sich auch keinen Aggressionshandlungen anschließen oder sich mit ihnen solidarisch erklären wird, die gegen irgend jemand von irgendeinem Lande unternommen würden". Er fordert die Sowjetregierung auf, sich in ihrer Außenpolitik vom gleichen Geiste leiten zu lassen, wozu auch gehöre, „daß sie sich einer indirekten oder direkten Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder enthält". Solche Einmischungen sieht Zoli im sowjetischen Verhalten sowohl gegenüber *Deutschland* als auch gegenüber *Ungarn*. Den *Rapacki-Plan* bezeichnet Zoli — ohne näher auf ihn einzugehen — als das einzig Neue an den vom Sowjetblock gemachten Vorschlägen. Hingegen sei Bulganin auf die von der Vollversammlung mit großer Mehrheit gebilligten *Abrüstungsvorschläge* nicht eingegangen, und überdies habe die Sowjetregierung die Verhandlungen des *Abrüstungsunterausschusses* boykottiert. Dennoch sei die italienische Regierung bereit, jeden Vorschlag zur Abrüstung zu prüfen, von welcher Seite er auch kommen möge. Nach dem Hinweis, daß die italienisch-sowjetischen Differenzen in der Reparationsfrage und das ungeklärte Schicksal der in der Sowjetunion vermißten Italiener eine Belastung der italienisch-sowjetischen Beziehungen darstellen, kündigt Zoli an, daß er auf die sowjetischen Vorschläge in seiner Antwort auf den zweiten Bulganin-Brief ausführlicher eingehen werde.

W. B.

Schreiben von Präsident Eisenhower an Ministerpräsident Bulganin vom 12. Januar 1958

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

Als ich am 10. Dezember Ihr Schreiben erhielt, habe ich dies sofort mit der Zusage bestätigt, daß ich Ihnen nach einer angemessenen Zeit eine wohlabgewogene Antwort geben würde. Dies tue ich nunmehr.

Ihr Schreiben scheint sich in drei Teile zu gliedern: die Notwendigkeit des Friedens; Ihre Behauptung, daß der Friede durch die kollektiven Selbstverteidigungsanstrengungen der Länder der freien Welt gefährdet ist; und Ihre spezifischen Vorschläge. Ich werde in der gleichen Reihenfolge antworten und meine eigenen Vorschläge machen.

I.

Friede und guter Wille unter den Menschen sind ein Herzenswunsch der Völker seit undenklichen Zeiten. Aber die von Führern der Regierungen abgegebenen Friedensbeteuerungen sind nicht immer eine zuverlässige Richtschnur für ihre wirklichen Absichten. Weiter scheint es mir für uns zwecklos zu sein, die Frage zu erörtern, welche von unseren beiden Regierungen den Frieden wünscht und welche ihn mehr wünscht. Wir beide haben betont, daß unsere beiden Völker den Frieden heiß ersehnen, und vielleicht empfinden Sie und ich diesen Wunsch in der gleichen dringlichen Form. Der Kern dieser Frage besteht in der Festlegung der Bedingungen, unter denen die Erhaltung des Friedens sichergestellt werden kann, sowie in dem Vertrauen, das jeder von uns berechtigterweise darein setzen kann, daß diese Bedingungen respektiert werden.

In den Vereinigten Staaten wünschen das Volk und seine Regierung den Frieden, und das Volk übt in diesem Lande über die Regierung eine derartige verfassungsmäßige Kontrolle aus, daß es für jede Regierung unmöglich wäre, einen Aggressionskrieg zu beginnen. Unter den von unserem Kongreß bereits erteilten Vollmachten könnten und würden die Vereinigten Staaten aber sofort reagieren, wenn wir oder einer unserer Verbündeten angegriffen würden. Die Vereinigten Staaten können jedoch keinen Krieg beginnen ohne die vorherige Billigung der Vertreter des Volkes im Kongreß. Dies aber erfordert Zeit und öffentliche Debatten. Unser Volk aber würde nicht nur jeden Versuch, einen Angriff zu beginnen, abweisen, sondern auch das für jede aggressive Aktion so wichtige Ueberraschungsmoment würde vollständig fehlen. Ein Aggressionskrieg ist für uns nicht nur verabscheuungswürdig, sondern auch undurchführbar und unmöglich.

Die letzten vierzig Jahre geben uns Gelegenheit, die Liste der Friedensbemühungen unserer beiden Systeme gegeneinander abzuwägen. Wir unterbreiten gerne unsere Friedensanstrengungen dem unparteiischen Urteil der Welt. Ich versichere Ihnen, Herr Vorsitzender, daß in den Vereinigten Staaten die Bemühungen um die Erhaltung des Friedens in jeder Hinsicht, auch was die Bestandteile unseres nationalen Lebens anbelangt, Priorität genießen.

II.

Sie behaupten, daß die Gefahr eines Krieges sich vergrößert hat, weil die Vereinigten Staaten und andere Nationen der freien Welt Sicherheit auf kollektiver Basis und auf der Basis militärischer Bereitschaft suchen.

Dreimal in diesem Jahrhundert sind Kriege geführt worden unter Umständen, die stark vermuten lassen, wenn nicht sogar beweisen, daß diese Kriege nicht zustande gekommen wären, wenn die USA militärisch stark gewesen wären und sich im voraus zur Verteidigung der angegriffenen Nationen verpflichtet hätten.

In jedem dieser drei Fälle waren die Vereinigten Staaten bei Kriegsausbruch militärisch unvorbereitet oder schlecht vorbereitet, und es war nichts darüber bekannt, daß die Vereinigten Staaten den einer bewaffneten Aggression ausgesetzten Ländern beistehen würden. Doch heute, Herr Vorsitzender, hat es den Anschein, als ob Sie die Auffassung vertreten, Schwäche und Uneinigkeit machten einen Krieg weniger wahrscheinlich.

Lassen Sie mich daran erinnern, daß die Sowjetunion, als sie sich im März 1939 relativ schwach und durch einen faschistischen Angriff bedroht fühlte, behauptete, eine Aggression läge geradezu in der Luft, weil die Mehrheit der nicht aggressiven Länder, insbesondere England und Frankreich, die Politik der kollektiven Sicherheit abgelehnt habe, und Stalin fuhr fort, daß die Politik des „Laß jedes Land sich selbst verteidigen, wie es will und so gut es kann... heißt, einen Angriff stillschweigend dulden und dem Krieg freien Lauf lassen".

Heute ist die Sowjetunion nicht mehr schwach oder von mächtigen aggressiven Mächten konfrontiert. Der gewaltige sino-sowjetische Block umfaßt nahezu eine Milliarde Menschen und verfügt über große Hilfsquellen. Solch ein Block würde weltbeherrschend sein, wären die freien Nationen untereinander uneins.

Es ist verständlich, daß jeder, der sein System der Welt aufzwingen will, es vorziehen würde, wenn die außerhalb dieses Systems Lebenden schwach und geteilt sind. Aber diese expansionistische Politik kann nicht sanktioniert werden durch Friedensbeteuerungen.

Selbstverständlich würden die Vereinigten Staaten es bei weitem vorziehen, wenn eine gemeinsame Sicherheit auf universaler Basis über die Vereinten Nationen erzielt werden könnte.

Dies hofften wir, als unsere beiden Regierungen im Jahre 1945 gemeinsam mit anderen die Charta der Vereinten Nationen unterzeichneten und dem Sicherheitsrat die erste Verantwortlichkeit für die Aufrechterhaltung des internationalen Friedens und der internationalen Sicherheit übertrugen. Gemäß dieser Charta kamen wir ferner überein, dem Sicherheitsrat für die Aufrechterhaltung und Wiederherstellung des internationalen Friedens und der internationalen Sicherheit bewaffnete Streitkräfte, Hilfe sowie entsprechende Einrichtungen zur Verfügung zu stellen.

Die Sowjetunion hat den Aufbau eines solchen universalen kollektiven Sicherheitsgefüges ständig verhindert und hat, indem sie 82mal von ihrem Vetorecht Gebrauch machte, den Sicherheitsrat zu einem unzuverlässigen Friedenswahrer gemacht.

Die Befürchtung, daß der Sicherheitsrat eine nicht verläßliche Einrichtung werden könnte, wurde bereits auf der Konferenz über die Weltorganisation von San Francisco geäußert, und die Charta anerkennt demgemäß, daß die Nationen zusätzlich zu dem in den Sicherheitsrat gesetzten Vertrauen ein angestammtes Recht auf kollektive Selbstverteidigung haben, von dem sie auch Gebrauch machen können. Man fand es deshalb nicht nur wünschenswert, sondern auch notwendig, daß die freien Nationen um ihrer Ruhe und Sicherheit willen ihre Verteidigungsmaßnahmen vereinigen.

Ich kann und will Ihnen, Herr Vorsitzender, zwei feierliche und unbedingt gültige Zusicherungen geben:

1. Die Vereinigten Staaten werden niemals irgendeiner aggressiven Handlung durch irgendeine kollektive Verteidigungsorganisation oder irgendeines ihrer Mitglieder ihre Unterstützung leihen.
2. Die Vereinigten Staaten werden stets bereit sein, sich für die Schaffung wirksamer kollektiver Sicherheitsmaßnahmen im Rahmen der Vereinten Nationen an Stelle regionaler kollektiver Verteidigungsabmachungen zu verwenden.

Ich wende mich nun der Betrachtung Ihrer Vorschläge im einzelnen zu.

III.

Nach sehr sorgfältigem Studium Ihrer Vorschläge muß ich den Schluß ziehen, daß sie leider ungenau oder unvollständig in ihrer Bedeutung und ungeeignet für ein Programm erfolgreicher Friedensverhandlungen zu sein scheinen.

Sie scheinen erstens als gegeben anzunehmen, daß die Verpflichtungen der Charta nicht existent sind und daß wir der Stimme der Vereinten Nationen keine Achtung schulden müssen.

Sie schlagen vor, daß wir uns in der Achtung der Unabhängigkeit der Länder im Nahen und Mittleren Osten einig sein und auf die Anwendung von Gewalt bei der Regelung von Fragen, die den Nahen und den Mittleren Osten betreffen, verzichten sollten. Wir sind aber in der Charta der Vereinten Nationen gerade diese Verpflichtungen hinsichtlich aller Länder, einschließlich jener des Nahen und des Mittleren Ostens, eingegangen. Es ist unsere tiefe Hoffnung, daß die Sowjets sich an die Bestimmungen der Charta so gebunden fühlen mögen, wie ich Ihnen versichere, daß wir dies tun.

Sie schlagen ferner vor, den Mitgliedstaaten der NATO und des Warschauer Pakts eine Art Nichtangriffsabkommen zu unterbreiten. Alle NATO-Mitglieder aber sind bereits an die in der UN-Charta enthaltenen Nichtangriffsbestimmungen gebunden.

Sie schlagen vor, daß die Vereinigten Staaten, Großbritannien und die Sowjetunion sich verpflichten sollen, keine Atomwaffen anzuwenden. Unsere drei Nationen wie auch andere haben sich aber bereits in der Charta verpflichtet, keinerlei Waffen einzusetzen, die sich gegen die territoriale Integrität oder politische Unabhängigkeit eines Landes richten. Wir hoffen zutiefst, daß es kein Land geben wird, das eines solchen unhaltbaren Zieles wegen jemals Waffen gebrauchen wird, und daß die Sowjetunion eine ähnliche Abneigung gegen jede Art einer Aggression empfinden möge.

Sie schlagen vor, daß wir unsere Absicht verkünden sollten, zwischen uns Beziehungen der Freundschaft und der friedlichen Zusammenarbeit zu entwickeln. Eine solche Absicht ist, was uns selbst und andere anbetrifft, in der Tat bereits durch die Charta der Vereinten Nationen proklamiert worden, die wir unterzeichnet haben. Was not tut, Herr Vorsitzender, ist nicht eine Wiederholung des von uns bereits Proklamierten, sondern das Ergreifen konkreter Maßnahmen unter den bestehenden Bedingungen der Charta, durch die diese Beziehungen der Freundschaft und friedlichen Zusammenarbeit zustande kommen werden. Noch im November vergangenen Jahres hat die Kommunistische Partei der Sowjetunion eine Deklaration unterzeichnet und der Welt gegenüber proklamiert, die den Triumph des Kommunismus in der ganzen Welt durch alle Mittel — die Gewalt nicht ausgeschlossen — fördern sollte und die viele verleumderische Hinweise auf die Vereinigten Staaten enthielt.

Ich muß darauf hinweisen, daß sich eine derartige Erklärung nur schwer mit den Beteuerungen des Wunsches nach Freundschaft, ja nach friedlicher Koexistenz vereinbaren läßt. Aus dieser Deklaration geht klar hervor, wo die Verantwortung für den „Kalten Krieg“ liegt.

Sie schlagen vor, daß wir die Bande „wissenschaftlicher, kultureller und sportlicher“ Art zwischen uns verbreitern. Aber unsere beiden Länder führen ja derzeit bereits Verhandlungen zur Herstellung friedlicher Kontakte, die noch breiter sein sollen als bloß „wissenschaftlicher, kultureller und sportlicher“ Art. Wir hoffen auf ein positives Resultat, obgleich die Resultate im Jahre 1955, als nach der Gipfelkonferenz unsere Außenminister in Genf auf Verhandlungen für die Herstellung derartiger Kontakte drängten, gleich Null waren. Wichtig ist vor allem, daß unsere Völker die wahren Tatsachen voneinander kennenlernen. Eine informierte öffentliche Meinung in unseren beiden Ländern ist für das richtige Verständnis unserer Diskussionen wesentlich.

Sie schlagen vor, daß wir im Rahmen der von Ihnen erwähnten „friedlichen Zusammenarbeit“ auch „normale“ Handelsbeziehungen entwickeln. Wir begrüßen jeden Handel, der keine politischen oder kriegerischen Implikationen enthält. Wir haben allerdings Beschränkungen,

was den Handel mit kriegswichtigen Gütern anbetrifft, aber wir legen einem friedlichen Handel keine Hindernisse in den Weg.

Ihre übrigen Vorschläge beziehen sich auf die Rüstung. In diesem Zusammenhang stelle ich mit tiefer Befriedigung fest, daß Sie gegen „einen Wettstreit in der Produktion von immer neueren Waffentypen" sind. Als ich dieses Satz las, erwartete ich nun, auf Vorschläge zu stoßen, wie eine derartige Produktion einzustellen sei. Ich wurde jedoch enttäuscht.

Sie erneuern den oft wiederholten sowjetischen Vorschlag, daß die Vereinigten Staaten, Großbritannien und die Sowjetunion für zwei oder drei Jahre die Kernwaffenversuche einstellen sollten, und Sie schlagen vor, daß Kernwaffen nicht in Deutschland stationiert oder produziert werden sollten. Sie fügen hinzu, daß Polen und die Tschechoslowakei dieser kernwaffenfreien Zone angegliedert werden könnten.

Diese Vorschläge tragen nicht dazu bei, dem wirklichen Problem der Rüstung gerecht zu werden. Der Kern des Problems ist, wie Sie sagen, die wachsende Produktion neuer Waffenarten in erster Linie durch die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten.

Ihr Vorschlag bezüglich Mitteleuropas wird natürlich von der NATO und den direkt betroffenen NATO-Ländern unter dem Gesichtspunkt seiner militärischen und politischen Auswirkungen geprüft. Aber es kann keine große Bedeutung haben, ein kleines Gebiet von Atomwaffen frei zu halten, wenn — wie Sie sagen — „die Reichweite moderner Waffentypen keine geographische Grenze kennt" und wenn Sie alle Maßnahmen zur Beendigung der Produktion solcher Waffen auf eine unbestimmte Zukunft verschieben.

Ich stelle ferner fest, daß Ihr Vorschlag hinsichtlich Deutschlands sich in keiner Weise auf eine Beendigung der Teilung dieses Landes bezieht, sondern vielmehr dazu neigt, diese Teilung zu verewigen. Es ist daher unrealistisch, die grundsätzliche Verbindung zwischen politischen Lösungen und Sicherheitsvereinbarungen zu ignorieren.

Ohne Frage können und müssen wir, Herr Vorsitzender, zu einer Zeit, in der wir eine große Verantwortung für die Gestaltung der Entwicklung der internationalen Situation tragen, Besseres tun als das, was Sie vorschlagen.

Aus diesem Geiste heraus unterbreite ich eine Reihe eigener Vorschläge.

IV.

1. Ich schlage vor, daß wir die Vereinten Nationen stärken.

Diese Organisation und die feierlichen Verpflichtungen ihrer Mitgliedstaaten, wie sie in der Charta niedergelegt sind, stellen die beste Hoffnung der Menschheit auf Frieden und Gerechtigkeit dar. Die Vereinigten Staaten fühlen sich durch ihre feierlichen Zusagen verpflichtet, in Uebereinstimmung mit den Grundsätzen der Charta zu handeln. Will die Sowjetunion nicht die Zweifel beseitigen, daß sie sich ebenfalls an ihre im Rahmen der Charta gegebenen Verpflichtungen gebunden fühlt? Und können wir nicht vielleicht noch weitergehen und die Autorität der Vereinten Nationen stärken und festigen? Zu oft bleiben ihre Empfehlungen unbeachtet.

Ich schlage daher vor, Herr Vorsitzender, daß wir uns erneut den Vereinten Nationen, ihren Prinzipien und Zielsetzungen sowie den im Rahmen der Charta eingegangenen Verpflichtungen verschreiben. Aber ich würde noch mehr tun.

Zu oft wird der Sicherheitsrat durch das Veto daran gehindert, die Hauptverantwortung, die wir ihm für die Aufrechterhaltung des Weltfriedens und der Sicherheit übertragen haben, auszuüben. Diese Blockierung erstreckt sich sogar auf das Vorschlagen von Maßnahmen für die friedliche Lösung von Streitfällen.

Ich schlage daher vor, daß wir es zur Politik unserer beiden Regierungen machen, zumindest dann das Vetorecht nicht anzuwenden, wenn der Sicherheitsrat dadurch gehindert wird, Maßnahmen für die friedliche Lösung von Streitfällen gemäß der Charta (Abschnitt VI) zu unterbreiten.

Nichts — davon bin ich überzeugt — würde der Welt eine gerechtfertigtere Hoffnung geben als die Ueberzeugung, daß unsere beiden Regierungen ehrlich entschlossen sind, die Vereinten Nationen zu dem wirksamen Instrument des Friedens und der Gerechtigkeit zu machen, wie dies auch die ursprüngliche Absicht war.

2. Wenn das Vertrauen wiederhergestellt werden soll, dann ist vor allem ein Vertrauen in das gegebene Wort vonnöten. Wir haben den Eindruck, daß ein solches Vertrauen in beklagenswerter Weise fehlt. Dies ist ganz besonders der Fall in bezug auf die beiden Gebiete, wo die Situation Anlaß zu ernster internationaler Besorgnis gibt.

Ich beziehe mich damit vor allem auf Deutschland. Dies war das Hauptthema unserer Konferenz vom Juli 1955, und die einzige reale Vereinbarung, die in unseren erarbeiteten Direktiven festgelegt wurde, war die folgende:

> „Die Regierungschefs sind in Anerkennung ihrer gemeinsamen Verantwortung für die Lösung der deutschen Frage und die Wiedervereinigung Deutschlands übereingekommen, daß die Lösung der deutschen Frage und die Wiedervereinigung Deutschlands durch freie Wahlen in Uebereinstimmung mit den nationalen Interessen und den Interessen der europäischen Sicherheit erfolgen soll."

Trotz unseres Drängens hat Ihre Regierung seit nunmehr zweieinhalb Jahren keine Maßnahmen ergriffen, um die Vereinbarung zu verwirklichen oder ihrer anerkannten Verantwortung nachzukommen. Deutschland bleibt gewaltsam geteilt.

Dies ist ein großer Fehler und mit der europäischen Sicherheit unvereinbar. Es unterminiert ferner das Vertrauen in die Unverletzlichkeit unserer internationalen Abkommen.

Ich fordere Sie daher auf, daß wir nunmehr mit allem Nachdruck darangehen, die Wiedervereinigung Deutschlands durch freie Wahlen zustande zu bringen, wie es vereinbart war und wie es die Situation dringend verlangt.

Ich versichere Ihnen, daß dieser Akt einfacher Gerechtigkeit und guten Willens nicht zu einer größeren Gefährdung Ihrer Nation zu führen braucht. Eine solche Maßnahme würde genau das Gegenteil zur Folge haben und würde ohne Frage zu einer größeren Sicherheit führen. Im Zusammenhang mit der Wiedervereinigung Deutschlands sind die Vereinigten Staaten bereit, zusammen mit anderen Ländern über besondere Vorkehrungen bezüglich der Stärke der Streitkräfte und ihrer

Stationierung sowie über umfassende vertragliche Verpflichtungen zu verhandeln, die sich nicht nur gegen eine Aggression richten, sondern auch eine positive Reaktion garantieren, sollte es in Europa zu einer Aggression kommen.

Die zweite Situation, auf die ich Bezug nehme, ist die der osteuropäischen Länder. Die Chefs unserer beiden Regierungen kamen 1945 zusammen mit dem Premierminister Großbritanniens überein, daß die Völker dieser Länder das Recht haben sollten, selbst die Form der Regierung zu wählen, unter der sie zu leben wünschen, und daß unsere drei Länder in dieser Hinsicht eine Verantwortung tragen. Wir drei stimmten darin überein, die Bedingungen zu fördern, unter denen diese Völker ihr Recht der freien Wahl ausüben können. Dieses Abkommen ist bisher nicht erfüllt worden.

Ich weiß, daß Ihre Regierung nicht geneigt ist, diese Angelegenheit zu erörtern oder sie als eine Frage von internationalem Interesse zu behandeln. Die Regierungschefs stimmten jedoch 1945 in Jalta darin überein, daß diese Frage eine Angelegenheit von internationaler Bedeutung sei, und wir kamen vor allem überein, daß in bezug auf diese Angelegenheit eine internationale Konsultation angemessen sein könnte.

Dies war ein weiterer Punkt, der auf unserer Konferenz in Genf im Jahr 1955 zur Sprache kam. Sie vertraten damals den Standpunkt, daß es keinen Grund zur Erörterung dieser Frage zu einem uns genehmen Zeitpunkt gebe und daß dies zu einer Einmischung in die inneren Angelegenheiten der osteuropäischen Staaten führen würde.

Aber haben nicht die anschließenden Entwicklungen dann gezeigt, daß mein Appell an Sie, diesen Fragen Ihre Aufmerksamkeit angedeihen zu lassen, berechtigt war? Gewiß zeigen die Entwicklungen in Ungarn und die faktisch einmütige Aktion der UN-Vollversammlung auf diese Geschehnisse, daß die Verhältnisse in Osteuropa von der ganzen Welt als viel mehr als eine Angelegenheit von rein lokaler Bedeutung angesehen werden.

Ich schlage daher vor, daß wir diese Angelegenheit jetzt erörtern. Es besteht ein wirkliches Bedürfnis dafür im Interesse des Friedens und der Gerechtigkeit, und dieses erscheint mir zwingend.

3. Ich möchte jetzt, Herr Vorsitzender, einen Vorschlag zur Lösung des meines Erachtens wichtigsten Problems unterbreiten, vor dem die Welt heute steht.

a) Ich schlage vor, daß wir übereinkommen, daß der Weltraum nur für friedliche Zwecke genutzt werden soll. Wir stehen bezüglich dieses Problems vor einem entscheidenden Punkt in der Geschichte. Sowohl die Sowjetunion als auch die Vereinigten Staaten benutzen heute den Weltraum für die Erprobung von Raketen, die militärischen Zwecken dienen. Jetzt ist der Zeitpunkt, um damit aufzuhören.

Ich möchte Sie daran erinnern, daß wir vor einem Jahrzehnt, als die Vereinigten Staaten ein Monopol für Atomwaffen und der Erfahrungen auf diesem Gebiet hatten, anboten, auf die Herstellung von Atomwaffen zu verzichten und die Anwendung der Atomenergie zu einer internationalen Bereicherung für rein friedliche Zwecke werden zu lassen. Wenn dieses Angebot damals von der Sowjetunion angenommen worden wäre, dann gäbe es heute die Gefahr der Kernwaffen nicht, von der Sie sprechen.

Die Völker der Welt stehen heute vor einer neuen Entscheidung, die vielleicht sogar noch bedeutsamer ist als die im Jahre 1948.

Dieses Mal geht es um die Nutzung des Weltraumes. Lassen Sie uns dieses Mal rechtzeitig die richtige Wahl treffen, die friedliche Entscheidung.

Wir stehen vor der Herstellung und Perfektion neuer Waffen, die durch die Benutzung des Weltraums die Fähigkeit der Menschheit, sich selbst zu zerstören, weitgehend vergrößern werden. Wenn es tatsächlich die Auffassung der Sowjetunion ist, daß wir nicht fortfahren sollten, ständig neuere Waffen herzustellen, könnten wir dann nicht die Produktion solcher Waffen einstellen, die den Weltraum, der sich jetzt zum ersten Male als ein Gebiet der Erforschung für den Menschen erschließt, benutzen oder, genauer gesagt, mißbrauchen? Sollte nicht der Weltraum den friedlichen Zielen der Menschheit dienen und für kriegerische Zwecke ausgeschlossen werden? Dies ist mein Vorschlag.

b) Lassen Sie uns ferner der jetzt unbeschränkten Produktion von Kernwaffen ein Ende setzen. Dies würde auch Ihrer Forderung entsprechen, mit der Sie sich gegen die „Produktion immer neuer Typen von Waffen" gewandt haben. Es ist möglich, zu garantieren, daß neu produziertes spaltbares Material nicht für Waffenzwecke gebraucht wird. Ferner können bereits vorhandene Waffenvorräte reduziert werden, indem sie unter Kontrolle friedlichen Zwecken zugeführt werden. Da unsere vorhandenen Waffenvorräte zweifellos größer als die Ihrigen sind, würden wir damit rechnen, größere Mengen als Sie der friedlichen Verwendung zuzuführen. Ich würde erfreut sein, Ihre Vorschläge zu der Frage zu erfahren, was Sie in diesem Zusammenhang als ein angemessenes Verhältnis ansehen würden.

c) Ich schlage vor, daß wir als Teil eines solchen Programmes, in dessen Rahmen auf verläßliche Weise der Anhäufung von Kernwaffen Einhalt geboten und diese Entwicklung umgekehrt wird, die Erprobung von Kernwaffen einstellen, und zwar nicht nur für zwei oder drei Jahre, sondern auf unbegrenzte Zeit. Solange die Anhäufung dieser Waffen ungehindert anhält, ist es besser, solche Waffen entwickeln zu können, die in erster Linie von einem militärischen und defensiven Standpunkt her bedeutsam sind, und nach und nach solche Waffen zu eliminieren, die durch radioaktiven Niederschlag große Teile der Menschheit vernichten können. Wenn jedoch die Produktion gestoppt und die Entwicklung umgekehrt werden soll — wie ich es vorschlage —, dann sind Versuche nicht mehr länger notwendig.

d) Lassen Sie uns gleichzeitig Maßnahmen für den Beginn der kontrollierten und progressiven Reduzierung der herkömmlichen Waffen sowie der Truppenstärke ergreifen.

e) Ich erneuere ferner meinen Vorschlag, daß wir in progressiver Weise Maßnahmen zu ergreifen beginnen, um Sicherheit gegen die Möglichkeit eines Ueberraschungsangriffes zu erhalten. Ich erinnere daran, Herr Vorsitzender, daß wir dies bei unserem persönlichen Zusammentreffen vor zweieinhalb Jahren zu erörtern begannen, daß aber nichts erfolgte, obwohl eine ganze Reihe von Möglichkeiten zur Wahl stehen, womit man beginnen könnte.

Für alle diese Fragen und auch für die Reduzierung der konventionellen Streitkräfte und Waffen ist es von entscheidender Bedeutung, daß die Verifizierung der

Erfüllung der eingegangenen Verpflichtungen möglich ist. Es wäre für uns in dieser Hinsicht sicherlich von Nutzen, gemeinsam durch technische Expertengruppen zu untersuchen, welche Möglichkeiten es in dieser Hinsicht gibt, auf denen wir aufbauen könnten, wenn wir uns dazu entschließen sollten. Diese technischen Untersuchungen könnten, wenn Sie dies wünschen, durchgeführt werden, ohne daß verpflichtende Zusagen über die endgültige Annahme oder die gegenseitige Abhängigkeit der damit verbundenen Vorschläge gemacht werden. Derartige technische Studien über die Möglichkeiten einer Verifizierung und Ueberwachung wurden von den Vereinten Nationen als ein erster Schritt vorgeschlagen. Ich glaube, daß dies ein erster Schritt ist, der in unseren beiden Ländern und der Welt Hoffnung erwecken würde. Daher trete ich nachdrücklich dafür ein, daß dieser erste Schritt getan wird.

V.

Ich habe, Herr Vorsitzender, Kenntnis von Ihrer Schlußfolgerung genommen, daß Sie den persönlichen Kontakten zwischen Staatsmännern eine große Bedeutung beimessen und daß Sie Ihrerseits bereit wären, einer persönlichen Zusammenkunft der Regierungschefs zuzustimmen, um sowohl die in Ihrem Schreiben erwähnten Probleme als auch andere Fragen zu erörtern.

Auch ich bin der Ansicht, daß derartige persönliche Kontakte wertvoll sein können. Ich habe dies dadurch bewiesen, daß ich im Sommer 1955 nach Genf gekommen bin. Ich habe ferner wiederholt erklärt, daß es nichts gibt, was ich nicht tun würde, um die Sache eines gerechten und dauerhaften Friedens zu fördern.

Aber Konferenzen zwischen uns erbringen nicht automatisch gute Ergebnisse. Vorbereitende Arbeit, mit gutem Willen auf beiden Seiten, ist eine unerläßliche Voraussetzung für den Erfolg. Konferenzen auf hoher Ebene, an denen wir beide teilnehmen, rufen große Erwartungen hervor und bergen daher die Gefahr der Enttäuschung, der Niedergeschlagenheit und des vermehrten Mißtrauens in sich, wenn die Zusammenkünfte nämlich schlecht vorbereitet sind, wenn sie an den Hauptursachen der Gefahr vorbeigehen, wenn sie in erster Linie für Propagandazwecke benutzt werden oder wenn Abmachungen, die man erreicht, nicht eingehalten werden.

Daher, Herr Vorsitzender, mache ich folgenden Vorschlag:

Ich bin bereit, mit den sowjetischen Führern zusammenzutreffen, um die in Ihrem Schreiben erwähnten Vorschläge sowie die von mir unterbreiteten Vorschläge unter Beteiligung der führenden Männer anderer Staaten, die anerkanntermaßen eine Verantwortung bezüglich des einen oder des anderen von uns zu erörternden Themas tragen, zu behandeln. Es wäre wesentlich, daß vor einer solchen Konferenz diese komplexen Fragen auf diplomatischem Wege und durch unsere Außenminister vorbereitet werden, so daß die anstehenden Probleme in einer Form dargelegt werden können, die unsere Entscheidung ermöglicht, und daß sichergestellt ist, daß eine solche Konferenz auf höchster Ebene tatsächlich eine gute Hoffnung in sich birgt, die Sache des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt zu fördern. Weiterhin sollten Abmachungen getroffen werden, um, soweit zweckdienlich, andere Regierungen, von denen ich gesprochen habe, an der Vorbereitungsarbeit zu beteiligen.

Ich habe Ihnen Vorschläge unterbreitet, die mir unserer Aufmerksamkeit wert erscheinen und die dem großen Ernst unserer Zeit Rechnung tragen. Sie behandeln die grundlegenden Probleme, die uns bedrücken und die — falls sie ungelöst bleiben — die Erhaltung des Friedens immer schwieriger machen. Die sowjetischen Führer können — indem sie Beweise für die ehrliche Absicht geben, diese Probleme einer Lösung zuzuführen — einen unerläßlichen Beitrag zur Beseitigung der Hindernisse leisten, die solchen freundschaftlichen Beziehungen und friedlichen Bemühungen im Wege stehen, wie sie von den Völkern der gesamten Welt gefordert werden.

Quelle: *Amerika-Dienst* vom 15. Januar 1958.

Schreiben von Bundeskanzler Adenauer an Ministerpräsident Bulganin vom 20. Januar 1958

Herr Ministerpräsident,

Ihren Brief vom 10. Dezember 1957, den mir der Botschafter der UdSSR, Herr Smirnow, am gleichen Tage übergab, habe ich mit großer Aufmerksamkeit gelesen. Inzwischen haben Sie mir am 8. Januar 1958 ein neues Schreiben zugesandt, dem auch Vorschläge von der Regierung der UdSSR zu Fragen der internationalen Entspannung beilagen. Soweit die Kürze der Zeit es zuließ, habe ich auch diese Schriftstücke sorgsam geprüft.

Mit Befriedigung habe ich Ihren beiden Briefen entnommen, daß die Regierung der Sowjetunion bereit ist, alles Notwendige zu unternehmen, um jede Möglichkeit der Annäherung und der Herbeiführung einer Verständigung zwischen unseren beiden Regierungen auszuschöpfen. In Ihrem zweiten Brief unterstreichen Sie auch die Notwendigkeit, alles zu unternehmen, um einer weiteren Verschärfung der internationalen Lage vorzubeugen und die Entwicklung der Beziehungen zwischen den Staaten in eine der Festigung des Friedens dienende Richtung zu wenden.

Sie dürfen überzeugt sein, Herr Ministerpräsident, daß es der ernste Wunsch der Bundesregierung ist, an der Erreichung dieser Ziele mitzuwirken. Alle verantwortlichen Staatsmänner der Welt haben heute die Verpflichtung, zu der Erhaltung des Friedens beizutragen. Das kann nicht anders und nicht besser geschehen, als daß wir uns in aller Offenheit aussprechen, um das gefährliche und zerstörerische Mißtrauen, das heute weithin die Beziehungen zwischen den Regierungen und den Völkern belastet, auszuräumen und eine Atmosphäre des Vertrauens zu schaffen, die allein die Grundlage einer dauerhaften, dem Frieden in der Welt dienenden Verständigung sein wird.

Um so mehr bedauere ich es, daß Sie, Herr Ministerpräsident, auch in Ihren beiden letzten Briefen gegen die Bundesregierung und die Regierungen der mit ihr verbündeten Staaten schwere Vorwürfe erheben, die völlig unbegründet sind. Ich möchte nicht auf jede einzelne dieser Behauptungen eingehen; ich habe zu den meisten schon in meinen früheren Briefen an Sie ausführlich Stellung genommen und habe diesen Erklärungen wenig hinzufügen.

Ich halte mich aber für berechtigt und verpflichtet, an dieser Stelle eine Feststellung zu treffen, und zwar mit der Offenheit, die ich schon oben als eine Voraussetzung jedes sinnvollen Gesprächs bezeichnet habe: Diese objektiv unrichtigen Behauptungen und ihre ständigen Wiederholungen machen es der Bundesregierung sehr schwer, zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR die von uns gewünschten und — nach Ihren Worten — auch von Ihnen angestrebten gutnachbarlichen Beziehungen herzustellen. Ich glaube, daß wir davon absehen sollten, in unserem Gespräch solche Unterstellungen zu wiederholen, die die Verständigung nicht fördern, wohl aber erschweren können.

So schreiben Sie, Herr Ministerpräsident, daß die Nordatlantische Gemeinschaft und ihre Mitgliedstaaten eine aggressive Politik betreiben. Lassen Sie mich in allem Ernst, aber auch mit allem Nachdruck sagen, daß diese Behauptung unzutreffend ist. Die Nordatlantische Gemeinschaft ist gegründet worden, um die Freiheit und die Sicherheit der ihr angehörenden Nationen zu gewährleisten. Sie hat kein anderes Ziel als die Aufrechterhaltung des Friedens in Europa und in der Welt. Noch in der letzten Sitzung der Regierungschefs der Atlantischen Gemeinschaft haben wir uns vorbehaltlos zu diesem Ziel bekannt. Wir haben wiederholt bekräftigt, daß der Vertrag der 15 Nationen geschlossen wurde, um das Recht unserer Völker zu wahren, unter Regierungen ihrer eigenen Wahl in Frieden und Freiheit zu leben. Die Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen, die jeden Angriffskrieg verbieten, sind die Grundsätze, zu denen wir uns in der Atlantischen Gemeinschaft ohne Einschränkung und ohne Vorbehalt bekennen. Die Briefe, die der Präsident der Vereinigten Staaten, der Ministerpräsident von Großbritannien, der französische Ministerpräsident und der italienische Ministerpräsident inzwischen an Sie gerichtet haben, bestätigen die vollkommene Uebereinstimmung in dieser Zielsetzung.

Ebenso bedaure ich, daß Sie die Behauptung aufrechterhalten und wiederholen, die Bundesregierung habe der Abrüstung entgegengearbeitet. Vier von den fünf Mitgliedern der Unterkommission der Vereinten Nationen haben im vergangenen Jahr einen Abrüstungsvorschlag unterbreitet, der die volle und uneingeschränkte Zustimmung der Bundesregierung gefunden hat. Die Vollversammlung der Vereinten Nationen hat mit einer eindrucksvollen Mehrheit sich diese Vorschläge zu eigen gemacht. Es war die Sowjetunion, die diese Vorschläge abgelehnt hat. Und es war die Sowjetunion, die sich geweigert hat, in der von der Vollversammlung der Vereinten Nationen neu bestellten Kommission an der Verwirklichung dieser Vorschläge mitzuarbeiten.

Auch ohne Mitglied der Vereinten Nationen zu sein, erklärt die Bundesregierung, daß sie diese Initiative der Vollversammlung der Vereinten Nationen billigt und unterstützt. Und ich drücke den Wunsch, aber auch die Hoffnung aus, daß die Regierung der Sowjetunion ihre ablehnende Haltung einer Ueberprüfung unterziehen und sich bereit erklären wird, dem Beschluß der Vollversammlung der Vereinten Nationen Rechnung zu tragen.

Sie stellen weiter die Behauptung auf, es werde immer offensichtlicher, daß die Regierung der Bundesrepublik Deutschland bereit sei, zur Atomaufrüstung überzugehen. Sie wissen, Herr Ministerpräsident, daß die Bundesregierung wohl als einzige Regierung eines souveränen Staates freiwillig auf die Herstellung atomarer und nuklearer Waffen verzichtet hat. Sie wissen, Herr Ministerpräsident, daß dieser Verzicht darüber hinaus der vereinbarten Kontrolle innerhalb der Westeuropäischen Union unterliegt.

Der Präsident der Vereinigten Staaten hat in seinem Antwortschreiben klare Vorschläge unterbreitet. Diese Vorschläge haben zum Gegenstand:

1. ein friedliches Uebereinkommen darüber, daß der Weltraum nur für friedliche Zwecke benutzt wird;
2. ein Uebereinkommen über die Beendigung der unbegrenzten Herstellung von Kernwaffen, über den Verzicht auf die Produktion spaltbaren Materials für kriegerische Zwecke und über die Verringerung der bestehenden Bestände an Kernwaffen;
3. die endgültige Einstellung der Erprobung von Kernwaffen;
4. die Prüfung der Möglichkeiten einer wirksamen Kontrolle zur Durchführung dieser Maßnahmen und gleichzeitig zur schrittweisen Reduzierung der konventionellen Waffen und Streitkräfte.

Die Bundesregierung macht sich diese Vorschläge vollinhaltlich zu eigen. Sie ist bereit, jederzeit an ihrer Verwirklichung mitzuwirken und sich, ebenso wie alle anderen Vertragspartner, einer wirksamen und lückenlosen Kontrolle zu unterwerfen. Wie kann man, Herr Ministerpräsident, besser beweisen, daß die Bundesregierung nichts getan hat und auch nichts zu tun beabsichtigt, um die unheilvolle Produktion und Stapelung von Kernwaffen und ihre Verwendung zu kriegerischen Zwecken zu fördern.

Ihre neuen Vorschläge zur Abrüstung haben mich enttäuscht. Sie befürworten unter anderem die Schaffung eines atomwaffenfreien Raumes in Europa, in den auch das deutsche Staatsgebiet einbezogen werden soll. Es scheint mir von entscheidender Bedeutung zu sein, sich nicht mit der Teilfrage zu beschäftigen, wo heute oder morgen Atomwaffen gelagert werden, sondern mit der grundsätzlichen Frage, auf ihre Produktion überhaupt zu verzichten. Sie haben selbst, Herr Ministerpräsident, in Ihrem ersten Brief an mich darauf hingewiesen, daß die Anwendung derartiger Vernichtungsmittel keine geographischen Grenzen kennt. Mir scheint — und ich muß es mit Bedauern sagen — diese Feststellung leider richtiger zu sein als der Hinweis in Ihrem zweiten Brief, daß ein atomwaffenfreies Gebiet etwa durch eine Garantie vor den Auswirkungen des Atomkrieges geschützt werden könnte. Es scheint mir auch mit einem aufrichtigen und erfolgreichen Gespräch über eine gegenseitig kontrollierte Abrüstung schwer zu vereinbaren zu sein, wenn ein Partner vorschlägt, die Regierungen sollten wenigstens bestimmten Verpflichtungen moralischen Charakters nachkommen, um dem Wettrüsten Einhalt zu gebieten, und — ich zitiere wörtlich aus Ihrem ersten Schreiben — „vorerst den jetzigen Rüstungsstand beibehalten". Es scheint mir dies ein für erfolgreiche Verhandlungen unannehmbarer Vorbehalt, insbesondere, wenn er von dem ausgesprochen wird, der seine militärische und technische Ueberlegenheit — sei es zu Recht, sei es zu Unrecht — immer von neuem hervorhebt.

Ich bedaure es auch, in den Briefen, die Sie, Herr Ministerpräsident, an mich und an andere Regierungschefs gerichtet haben, Behauptungen zu finden, die nur geeignet sein können, das freundschaftliche Verhältnis zwischen der Bundesregierung und ihren Bündnispartnern zu stören. So wie Sie beispielsweise in Ihrem Brief an den

französischen Ministerpräsidenten Frankreich vor der militärischen und politischen Stärke Deutschlands warnen, so stellen Sie in Ihrem Schreiben an mich die Behauptung auf, daß unsere Bündnispartner das deutsche Volk in frivoler Weise in einen Angriffskrieg verwickeln und das Territorium Deutschlands in einen Kriegsschauplatz verwandeln wollen. Glauben Sie denn ernstlich, Herr Ministerpräsident, daß es ein guter Weg ist, das gestörte Vertrauen in der Welt wiederherzustellen, indem man Mißtrauen zu stiften sucht zwischen denen, die im Begriff sind, durch den Ausbau dauerhafter, freundschaftlicher und auf gegenseitigem Vertrauen beruhender Beziehungen die Vorausetzungen für eine friedliche Ordnung in der Welt zunächst in ihrem eigenen Bereich zu schaffen?

Ich kann auch den Vorwurf nicht als berechtigt anerkennen, die Bundesregierung dulde oder unterstütze gar eine auf die Weckung von Mißtrauen und Haßgefühlen gegen die Sowjetunion gerichtete Propaganda. Das Gegenteil ist richtig. In allen ihren Aeußerungen hat sich die Bundesregierung immer wieder bemüht, einen versöhnlichen Ton anzuschlagen und trotz der schweren Enttäuschungen, die das Verhalten der Sowjetunion dem deutschen Volk bereitet hat, für eine Verständigung einzutreten. Ich kann zu meinem Bedauern nicht anerkennen, daß amtliche und halbamtliche Erklärungen und Kommentare der Sowjetunion gegenüber der Bundesrepublik gleiche Zurückhaltung erkennen lassen.

Ich sprach soeben von den schweren Enttäuschungen. Erlauben Sie mir hierzu eine erklärende Bemerkung:

Sie wissen, Herr Ministerpräsident, daß das deutsche Volk bis zur Stunde leidenschaftlich und sehnsüchtig auf die Wiederherstellung seiner staatlichen und nationalen Einheit wartet. Sie selbst, Herr Ministerpräsident, haben sich in der Genfer Konferenz zu diesem Ziel, aber auch zu der Verantwortung bekannt, die auf der Sowjetunion ruht. Ich möchte die entsprechende Genfer Direktive hier anführen: „In Anerkennung ihrer gemeinsamen Verantwortung für die Regelung der deutschen Frage und die Wiedervereinigung Deutschlands haben sich die Regierungschefs darüber geeinigt, daß die Regelung der deutschen Frage und die Wiedervereinigung Deutschlands durch freie Wahlen im Einklang mit den nationalen Interessen des deutschen Volkes und den Interessen der europäischen Sicherheit erfolgen muß."

Es ist für mich eine der größten Enttäuschungen gewesen, daß die Sowjetunion sich bis zur Stunde der Verwirklichung eines auch von ihr anerkannten Zieles und der Einlösung einer auch von ihr anerkannten Verpflichtung entgegengestellt hat. Ich empfinde diese Enttäuschung aber besonders stark — und ich weiß, daß ich hier den Gefühlen des ganzen deutschen Volkes diesseits und jenseits der unseligen Trennungslinie Ausdruck gebe —, nachdem ich Ihren letzten Brief gelesen habe. Der Weg, den Sie zur Lösung der gesamtnationalen Aufgabe des deutschen Volkes vorschlagen, nämlich „eine Vereinbarung zwischen den beiden deutschen Staaten auf der Grundlage der Anerkennung und allseitigen Wahrung ihrer Interessen" und der Schaffung einer — wie Sie sich ausdrücken — „deutschen Konföderation", ist ungangbar.

Sie selbst, Herr Ministerpräsident, stellen fest, daß die Lebensinteressen der Völker erfordern, daß alle Staaten die Prinzipien der friedlichen Koexistenz, der gegenseitigen Achtung, der territorialen Unverletzlichkeit und der Souveränität, des Nichtangriffs, der völligen Gleichberechtigung und der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten anderer Staaten anerkennen. Warum lehnt es die Sowjetunion bis heute ab, diese Grundsätze auch auf das deutsche Volk anzuwenden? Die Herstellung der nationalen Einheit Deutschlands ist nicht Sache zweier Regierungen. Sie liegt vielmehr in der ausschließlichen Zuständigkeit des ganzen deutschen Volkes. Warum bestreiten Sie das Recht des deutschen Volkes, in nationaler Einheit zu leben — ein Recht, das Sie mit guten Gründen für die Völker der Sowjetunion in Anspruch nehmen und offenbar jedem anderen, außer dem deutschen Volk, einzuräumen gewillt sind? Ich darf Sie versichern, daß kein Grund besteht, diese Entscheidung des deutschen Volkes etwa zu fürchten. Das deutsche Volk wird allen denen, die zu der Wiederherstellung seiner nationalen Einheit beitragen, Dank wissen und wird sich gern und freudig in eine friedliche Ordnung der Völker einreihen, die auf Vertrauen beruht und damit auch von Bestand sein wird.

In Ihrem letzten Schreiben machen Sie der Bundesregierung den Vorwurf, daß sie an „ihrer Politik der Stärke" festhalte. Gewiß, die Bundesregierung ist, da die weltpolitische Spannung es von ihr verlangt, bereit und entschlossen, einen Beitrag zu leisten, damit das deutsche Volk in der Bundesrepublik in gesicherter Freiheit leben kann. Dieser Beitrag soll die Bemühungen der Bündnispartner der Bundesrepublik unterstützen, die dem gleichen Ziele dienen. Der Vorwurf der Politik der Stärke aber klingt nicht überzeugend und glaubhaft, wenn er von der Regierung eines Landes erhoben wird, die sich in zahllosen Erklärungen der Fähigkeit rühmt, jeden Gegner dank der militärischen und technischen Ueberlegenheit des eigenen Rüstungsstandes, insbesondere auch auf dem Gebiet der atomaren und nuklearen Waffentechnik, zu vernichten. Ich weiß nicht, ob es einem erfolgreichen Gespräch über die Möglichkeiten einer weltpolitischen Entspannung und einer Verbesserung der Beziehungen zwischen unseren beiden Völkern dienlich ist, wenn Sie derartige unverhüllte Drohungen auch in Ihrem letzten Brief wiederholen.

Die Bundesregierung hat, wie ich schon wiederholt sagte, nie einen Zweifel daran gelassen, daß ihre Bemühungen ausschließlich dem einen Ziele dienen, den Frieden zu sichern. Sie hat feierlich erklärt, daß sie niemals einen Angriffskrieg führen oder daran teilnehmen wird. Sie hat, obgleich die Bundesrepublik kein Mitglied der Vereinten Nationen ist, mehrfach — auch in vertraglich bindender Form — die Verpflichtung übernommen, ihre Politik im Einklang mit den Grundsätzen der Vereinten Nationen zu führen.

Die Vertreter der kommunistischen Parteien der sozialistischen Länder bekannten sich am 16. November 1957 eindeutig und unmißverständlich zu dem Ziel, den Kommunismus auch mit den Mitteln der Gewalt in der Welt auszubreiten. Niemals hat die Bundesregierung eine Erklärung abgegeben oder unterstützt, die sich zur Aggression und zur Unterwerfung Andersdenkender bekennt; und sie wird es auch in Zukunft nicht tun.

Ich möchte mich heute auf diese Bemerkungen beschränken, die, wie ich glaube, zu einer Klärung des gegenseitigen Standpunktes beitragen können. Ich möchte dem Wunsch und der Hoffnung Ausdruck geben, daß wir alle uns dazu entschließen können, den öffentlichen Briefwechsel einzustellen, der mir nicht die geeignete Methode

zur Klärung grundsätzlicher Meinungsverschiedenheiten zu sein scheint.

Wir haben ja leider in den letzten Jahren die Erfahrung machen müssen, daß auf diesem Wege keine Fortschritte zu erzielen waren.

Sie erinnern an die Verhandlungen, die zwischen unseren beiden Regierungen zur Zeit in Moskau geführt werden. Ich teile Ihren Wunsch, daß diese Verhandlungen zu einem erfolgreichen Abschluß geführt werden. Aber gerade diese Verhandlungen scheinen mir überzeugend zu beweisen, daß die Zurückhaltung in der Publizität den Erfolg zu fördern geeignet ist.

Die Bundesregierung ist aber auch bereit, jeden anderen erfolgversprechenden Ansatzpunkt zu benutzen, um der Beseitigung der zwischen unseren beiden Ländern bestehenden Spannungen näherzukommen. Diese Bereitschaft gilt auch für die Klärung der Komplexe der Abrüstungs- und Sicherheitsfrage.

Ich schlage aber gerade aus diesem Grunde vor, daß wir mehr als seither von den bewährten Möglichkeiten eines diplomatischen Gesprächs Gebrauch machen sollten, um unsere Standpunkte zu klären und eine Ausräumung der bestehenden Schwierigkeiten auf diesem Wege vorzubereiten. Im Einvernehmen mit ihren Verbündeten hält die Bundesregierung es darum auch für zweckmäßig, die sich aus den diplomatischen Kontakten ergebenden Möglichkeiten in vollem Umfange auszunutzen. Internationale Konferenzen, deren Notwendigkeit außer Zweifel steht, haben unvergleichlich größere Chancen, zum Erfolg zu führen, wenn sie auf diplomatischem Wege sorgfältig vorbereitet werden, als wenn ein polemischer Briefwechsel ihnen vorangeht, der nur geeignet sein kann, die ersten Ansätze aufkeimenden Vertrauens zu ersticken.

Sie wissen, Herr Ministerpräsident, aus unseren Gesprächen in Moskau, die nunmehr über zwei Jahre zurückliegen, daß es wohl niemanden gibt, der die politische Entwicklung der letzten Jahre tiefer bedauert als ich. Seit langer Zeit nehme ich an dem politischen Geschehen mit großer Sorge Anteil. Ich habe keinen größeren Wunsch, als zu einer Vereinbarung beizutragen, die ein friedliches Zusammenleben aller Völker auf der gegenseitigen Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts, der Freiheit und der Sicherheit garantiert. Ich würde es darum aufrichtig begrüßen, wenn Sie sich mit meinem Vorschlag einverstanden erklären würden, diplomatische Gespräche einzuleiten, die vielleicht auf einer Konferenz der Außenminister soweit vorangetrieben werden könnten, daß die Regierungschefs vor klaren, vielleicht alternativen Entscheidungen stehen würden. Die Lage ist so ernst, daß wir jedes geeignete Mittel ergreifen sollten, das uns eine Chance gibt, konstruktive Lösungen zu finden. Wir sind es unseren Völkern und den kommenden Generationen schuldig, nichts unversucht zu lassen, um einen dauerhaften Frieden herbeizuführen.

Genehmigen Sie, Herr Ministerpräsident, den Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung! *Adenauer*

Quelle: *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung,* Nr. 14 vom 22. Januar 1958.

Schlußkommuniqué der Außenministerkonferenz der sechs Mitgliedstaaten der EWG in Paris vom 7. Januar 1958

Die Außenminister der sechs Unterzeichnerstaaten der Rom-Verträge traten am 6. und 7. Januar 1958 am Quai d'Orsay unter dem Vorsitz des Außenministers der italienischen Republik und derzeitigen Präsidenten des Besonderen Ministerrates des Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, Herrn Guiseppe Pella, zusammen.

Die Unterzeichnerstaaten waren wie folgt vertreten:

Bundesrepublik Deutschland: Herr von Brentano, Bundesminister des Auswärtigen, Herr Professor Hallstein, Staatssekretär des Auswärtigen Amtes; Belgien: Herr Larock, Außenminister; Frankreich: Herr Pineau, Außenminister, Herr Faure, Staatssekretär im Außenministerium; Italien: Herr Pella, Außenminister; Luxemburg: Herr Beck, Staatsminister, Außenminister; Niederlande: Herr van der Beugel, Staatssekretär im Außenministerium.

Die Minister ernannten die Mitglieder und Präsidien der durch die Rom-Verträge geschaffenen europäischen Organe. Sie beschlossen grundsätzlich, daß in Zukunft ein gewisser Wechsel hinsichtlich der Staatsangehörigkeit der Inhaber der einzelnen Präsidenten- und Vizepräsidenten-Posten eingeführt werden soll.

Es wurden ernannt:

a) für die Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft: Präsident: Herr W. Hallstein, Vizepräsidenten: die Herren P. Malvestiti, S. L. Mansholt, R. Marjolin, Mitglieder: die Herren R. Lemeignan, G. Petrilli, M. Rasquin, J. Rey, ein Mitglied deutscher Staatsangehörigkeit, das später ernannt wird;

b) für die Kommission von Euratom: Präsident: Herr L. Armand, Vizepräsident: Herr E. Medi, Mitglieder: die Herren P. de Groote, H. Krekeler, E. Sassen. Das Großherzogtum Luxemburg wird bei der Kommission einen qualifizierten Vertreter beglaubigen, der für eine ständige Verbindung zu sorgen hat.

c) für die Europäische Investitionsbank: Die Regierungen beschlossen, für die Ernennung im Rat der Gouverneure Herrn Pietro Campilli als Präsidenten und als Vizepräsidenten eine deutsche und eine französische Persönlichkeit vorzusehen.

Die sechs Mitglieder stimmten der Amtsniederlegung des Präsidenten der Hohen Behörde der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, Herrn René Mayer, und des Vizepräsidenten, Herrn Franz Etzel, zu und brachten ihnen die tief empfundene Dankbarkeit der sechs Regierungen für die hervorragenden Dienste an der europäischen Sache zum Ausdruck. Sie beschlossen, diese Persönlichkeiten als Mitglieder durch die Herren Franz Blücher und R. Raynaud zu ersetzen. Nach Anhörung der Hohen Behörde ernannten sie Herrn Paul Finet zum Präsidenten und Herrn Spierenburg zum 1. Vizepräsidenten.

Versammlung: Da die Wahl des Präsidenten der Versammlung obliegt, haben sich die Minister verpflichtet, den Abgeordneten ihrer Parlamente die Ernennung eines italienischen Parlamentariers zum Präsidenten zu empfehlen.

Gerichtshof: Sie beschlossen, daß der neue Gerichtshof der drei Gemeinschaften seine Tätigkeit am 1. April 1958 aufnehmen soll. Sein Präsident wird Niederländer sein. Die sechs Minister stellten fest, daß zweckmäßigerweise so bald wie möglich ständige Vertreter bei den Gemeinschaften zu ernennen sind.

Sitz: Die Minister kamen überein, alle europäischen Organisationen der sechs Länder nach Maßgabe der Vertragsbestimmungen an ein und demselben Ort zusammenzufassen, sobald dies tatsächlich durchführbar ist. Um den Sitz zu wählen, haben sie beschlossen, vor dem 1. Juni 1958 erneut zusammenzutreten. Inzwischen werden sie zu den Sitzvorschlägen die Stellungnahme der Versammlung sowie des Präsidenten der Hohen Behörde der EGKS und der Präsidenten der Kommissionen des Gemeinsamen Marktes und Euratoms sowie der Präsidenten der Bank und des Gerichtshofes einholen. Die Minister werden auch qualifizierte internationale Fachleute auf dem Gebiet der Städteplanung anhören. Inzwischen werden die Kommissionen auf Einberufung ihrer Präsidenten zusammentreten. Da kein endgültiger oder vorläufiger Sitz festgelegt wurde, empfehlen die Regierungen den Kommissionen, ihre Sitzungen im Schloß Val Duchesse (Brüssel) oder in Luxemburg nach Maßgabe praktischer Gründe und materieller Möglichkeiten abzuhalten. Die Ministerräte der beiden Gemeinschaften und das Präsidium der Investitionsbank werden auf Veranlassung ihrer Präsidenten zusammentreten. Die Versammlung wird in Straßburg tagen. Das Sekretariat des Interimsausschusses steht den Organen der Gemeinschaften zur Verfügung.

Quelle: *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung*, Nr. 5 vom 9. Januar 1958.

Informationen und Berichte

Stellungnahme des Exekutiv-Komitees der Liberalen Weltunion zur internationalen Lage

Am 22. und 23. Januar 1958 fand in London, unter dem Vorsitz des Ehrenpräsidenten der Liberalen Weltunion, Don Salvador *de Madariaga,* eine Sitzung des Exekutiv-Komitees der Liberalen Weltunion statt. Im Mittelpunkt der Beratungen stand eine ausführliche Debatte über die aktuelle politische Lage, zu der Salvador de Madariaga einleitend einen Situationsbericht erstattete.

In der Diskussion sprach sich Dr. *Olszewski* (Polen) gegen die Verewigung des *status quo,* die „wait and see"-Haltung des Westens und für die Schaffung eines neutralen europäischen Gürtels aus. Vorbedingungen dafür würden der Rückzug fremder Truppen aus Gesamtdeutschland und den Satellitenstaaten, verbunden mit konkreten Rüstungsbeschränkungen, sowie das Ausscheiden Westdeutschlands aus der NATO, der sowjetisch besetzten Zone und der Satellitenstaaten aus dem Warschauer Pakt sein.

Willi Max *Rademacher* legte den Standpunkt der FDP dar: Drei Ziele würden immer die Grundlage der Politik der FDP sein: die Verteidigung der Freiheit, die Wiedervereinigung Deutschlands und die Verhinderung eines dritten Weltkrieges. Diese Ziele könnten unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Situation nur über ein Abrüstungsabkommen, das Sicherheitsgarantien für beide Seiten einschließt, erreicht werden. Wenn ein Sicherheitssystem zwischen Ost und West gefunden werden könne, solle die NATO Westdeutschland aus seinen Verpflichtungen entlassen. Der Eden-Plan und ähnliche Pläne könnten ein Instrument zur Erreichung dieses Zieles sein. Aus dem gleichen Grunde würde auch der Rapacki-Plan eine gesunde Basis für Verhandlungen abgeben.

Im Anschluß an die Ausführungen von Herrn Rademacher erklärte Hans A. *Kluthe,* daß die Ansichten über Außenpolitik innerhalb der Deutschen Gruppe durchaus verschieden seien und aus einer verschiedenen Beurteilung der internationalen Lage resultierten. Der *status quo,* dem kein Liberaler zustimmen könne, sei niemals durch ein Spiel mit Rußland zu ändern. Die These der friedlichen Koexistenz sei von Rußland aufgestellt worden mit dem Ziele, den Westen zu schwächen. Die Russen würden erst dann zu echten Verhandlungen bereit sein, wenn sie feststellen, daß alle Versuche, den Westen zu spalten, gescheitert sind. Deutschland könne keinen politischen Alleingang wagen, sondern nur mit dem Westen gemeinsam handeln. Auch der Gedanke der „verdünnten Zone" sei irreal, denn bei einem Atomkrieg sei kein Fleck der Erde, auch nicht eine verdünnte Zone, sicher.

Dr. *Middelhauve* als weiterer Delegierter der Deutschen Gruppe führte in der Diskussion aus, daß Herr Rademacher zwar die offizielle Meinung der FDP, nicht aber schlechthin die Meinung der Freien Demokraten wiedergegeben habe. In den drei Grundsatzforderungen, die Freiheit zu bewahren, die deutsche Wiedervereinigung zu erlangen und einen dritten Weltkrieg zu vermeiden, seien alle einig. Die Frage der deutschen Wiedervereinigung müsse für Deutschland und für die westliche Welt das Hauptziel bleiben, gerade um des Friedens und der Freiheit willen. Der Schutz der Freiheit schließe aber immer zugleich die Verteidigung der Freiheit ein. Er stehe gegen den Rapacki-Plan, gegen die Neutralisierung und gegen eine „verdünnte Zone". Deutschland könne nur geschlossen mit dem Westen vorgehen. In diesem Sinne sei es durchaus möglich, gemeinsam mit dem Westen mit der Sowjetunion zu verhandeln. Deutschland dürfe kein irgendwie geartetes Wagnis eingehen, das der Stärkung der Tyrannei dienen und es vom Westen entfernen würde.

An der Diskussion beteiligten sich die Vertreter aller nationalen Gruppen und angeschlossenen Organisationen. Sie bekannten sich zu der von der Liberalen Weltunion bisher verfolgten Politik und warnten vor Versuchen der Neutralisierung, da alle diese Pläne nur ein Nachgeben gegenüber Sowjetrußland bedeuten würden. Don Salvador *de Madariaga* erklärte, die Feststellung, Rüstung führe zum Krieg, sei nicht richtig; es sei vielmehr die Furcht vor dem Krieg, die zur Rüstung führt. Rüstung sei heutzutage eine Frage von Leben und Tod. Solange scharfe politische Gegensätze bestehen, könne man über Rüstungsbeschränkung nicht ernsthaft sprechen. Das Wort Koexistenz könne alles oder nichts bedeuten. Im Grunde bestehe die Koexistenz schon seit Jahren. Die Russen aber wollten durch das Schlagwort Koexistenz erreichen, daß der Westen rechtlich den Diebstahl der östlichen Territorien, d. h. den *status quo,* anerkennt.

In dem über die Sitzung der Exekutive herausgegebenen Kommuniqué heißt es:

„Das Komitee debattierte ausführlich über die augenblickliche internationale Lage. Man war sich einig, daß, während keine Gelegenheit für ernsthafte Verhandlungen mit Sowjetrußland übersehen werden sollte, die Verteidigung des Westens und die Befreiung der Völker Osteuropas, einschließlich der Ostzone von Deutschland, fundamental von der Einigkeit des Zieles und der Taktik der freien Nationen abhängt. Gewisse Abweichungen über die Methoden wurden durch den Vertreter der FDP in der deutschen Delegation und durch Dr. Olszewski (Polen) zum Ausdruck gebracht."

Dr. Erika Fischer

Dritte Deutsch-Französische Konferenz in Bad Godesberg

Wie schon in den beiden vorangegangenen Jahren in Bad Neuenahr[1], führte die Deutsch-Französische Konferenz, die vom 29. November bis zum 1. Dezember 1957 in Bad Godesberg stattfand, über hundert Vertreter der Politik, der Wirtschaft und der Presse beider Länder zu einem umfassenden Meinungsaustausch über die gemeinsamen Anliegen zusammen. Hatten noch 1956 in Bad Neuenahr die „nationalen Sorgen in Deutschland und in Frankreich" im Mittelpunkt der Diskussionen gestanden, so hieß das Generalthema der Godesberger Konferenz: „Die deutsch-französische Zusammenarbeit in Europa und in Afrika".

---

[1]) Vgl. den Bericht über die Zweite Deutsch-Französische Konferenz in EA 21/1956, S. 9297.

Als Gastgeber eröffnete Ernst *Friedlaender,* Ehrenpräsident des Deutschen Rates der Europäischen Bewegung, die Konferenz. Der Präsident des Bundestages, Eugen *Gerstenmaier,* hob die stetige und ungetrübte Entwicklung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich hervor. Prof. Hans *Furler,* der Präsident der Gemeinsamen Versammlung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, wies auf die entscheidende Bedeutung einer deutsch-französischen Zusammenarbeit für die erfolgreiche Entwicklung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Atomgemeinschaft hin. Fritz *Erler,* Bundestagsabgeordneter der SPD, begrüßte es, daß die Diskussionen der Deutsch-Französischen Konferenzen sich allmählich zu einem wirklichen Familiengespräch entwickelt hätten, in dem eine freimütige Aussprache möglich sei.

Alle deutschen Sprecher bedauerten die Trübung des Verhältnisses zwischen Frankreich und den anglo-amerikanischen Verbündeten anläßlich der Waffenlieferungen an Tunesien. Der ehemalige französische Botschafter in Deutschland, André *François-Poncet,* ging in seiner Ansprache insbesondere auf dieses Problem ein und stellte die Frage, ob die NATO, die gefährliche Risse aufweise, in ihrer heutigen Form noch den ihr gestellten Anforderungen genüge. Nach einer scharfen Kritik an dem tunesischen Staatspräsidenten wandte er sich gegen die Außenpolitik der Vereinigten Staaten und Großbritanniens insbesondere im Nahen Osten, betonte aber demgegenüber, daß die Zusammenarbeit im Europa der Sechs sich gefestigt habe und daß diese im Prozeß der wirtschaftlichen Integration befindlichen Länder den festen Kern der atlantischen Gemeinschaft bilden könnten.

Als weitere französische Sprecher gingen René *Piaton,* Generaldirektor des französischen Chemie-Konzerns Péchiney, der ehemalige Minister Henri *Frenay* und der Senator Edgar *Pisani* (Demokratische Linke) vor allem auf die Probleme ein, die sich bei der wirtschaftlichen Zusammenarbeit in den afrikanischen Gebieten und der Erweiterung des Gemeinsamen Marktes durch eine Freihandelszone stellen, wobei deutlich wurde, daß auf französischer Seite der Wunsch besteht, sich zunächst auf die Verwirklichung der Gemeinschaft der Sechs zu konzentrieren.

Nach der Eröffnungssitzung, an der Bundesminister Franz *Etzel,* die Botschafter beider Länder, Vollrath *Freiherr von Maltzan* und Jacques M. *Couve de Murville,* sowie Generalleutnant Adolf *Heusinger* als Gäste teilnahmen, bildete die Konferenz zwei Arbeitsgruppen, die sich mit den Aufgaben befaßten, welche sich beiden Ländern in Europa und in Afrika stellen.

Zusammenarbeit in Europa

Die „Europa-Kommission", deren Vorsitz der französische Senator Edgar *Pisani* übernommen hatte, behandelte zunächst die Fragen der wirtschaftlichen Integration und der Erweiterung des Gemeinsamen Marktes durch eine Freihandelszone. Angesichts der Bedenken, die in europäischen und überseeischen Ländern, insbesondere aber in Großbritannien, durch die Schaffung eines einheitlichen Zollgebietes und Wirtschaftsmarktes hervorgerufen worden sind, wiesen deutsche Teilnehmer darauf hin, daß die Freihandelszone eine notwendige Ergänzung zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft der Sechs darstelle und Verhandlungen mit den übrigen OEEC-Ländern, die ihren Niederschlag auch in der Form bilateraler Assoziierungs-Verträge finden könnten, Hand in Hand mit der Verwirklichung der Verträge von Rom gehen müssen, um so zu verhindern, daß neue Schranken nach außen aufgerichtet werden. Einige französische Teilnehmer sahen die britische Zurückhaltung gegenüber dem Gemeinsamen Markt auch in der traditionellen Besorgnis Großbritanniens gegenüber einer europäischen Kooperation begründet, sie betonten den Gleichklang der deutsch-französischen Wirtschaftsinteressen und traten dafür ein, die Durchführung der neuen Wirtschaftsgemeinschaft der Sechs nicht von einer starren Synchronisierung mit der Freihandelszone abhängig zu machen. Die Teilnehmer waren allgemein der Ansicht, daß das Inkrafttreten des Gemeinsamen Marktes nicht verzögert werden sollte, da sein Funktionieren erst die Voraussetzung dafür schaffe, daß eine Anziehungskraft auf andere Länder ausgeübt und deren Einbeziehung in ein größeres europäisches Wirtschaftsgebiet ermöglicht würde.

Die Diskussionen des ersten Tages hatten erwiesen, wie eng die wirtschaftlichen Fragen mit den politischen und militärischen Aspekten der Zusammenarbeit verbunden waren; im Verlauf der weiteren Debatten wurde deutlich, daß die europäische Sicherheit und die atlantische Verteidigung ein gemeinsames Anliegen beider Länder darstellen und jede Lösung einer von vielen Teilnehmern als offenkundig betrachteten „Krise" der NATO nur in gegenseitiger Uebereinstimmung erreicht werden könne. Auf dieser Erkenntnis beruhten die Ausführungen über die Ursachen einer Lockerung des atlantischen Bündnisses, die nach Meinung französischer Teilnehmer, insbesondere *François-Poncets,* in dem Bestreben der angelsächsischen Mächte zur Schaffung einer Führungsgruppe innerhalb der NATO zu suchen sei. Dagegen wurde von Carlo *Schmid* und Fritz *Erler* hervorgehoben, daß infolge des militärischen Schwergewichts der Vereinigten Staaten eine Situation geschaffen sei, in der diesen ein Führungsanspruch zukomme, dem man auch in der Frage der deutschen Wiedervereinigung durch die Befürwortung direkter Gespräche zwischen Washington und Moskau Rechnung tragen müsse. In diesem Zusammenhang traten einige deutsche Teilnehmer für eine größere Beweglichkeit in der Wiedervereinigungspolitik ein.

René *Mayer,* Präsident der Hohen Behörde der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, der seinerzeit Berichterstatter über den Atlantikpakt in der französischen Nationalversammlung war, wies darauf hin, daß bei der Gründung der NATO das Ziel einer eigentlich politischen Gemeinschaft im Vordergrund gestanden habe, die politische Solidarität jedoch, wie die Ereignisse der letzten Zeit gezeigt hätten, nicht ausreichend gefestigt worden sei. Weitere französische Teilnehmer sprachen sich gleichfalls dafür aus, die Allianz auch in den Gebieten wirksam werden zu lassen, in denen die politische Aktionseinheit des Westens zum Ausdruck kommen muß. In diesem Zusammenhang wurden auch das Algerien-Problem und die Lage im Nahen Osten berührt. Deutscherseits wurde hierzu zum Ausdruck gebracht, daß die NATO in erster Linie ein Militärbündnis sei und daß es nicht wünschenswert sein könne, ihr politische oder wirtschaftliche Aufgaben zu übertragen, die von anderen Institutionen in Angriff genommen werden können.

Im Zusammenhang mit den Fragen der westlichen Verteidigung traten französische Teilnehmer dafür ein, eine

Atomwaffenproduktion im europäischen Rahmen in Aussicht zu nehmen, da ihrer Ansicht nach in den Vereinigten Staaten immer stärker die Tendenz hervortrete, Atomwaffen nur im Falle eines direkten Angriffes auf die Vereinigten Staaten einzusetzen. Die Diskussion bewegte sich hier um die Frage, ob die Lokalisierung von Konflikten möglich sein werde und ob bei begrenzten Konflikten auch im europäischen Raum die Gefahr eines atomaren Krieges vermieden werden könne. Von deutscher Seite (Fritz *Erler*) gab man zu bedenken, daß der Besitz der Atombombe durch kontinentaleuropäische Staaten die Vereinigten Staaten gerade dazu veranlassen könnte, diesen im Falle eines Angriffes nicht mit allen Mitteln zu Hilfe zu kommen. Gegenüber der von einem französischen Teilnehmer geäußerten Ansicht, erst der Besitz von nuklearen Waffen sichere den europäischen Staaten ein Mitspracherecht in den Abrüstungsverhandlungen, wies man deutscherseits darauf hin, daß die Bundesrepublik keine atomare Ausrüstung anstrebe und daß die Abrüstungsverhandlungen, deren Wiederaufnahme allgemein als notwendig betrachtet wurde, durch eine solche Politik unnötigen Belastungen ausgesetzt werden würden. Prof. Carlo *Schmid* ging hier auf die Vorschläge zur Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Europa ein. Angesichts der Bedrohung, der sich alle Länder durch die fortschreitende Entwicklung der modernen Waffen ausgesetzt sähen, könne allein in einer Verständigung der großen Mächte über eine Beschränkung und ein Verbot der nuklearen Waffen Sicherheit gefunden werden.

Zusammenarbeit in Afrika

Die zweite, als „Afrika-Kommission" bezeichnete Arbeitsgruppe unter dem Vorsitz von Prof. Rudolf *Meimberg* wandte sich naturgemäß den Fragen zu, die mit dem Inkrafttreten des Gemeinsamen Marktes für beide Länder von gemeinsamem Interesse sind: der Assoziierung der überseeischen Gebiete mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Beitrag, den die Bundesrepublik bei der Entwicklung dieser Gebiete leisten kann. In diesem Zusammenhang wurde auch das Algerien-Problem berührt.

Es wurde von deutschen Teilnehmern zum Ausdruck gebracht, daß in der deutschen Oeffentlichkeit befürchtet werde, die Assoziierung könne als eine neue Form des Kolonialismus verstanden werden. Es wurde hier betont, daß die Mitwirkung der einheimischen Bevölkerung an der Durchführung der Assoziierung von großer Bedeutung sei. Die französischen Mitglieder der Kommission wiesen darauf hin, daß der Vertrag von Rom auf dem Grundsatz des wirtschaftlichen Beistandes und der Solidarität beruhe und das Durchführungs-Abkommen ausdrücklich vorsehe, daß alle Maßnahmen auf finanziellem und wirtschaftlichem Gebiet nur mit Zustimmung der Vertreter und Organe der einheimischen Bevölkerung getroffen werden können, die, so wurde betont, mit dem Rahmengesetz weitgehende Autonomie erhalten habe.

Die afrikanischen Mitglieder der Kommission unterstrichen, daß die im Vertrag über den Gemeinsamen Markt enthaltenen Grundsätze bezüglich der Ueberseegebiete so schnell wie möglich verwirklicht werden müssen. Insbesondere die eindrucksvollen Ausführungen des Vizepräsidenten der französischen Nationalversammlung, *Hamani Diori*, machten deutlich, daß der auf dem Kongreß von Bamako aus freiem Willen gefaßte Entschluß der größten Partei des Schwarzen Afrika (R. D. A., Afrikanische Demokratische Sammlungsbewegung), auf eine rein formelle Unabhängigkeit zugunsten der Zusammenarbeit in einer großen französisch-afrikanischen Gemeinschaft zu verzichten, nur dann Früchte tragen kann, wenn der Lebensstandard der Bevölkerung mit Hilfe der europäischen Partner gehoben wird.

Von mehreren Teilnehmern wurde geäußert, daß angesichts der kommunistischen Infiltration und der Anstrengungen Moskaus, gerade die jüngere Generation für sich zu gewinnen, viele Europäer zögerten, den Weg der aktiven wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Ländern zu beschreiten, in denen die Gefahr der Nationalisierung und anderer Enteignungsformen bestehe. Es bestanden auch gewisse Befürchtungen, daß eine schnelle Umwandlung der Wirtschaftsstruktur der überseeischen Gebiete mit Hilfe der Investitionen starke soziale Spannungen hervorrufen und so dem Kommunismus den Boden bereiten könnte; doch herrschte bei der Kommission die Meinung vor, eine Weigerung, Investitionen vorzunehmen, würde das kommunistische Vordringen noch mehr begünstigen. Von französischer Seite wurde auch darauf aufmerksam gemacht, daß die Sozialstruktur der afrikanischen Bevölkerung in mancher Hinsicht ein Hindernis für das Vordringen der kommunistischen Doktrin darstelle. Seitens der afrikanischen Mitglieder wurde hier besonders betont, daß die Ausbildung von Technikern in einheimischen Hochschulen der Gefahr der kommunistischen Beeinflussung entgegenwirken würde.

Die Kommission stimmte darin überein, daß die Lösung der Algerien-Frage eine ausschließlich französische Angelegenheit sei, daß die internationalen Rückwirkungen insbesondere im Zusammenhang mit der Sahara und den Gebieten des Schwarzen Afrika jedoch einen Meinungsaustausch über dieses Problem gerechtfertigt erscheinen ließen.

Wenn auch im Rahmen der Kommission die wirtschaftlichen Einzelprobleme, die sich bei der Assoziierung der überseeischen Gebiete mit dem Gemeinsamen Markt stellen, nicht eingehend erörtert werden konnten, so wurde doch insbesondere das Problem der Investitionen behandelt. Französische Teilnehmer, u. a. René *Piaton,* wiesen auf die Notwendigkeit hin, größere industrielle Vorhaben gemeinsam zu finanzieren und vor allem neue Organisationsformen zu schaffen, die bei der Wahrung der Souveränitätsrechte und der Anpassung an die jeweiligen örtlichen Verhältnisse Sicherheiten für die investierten Gelder gewähren.

Die Mehrheit der Kommission vertrat die Ansicht, daß private Investitionen allein nicht ausreichend seien und daß bei der Entwicklung der afrikanischen Gebiete auch Investitionen aus öffentlichen Mitteln vorgenommen werden müssen, im Sinne des Grundsatzes, der bereits in dem Vertrag von Rom mit der Schaffung des Investitionsfonds für die Ueberseegebiete verankert worden ist. Die afrikanischen Vertreter führten aus, daß die Selbstverwaltungskörperschaften Maßnahmen treffen, um die Bedingungen für Kapitalanlagen und für wirtschaftliche Niederlassungen zu schaffen. Die für die privaten Investitionen entscheidenden Fragen der Rentabilität und der Garantien wurden gleichfalls in diesem Rahmen behandelt. Mehrere Teilnehmer betonten die Notwendigkeit, die Investitionen in den Entwicklungsländern durch eine international anerkannte „Magna Charta" zu garantieren.

Auf deutscher Seite warnte u. a. Fritz *Hellwig*, Vorsitzender des Wirtschaftspolitischen Ausschusses des Bundestages, vor übereilten Schlüssen hinsichtlich der deutschen Finanzkraft. Die deutschen Ueberschüsse in der Europäischen Zahlungsunion resultierten hauptsächlich aus der Konjunktur der vergangenen Jahre, seien jedoch nicht Ausdruck eines großen Reichtums an Anlagekapital. Wesentliche Aufwendungen, die in anderen Ländern vom Privatkapital übernommen werden, müßten in der Bundesrepublik vom Staat finanziert werden. Von deutschen Teilnehmern wurde weiter ausgeführt, daß zwar die finanziellen Mittel für die Investitionen noch fehlen, die ausländischen Absatzmärkte und die Versorgung mit Rohstoffen jedoch eine Notwendigkeit für Deutschland darstellen, die eine gesteigerte Investitionstätigkeit erfordert. Die französischen überseeischen Gebiete könnten der deutschen Wirtschaft die Rohstoffe liefern, so daß auch hier ein echtes Interesse daran bestehe, Mittel zu investieren.

Die Kommission war übereinstimmend der Ansicht, daß der gegenseitige Austausch von Informationen über die wirtschaftlichen Möglichkeiten der Ueberseegebiete und die bereits in diese Gebiete unternommenen Studienreisen verstärkt werden müssen, um so von der Ebene der theoretischen Erörterungen zu den konkreten Aufgaben zu gelangen. Die gemeinsame Tätigkeit setze eine gegenseitige Kenntnis der Bedürfnisse und der vorhandenen Möglichkeiten voraus.

Die Schlußdebatte

In der Schlußdebatte der Konferenz legten Prof. Ulrich *Scheuner* für die Europa-Kommission und Jacques *Vignes* für die Afrika-Kommission in ihren Berichten die Ergebnisse der Diskussionen vor. In der anschließenden Aussprache hob zunächst der Vizepräsident der französischen Nationalversammlung, *Hamani Diori*, die wirtschaftlichen Aspekte in der Entwicklung von Französisch-West- und Aequatorial-Afrika hervor und erklärte, die Afrikaner hätten sich aus freiem Willen für die Assoziierung mit Frankreich entschlossen, und auch Frankreich habe seine Wahl vollzogen, indem es die politischen und die wirtschaftlichen Folgen der französisch-afrikanischen Gemeinschaft akzeptiert habe. Es liege nunmehr an den europäischen Ländern, zu entscheiden, ob sie mit ihrer Wirtschaftshilfe für die Hebung des Lebensstandards der afrikanischen Bevölkerung beitragen wollen.

Der Vizepräsident des Bundestages, Prof. Carlo *Schmid*, trat gleichfalls dafür ein, gemeinsam der Bevölkerung dieser Gebiete zu helfen. Man müsse schnell handeln und mit ausreichenden Mitteln, nicht um dabei zu verdienen, sondern um weise zu handeln. Man werde viel tun müssen, um deren Entwicklung auf eine demokratische Weise zu ermöglichen.

Der scheidende Präsident der Hohen Behörde der Montanunion, René *Mayer*, ging insbesondere auf das Verhältnis zur NATO ein, ohne deren Schutz sich die ersten Schritte zur europäischen Integration nicht hätten vollziehen können, und plädierte dafür, die Stärkung der Gemeinschaft der Sechs fortzusetzen. Im Hinblick auf die zu schaffende Freihandelszone führte der ehemalige französische Ministerpräsident aus, es gehe nicht darum, exklusive Gemeinschaften zu bilden und innerhalb des atlantischen Bündnisses und der freien Welt einen Kern zu schaffen, der sich gegenüber den anderen abschließe.

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Graf *Adelmann* nahm zu den NATO-Problemen Stellung, während der ehemalige französische Minister François *Mitterand* seiner Ueberzeugung Ausdruck gab, daß die im Entstehen begriffene französisch-afrikanische Gemeinschaft dem Kommunismus Halt gebieten und die Grundlagen für eine fruchtbare Zusammenarbeit der europäischen und afrikanischen Länder schaffen könne.

Nachdem der Ehrenpräsident des Deutschen Rates der Europäischen Bewegung, Ernst *Friedlaender*, auf die Probleme der europäischen Sicherheit und der Wiedervereinigung eingegangen war, ergriff der ehemalige französische Ministerpräsident Robert *Schuman*, der die Schlußsitzung der Konferenz leitete, das Wort. Er erinnerte an die Aufgaben des Atlantikpaktes und hob hervor, daß man im Hinblick darauf, daß dem Bündnis der Charakter einer echten Integration fehle, alles tun müsse, um das Solidaritätsgefühl der Mitglieder zu stärken. Im Zeitpunkt von Krisen dürfe man sich nicht durch eine augenblickliche Verstimmung dazu hinreißen lassen, das gemeinsame Anliegen aus den Augen zu verlieren. Er habe das Gefühl, daß in den letzten Wochen sowohl auf der einen wie auf der anderen Seite nicht genug getan worden sei, um scharfe Worte zu vermeiden. Zur französischen Politik in Afrika erklärte Robert Schuman, Frankreich habe hier nicht nur seine Methoden, sondern auch seine Auffassung geändert, denn nur so sei zu verhindern, daß sich die Afrikaner von Europa abwenden.

Robert Schuman hob die Offenheit der Aussprachen hervor, in der diese Begegnung stattgefunden hätte; sie könnte vielen anderen Zusammenkünften als Beispiel dienen.

Dr. Walter Schütze

Empfehlungen der CEPES zur internationalen Konjunkturstabilisierung

Daß es eine Konjunkturpolitik als Antwort auf ständige Veränderungen in der Nachfrage- und Produktionsstruktur moderner Wirtschaften geben muß, ist der Ausgangspunkt einer Denkschrift, die die „Europäische Vereinigung für wirtschaftliche und soziale Entwicklung" (CEPES) zum Jahresende 1957 unter dem Titel „Europäische Konjunkturpolitik" veröffentlichte. Sie ist das Ergebnis von Untersuchungen eines Konjunkturausschusses, dem Wirtschaftspraktiker und -wissenschaftler verschiedener Länder angehörten. Die Vorbereitungen dazu hatte die deutsche CEPES-Gruppe übernommen. Der Ausschuß (Vorsitzender: Dr. P. *Binder*, Stuttgart; Berichterstatter: Prof. H. *Giersch*, Saarbrücken, und Prof. H. *Möller*, Frankfurt a. M.) beschäftigte sich mit den konjunkturpolitischen Voraussetzungen für eine Stabilisierung des wirtschaftlichen Wachstums. Ziel der Ueberlegungen war es, die bis dahin oft isoliert behandelten Teilaspekte dieses Problems — wie Vollbeschäftigung, Inflationsbekämpfung und Zahlungsbilanzgleichgewicht — zusammenfassend darzustellen und in ihren gegenseitigen Beziehungen zueinander zu untersuchen. Das Besondere der Studie liegt in dem Versuch, die Instrumente und Zielsetzungen einer nationalen Konjunkturpolitik *im Rahmen einer internationalen Koordinierung* (Konjunkturgemeinschaft) zu sehen. Damit gewinnt das Gutachten als ein sehr konkreter Beitrag zur Förderung der wirtschaftlichen Integration Europas, und zwar in einem Augenblick, da gerade diese Aufgabe ein wesentlicher Bestandteil der EWG geworden ist, besondere Bedeutung.

Unsere spezielle Wirtschaftsform, so heißt es in der CEPES-Studie, wird von den spontanen Entscheidungen der Marktteilnehmer und von der Dynamik des technischen Fortschritts so entscheidend bestimmt, daß sie einen hohen Grad von Unbeständigkeit bekommt und schließlich konjunkturellen Störungen unterworfen wird. Deshalb müssen sowohl automatische Stabilisatoren als auch unabhängige Sicherungen und Konjunkturinstrumente entwickelt und in ein internationales System eingebaut werden. Dieses Erfordernis ist um so dringlicher, als der steigende Anteil des Außenhandels am Volkseinkommen und die wachsende internationale Außenhandelsverflechtung die Gefahr der Ausweitung von Konjunkturstörungen noch erhöhen.

Damit stellt sich für eine gezielte Konjunkturpolitik die Aufgabe, Preis- und Beschäftigungsschwankungen in solchen Grenzen zu halten, daß ein stetiges Wachstum aller Wirtschaften gewährleistet ist. CEPES erklärt deshalb die beiden binnenwirtschaftlichen Ziele Preisstabilität und Vollbeschäftigung als gleichwertig und setzt sie dergestalt zueinander in Beziehung, daß bei Inflationstendenzen das erste, bei Beschäftigungsrückgang das zweite Ziel Vorrang erhält. Als dritte, den beiden anderen Zielen nachgeordnete Forderung erwähnt der Bericht die Aufrechterhaltung des Zahlungsbilanzgleichgewichts bei freiem Kapital- und Devisenverkehr und stabilen Wechselkursen.

Ein Konflikt zwischen der Vollbeschäftigungs- und Zahlungsbilanzpolitik kann jedoch entstehen, wenn die inländische Konjunkturentwicklung von der ausländischen abweicht; vor allem dann, wenn Zahlungsbilanzdefizite in einer rückläufigen Binnenkonjunktur auftreten. In diesem Fall würden Maßnahmen zur Steigerung des Beschäftigungsgrades das Zahlungsdefizit noch erhöhen. CEPES erwähnt diese Situation als ein Beispiel dafür, daß gewisse Konflikte in einem nationalen Rahmen nicht befriedigend zu lösen sind und deshalb nach internationaler Kooperation verlangen. Hier könnte nämlich eine Expansionspolitik der Partnerländer und eine internationale Ueberbrückungshilfe dem Defizitland Erleichterung verschaffen. Der Bericht verwirft dagegen eine internationale Anpassungshilfe dann, wenn die Zahlungsdefizite durch anhaltende Inflationstendenzen verursacht worden sind. Daraus folgt, daß bei Zahlungsschwierigkeiten die Pflicht zur Anpassung bei den Ländern liegt, die am wenigsten erfolgreich in der Verfolgung innenwirtschaftlicher Ziele waren; und weiterhin ergibt sich daraus die Empfehlung an die Ueberschußländer, ihre Einfuhrkontingente und Zölle stärker abzubauen als die Defizitländer.

Grundsätzlich vertritt CEPES eine *Politik der stabilen Wechselkurse;* tritt jedoch ein fundamentales Ungleichgewicht der Zahlungsbilanzen auf, das durch interne Maßnahmen nicht beseitigt werden kann, ohne daß erhebliche Preissteigerungen (im Ueberschußland) oder Depressionen (im Defizitland) entstehen, so plädiert CEPES für eine einmalige Korrektur der Wechselkurse. Dabei sollte aber die Parität in den relativ preisstabilen Ländern erhalten bleiben. Jedenfalls sollte eine derart gravierende Entscheidung erst dann in Betracht gezogen werden, wenn mit der Rückkehr zu einem neuen Gleichgewicht in absehbarer Zeit nicht zu rechnen ist und andere Maßnahmen bereits versagt haben.

Interessant ist der in der Denkschrift dargelegte *Zusammenhang zwischen Zahlungsbilanz und den internationalen Geld- und Kreditmärkten.* Ein Ueberschußland soll nur dann geld- und kreditpolitische Maßnahmen zur Nachfragebeschränkung treffen, wenn diese Restriktionen auch in den Defizitländern erwünscht sind; dort also nicht zu Devisenverlusten führen oder Schritte erfordern, die der binnenwirtschaftlichen Konjunktur entgegenlaufen. Es sollten also im Ueberschußland vorwiegend Instrumente der Finanzpolitik eingesetzt werden (Ausgabenbeschränkung des Staates und der Gebietskörperschaften). Davon würde die Liquiditätssituation im Inland weitgehend unberührt bleiben und nicht auch noch von hier aus, neben dem Zufluß kurzfristiger Gelder aus dem Ausland, ein Kapitalzufluß in Form von Auslandskrediten erforderlich werden. Die Defizitländer sollten indessen geld- und kreditpolitische Maßnahmen voll aufrechterhalten.

Damit jedoch eine solche gegenseitige Abstimmung der Dämpfungsmaßnahmen nicht zu einer unnötig starken Einschränkung der Expansion führt, müßte eine enge Zusammenarbeit der Zentralbanken angestrebt werden. Eine Absprache zwischen ihnen könnte auch dem internationalen Kapitalmarkt besser Rechnung tragen, der in seiner Zinsstruktur den unterschiedlichen Kapitalbedarf der einzelnen Länder möglichst genau widerspiegeln sollte und so zu einem langfristigen internationalen Kapitalausgleich führen könnte.

Das Problem der internationalen Liquidität wird auch noch in einem anderen Zusammenhang gesehen. Ausreichende liquide Mittel werden in der CEPES-Denkschrift als Voraussetzung für eine gemeinsame Konjunktursicherung in Perioden der Rezession oder Depression angeführt. Fehlt es nämlich an dieser Voraussetzung, so ist — wie bisher stets in Zeiten des Konjunkturrückgangs — eine Desintegration der internationalen Wirtschaftsbeziehungen zu beobachten. Aus diesem Grunde können die Weltfinanzierungsinstitute, wie Währungsfonds und Europäische Zahlungsunion, in gewissem Sinne auch konjunkturpolitisch eingesetzt werden, insofern sie nämlich Instrumente zur internationalen Kreditschöpfung darstellen.

Wenn sich auch Konjunkturprobleme weitgehend durch solche synchronisierten Maßnahmen in den einzelnen Ländern und durch Ausnutzung der vorhandenen Kreditfazilitäten sollten lösen lassen, so treten sie doch in den Rohstoff-Exportländern mit besonderem Nachdruck zutage. Wegen ihrer hohen Konjunkturempfindlichkeit würde der Verlust von Exportmärkten für diese Länder bedeuten, daß sie eine völlige Umstrukturierung ihrer Wirtschaften, eine Entspezialisierung, durchführen müßten, die einen desintegrierenden Effekt haben würde. Hier würden Kredithilfen zur Ueberwindung der Depression nicht ausreichen. Deshalb sollten die hochentwickelten Industrieländer auch im Konjunkturabschwung ihre Rohstoffimporte im alten Umfange beibehalten. In dieser Situation könnte mit staatlicher Unterstützung eine Vorratspolitik betrieben werden, die sich zu einem „System internationaler bufferstocks“ ausbauen ließe.

Was die Ueberwindung von Rezessionen oder Depressionen im allgemeinen angeht, so ist das CEPES-Gutachten grundsätzlich zuversichtlich. Ein chronischer Rückgang oder Stillstand, so heißt es darin, brauche bei den noch vorhandenen ungenutzten technischen Möglichkeiten und bei dem Ausmaß an ungedecktem Bedarf in der Welt nicht einzutreten. Die moderne Wirtschaftspolitik

könne in kurzer Zeit die Voraussetzungen für einen neuen Aufschwung schaffen, so daß die Phasen des Konjunkturrückgangs nur als Wachstumspausen anzusehen seien.

CEPES schließt die Untersuchungen mit einer Reihe von Empfehlungen, die auf den Ausbau und die Anwendung des konjunkturpolitischen Instrumentariums (z. B. Geld-, Steuer-, Budgetpolitik, Investitionslenkung der öffentlichen Hand) abzielen; ferner auf eine Verbesserung der konjunkturpolitischen Koordinierung im nationalen und internationalen Rahmen (u. a. stärkere Einbeziehung der Notenbanken in die Konjunkturpolitik, integrationskonforme Maßnahmen auf dem internationalen Geld- und Kapitalmarkt). Die Möglichkeiten zu einer Verbesserung der Diagnose und Prognose konjunktureller Prozesse werden gleichfalls in Erwägung gezogen (Förderung der quantitativen Konjunkturforschung, Nationalbudgets, Ausbau des internationalen Berichtswesens u. ä.).

Dieser speziellen Konjunkturpolitik wird eine eingehende Untersuchung der ordnungspolitischen Voraussetzungen, eine „Konstitutionstherapie", vorangestellt. Sie soll zum Ziel haben, den gesamtwirtschaftlichen Organismus so anpassungsfähig und gesund zu machen, daß weder Verlagerungen im Innern der Wirtschaft noch von außen kommende Störungen das Gleichgewicht ernsthaft zu erschüttern vermögen. *N. Kohlhase*

Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde

Unter dem Generalthema „Wandlungen im kommunistischen Zwischeneuropa" fand in Mainz vom 24. bis zum 26. Oktober 1957 die Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde statt. Durch die Wahl eines solchen aktuellen Themas war den Teilnehmern die Gelegenheit zu einem Gedankenaustausch geboten, in dem sie zu den neuesten Entwicklungen im Ostblock Stellung nehmen konnten, wobei — im Gegensatz zu früheren Jahren — wieder persönliche, in den kommunistischen Ländern selbst gesammelte Beobachtungen und Erfahrungen beigetragen werden konnten. Trotz des überwiegend wissenschaftlichen Charakters dieser Jahrestagung erschien es begrüßenswert, daß die Veranstalter durch die Wahl eines so zeitnahen Themas die Erörterung der sich innerhalb des Ostblocks vollziehenden Veränderungen ermöglicht haben.

So standen durchaus zu Recht die Ereignisse des vergangenen Jahres in Polen und Ungarn, ihre Ursachen und Folgeerscheinungen im Zentrum der lebhaft geführten Diskussion. Um sie kreisten in allen drei Sektionen (Ideologie, Kultur und Wirtschaft) die Referate, denen sich erstmals in dieser Form mehrere zu ergänzenden Korreferaten ausgeweitete Diskussionsbeiträge anschlossen. Diese Art einer vorbereiteten Aussprache war für die Geschlossenheit der Diskussion von Nutzen. Das hinderte jedoch nicht, daß man sich oft genug in den Schlußfolgerungen und der Bewertung der einzelnen Vorgänge nicht einigen konnte. Die Vielfalt der geäußerten Ansichten reichte von dem einen Beginn des Neo-Stalinismus ankündenden Eröffnungsvortrag von Prof. *Koch* (Osteuropa-Institut, München) bis zu der pointierten Feststellung über das Vorhandensein echter marktwirtschaftlicher Elemente im jugoslawischen Wirtschaftssystem; von der äußerst skeptischen Beurteilung des Experiments der Arbeiterräte in Polen bis zu der beinahe optimistischen Einschätzung der revolutionären Kräfte in der Intelligenz und der Jugend.

Daß eine sichere Prognose über die zukünftigen Entwicklungen in Osteuropa nicht zu stellen ist, zeigte die unterschiedliche Beurteilung der zwischen diesen Extremen liegenden Möglichkeiten, Entwicklungstendenzen und Perspektiven. Man betrachtete es auch gar nicht als Aufgabe der Tagung, abschließend zu diesen Fragen Stellung zu nehmen; vielmehr wollte man die zahlreichen positiv oder negativ wirkenden Faktoren aufzeigen. Immerhin war festzustellen, daß vor allem die jüngeren Tagungsteilnehmer den sich abzeichnenden Entwicklungen und Versuchen zu einer politischen Neugestaltung, zumal in Polen und Jugoslawien, weniger ablehnend-kritisch gegenüberstanden als die ältere Generation. Es wurde dabei die Ansicht vertreten, daß es sich bei einem Experiment wie demjenigen der Arbeiterräte (von den politisch-taktischen Motiven der Partei und Regierung einmal abgesehen) um Bemühungen handelt, deren eigentliches Anliegen durchaus ernst genommen und auch im Westen sorgfältiger als bisher studiert werden sollte. Der entscheidende Einfluß, den gerade die Idee der Arbeiterräte auf die Ereignisse in Ungarn und Polen gehabt hat, dürfe hier nicht übersehen werden und sollte ein Hinweis auf ihre nicht nur im Ostblock wirksame Anziehungskraft sein. Die Aufforderung, gerade diese Fragen mit erhöhter Aufmerksamkeit zu verfolgen, schien deshalb berechtigt.

Andererseits wurde in aufschlußreichen Referaten wie demjenigen von Prof. *Rhode* (Institut für Osteuropakunde, Universität Mainz) über die gegenwärtige Lage Polens und besonders auch in den Vorträgen über die wirtschaftliche Integration des Ostblocks und seine Wirtschaftsbeziehungen zu den überseeischen Entwicklungsländern vor einer Ueberschätzung der Expansionskraft des kommunistischen Systems gewarnt. Man war sich darüber einig, daß der Möglichkeit eines weiteren „Aufweichungsprozesses" von Moskau her Grenzen gesetzt sind. Die Gefahr einer rückläufigen Entwicklung im Sinne einer Verhärtung des innen- und außenpolitischen Kurses sei jederzeit latent vorhanden; sie wurde von einigen Diskussionsrednern an Hand von Beispielen belegt. Die Ereignisse des letzten Jahres und die daraus entstandenen großen inneren Schwierigkeiten und Engpässe stellen vorläufig noch ein erhebliches Hindernis für die Erfüllung der Planziele dar.

Nach wie vor zeigen sich also die dem kommunistischen System gesteckten Grenzen. Sie zu erkennen und auf sie in aller Sachlichkeit hinzuweisen, ist eine der wichtigsten Aufgaben solcher Zusammenkünfte von Fachleuten. Der Verlauf der Mainzer Jahrestagung bestätigte den Eindruck, daß man sich in der Gesellschaft für Osteuropakunde dieser Aufgabe voll bewußt ist. Das zeigt nicht zuletzt auch die Herausgabe der neuen Zeitschrift *Osteuropa-Naturwissenschaft*, die sich damit als vierte neben die bereits bestehenden Zeitschriften *Osteuropa*, *Osteuropa-Recht* und *Osteuropa-Wirtschaft* stellt.

Dr. C. Gasteyger

Zeittafel vom 1. bis zum 31. Januar 1958

Die Ereignisse in Europa

Belgien

25. Zum neuen Wirtschaftsminister wird an Stelle von Jean *Rey*, der Mitglied der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft wurde, der liberale Senator Roger *Motz* ernannt.

27. Ministerpräsident Achille *van Acker* betont in seinem Antwortschreiben an den sowjetischen Ministerpräsidenten *Bulganin* (vgl. hierzu auch S. 10 541 dieser Folge), daß eine allmähliche Abrüstung in allen Waffenarten nur durch eine strenge Kontrolle zu erreichen sei, die auf der Ehrlichkeit beider Seiten beruhen müsse. Die Annahme einer solchen Kontrolle sei der Beweis für den wahren Friedenswillen eines Landes.

Dänemark

21. Ministerpräsident Hans Christoph *Hansen* begründet in der außenpolitischen Debatte des Parlaments die ablehnende Haltung Dänemarks zur Errichtung von Raketenabschußbasen auf seinem Staatsgebiet mit der exponierten geographischen Lage des Landes und mit dem Wunsch, „auch nur den Anschein einer herausfordernden Geste zu vermeiden". Es sei eine historische Tatsache, daß seit Bestehen der NATO jede Verteidigungsmaßnahme im skandinavischen Raum scharfe Reaktionen in den östlichen Ländern ausgelöst hat. Hansen erklärt, eine militärische Zusammenarbeit zwischen Dänemark und der Bundesrepublik Deutschland liege im gemeinsamen Interesse beider Länder. Im weiteren Verlauf seiner Rede befaßt sich Hansen mit dem Rapacki-Plan und den Vorschlägen *Kennans* (vgl. hierzu S. 10 503 ff.) dieser Folge), die zwar konstruktive Beiträge in der Diskussion um die Herbeiführung einer Entspannung seien, aber möglicherweise eine Vernachlässigung der Sicherheitsinteressen zur Folge haben könnten.

Deutschland

6. Der Bundesvorstand der FDP beschließt auf dem Dreikönigstreffen in Stuttgart, daß grundsätzliche politische und organisatorische Abmachungen der Landesverbände mit anderen Parteien oder Teilen von ihnen künftig von einer Genehmigung des Bundesvorstandes abhängig sein sollen. Der Vorsitzende der Bundestagsfraktion, Erich *Mende*, und der Landesvorsitzende der südwestdeutschen Freien Demokraten, Wolfgang *Haussmann*, bekennen sich in ihren außenpolitischen Reden zu dem von K. G. *Pfleiderer* entwickelten Plan zur Schaffung einer militärisch verdünnten Zone in Europa. Auch die Vorschläge *Gaitskells* und *Kennans* werden in dieser Hinsicht als Möglichkeiten zur Einleitung der weltpolitischen Entspannung begrüßt. Haussmann kritisiert die allzu große Abhängigkeit der Bundesregierung von den Westmächten, deren Beziehungen zu der Bundesrepublik nach wie vor sowohl *de facto* als auch *de jure* auf der bedingungslosen Kapitulation beruhten. Erich Mende erklärt in seiner Rede, wer die Sowjets zur Räumung deutschen Gebietes bewegen wolle, müsse bereit sein, einen Teil des europäischen Gebietes von westlichen Streitkräften räumen zu lassen.

7. Der Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen, Ernst *Lemmer*, befürwortet auf einer Pressekonferenz in West-Berlin die Einberufung einer Gipfelkonferenz der Großmächte, um aus der politischen Stagnation herauszukommen; es sei zu begrüßen, wenn eine solche Konferenz in Berlin stattfinden würde.
Die Botschafter der drei Westmächte in der Bundesrepublik protestieren in einer Note an den sowjetischen Botschafter in der DDR, Georgij M. *Puschkin*, gegen die Uebertragung der Visa-Erteilung für alliierte Diplomaten an die Regierung der DDR (vgl. Zeittafel in EA 2/1958).
Bundeswirtschaftsminister Ludwig *Erhard* führt in Frankfurt Karl *Blessing* als neuen Präsidenten und Heinrich *Tröger* als neuen Vizepräsidenten der Deutschen Bundesbank in ihr Amt ein.

9. Die Volkskammer der DDR beschließt einstimmig das Gesetz über den zweiten Fünfjahresplan, das Gesetz über den Außenhandel sowie das Gesetz über die Finanzierung des volkseigenen Wohnungsbaus. Im Zuge des zweiten Fünfjahresplanes soll die Grundstoffindustrie vorrangig entwickelt werden. In der industriellen Produktion ist eine Steigerung von 46,2 Milliarden DM im Jahre 1955 auf 63,6 Milliarden DM im Jahre 1960 vorgesehen. Ferner sollen die landwirtschaftliche Marktproduktion, der Wohnungsbau und die Konsumgüterindustrie stärker als bisher gefördert werden. Durch das Gesetz über den Außenhandel wird das staatliche Außenhandelsmonopol gesetzlich fixiert. Durch das Gesetz über die Finanzierung des volkseigenen Wohnungsbaues werden den örtlichen Organen die Rechte und Mittel zur Finanzierung des staatlichen Wohnungsbaus übertragen. Ferner billigt die Volkskammer eine Zustimmungs-Erklärung zu dem Beschluß des Obersten Sowjets der UdSSR zur Verringerung der internationalen Spannung (vgl. Zeittafel in EA 2/1958, Sowjetunion).

11. Der außerordentliche Landesparteitag der Berliner Sozialdemokraten wählt mit 163 gegen 124 Stimmen bei 6 Enthaltungen den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Willy *Brandt*, an Stelle von Franz *Neumann* zum neuen Landesvorsitzenden.
Bundestagspräsident Eugen *Gerstenmaier* erklärt auf einer Kundgebung in Bremen, Bundesregierung, Bundestag und das deutsche Volk müßten der papierenen Friedensoffensive der Sowjets mit konstruktiven Vorschlägen begegnen. Er befürwortet eine genaue Prüfung der letzten Note Bulganins (vgl. S. 10 529 dieser Folge); es sei jedoch bedauerlich, daß Bulganin eine öffentliche Diplomatie betreibe.

13. Bundeswirtschaftsminister Ludwig *Erhard* erklärt in einer Sendung des Bayerischen Rundfunks, es passe nicht zu den Gegebenheiten und den Anforderungen unserer Zeit, wenn man fortfahre, immer weniger zu arbeiten und gleichzeitig immer besser leben und mehr Wohlstand erreichen wolle. Er sei überzeugt, daß eine weitere Arbeitszeitverkürzung kein vordringliches Anliegen der arbeitenden Menschen sei. Man solle ernsthaft die Frage prüfen, ob das deutsche Volk nicht bereit sein sollte, statt die 45-Stunden-Woche zu unterschreiten, wieder eine Stunde mehr zu arbeiten. Staat, Wirtschaft und Volk würden daraus einen gleich großen Gewinn ziehen. Der Vorsitzende des DGB, Willi *Richter*, wirft am folgenden Tag in einer Rundfunkansprache Erhard vor, er wolle aus zusätzlichen Arbeitsleistungen der Arbeiter, Angestellten und Beamten die Aufrüstung finanzieren. Die Gewerkschaften würden sich diesem Verlangen entschieden widersetzen. Die Produktivität der Wirtschaft habe durch die bisherigen Maßnahmen zur Arbeitszeitverkürzung keine Einbuße erfahren.

15. In einer Rundfunkansprache zur außenpolitischen Lage bezeichnet Bundeskanzler *Adenauer* die Schreiben des sowjetischen Ministerpräsidenten Bulganin (vgl. S. 10 529 dieser Folge) als ein großangelegtes Störmanöver und einen Propagandafeldzug, dem jeder ernstliche Versuch, zu einer Verständigung zu gelangen, fehle. Das Ziel der Außenpolitik der Bundesregierung bleibe nach wie vor Entspannung und Friede durch eine allgemeine und kontrollierte Abrüstung auf dem Gebiete der konventionellen und der nuklearen Waffen. Die Bundesregierung sei bereit, alle Anstrengungen zur Erreichung dieses Zieles zu unternehmen. Sie werde sich aber nicht verlocken lassen, Irrwege einzuschlagen. Dem Vorschlag zur Einberufung einer Gipfelkonferenz könne man nur unter dem Vorbehalt zustimmen, daß der Teilnehmerkreis beschränkt bleibe und daß durch vorbereitende Gespräche die Möglichkeit einer Verständigung herbeigeführt werde. Die Auffassung Bulganins zur deutschen Wiedervereinigung sei enttäuschend. In bezug auf die Errichtung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa nach den Plänen des polnischen Außenministers, Adam *Rapacki*, (vgl. EA 2/1958 S. 10 482 ff.) erklärt der Bundeskanzler, eine solche Zone biete bei dem heutigen Stand der Waffentechnik und nach den Erfahrungen, die in den letzten großen Kriegen mit der Achtung vor der Neutralität gemacht worden seien, keinen Schutz. Die Schaffung dieser Zone würde das Ende der NATO und damit das Ende der Freiheit Europas und auch Deutschlands bedeuten. Der Sozialdemokratische Pressedienst erklärt am gleichen Tag zu der Rundfunkrede Adenauers, seine Ablehnung des Rapacki-Planes sei der Ausdruck von Gedanken, die sich ganz offenbar nur im Rahmen der Politik der sogenannten Stärke bewegen könnten. Der Vorsitzende der Bundestagsfraktion der FDP, Erich *Mende*, bezeichnet in einer Rundfunkansprache am 17. Januar die Rede Adenauers vor der geplanten außenpolitischen Debatte des Bundestages als eine Mißachtung des Parlaments.
Bundesaußenminister Heinrich *von Brentano* wendet sich vor der Bundestagsfraktion der CDU/CSU in Bonn gegen die Vorschläge *Kennans* (vgl. hierzu S. 10 503 ff. dieser Folge), milizähnliche Einrichtungen zum Schutze der Sicherheit der Bundesrepublik zu schaffen. Er lehne jede „Werwolf-Ideologie" ab. Zum Rapacki-Plan erklärt der Bundesaußenminister, man könne auf ihn nicht isoliert eingehen, denn er bedeute eine Vorleistung ohne Gegengabe.

16. Der Zentralbankrat der Deutschen Bundesbank beschließt die Senkung des Diskontsatzes der Bundesbank mit Wirkung vom 17. Januar von 4 auf 3,5 vH. Entsprechend wird der Lombardsatz von 5 auf 4,5 vH und der Zinssatz für Kassenkredite von 4 auf 3,5 vH gesenkt.

17.—19. In Bremen findet der 10. Jahreskongreß der Europa-Union Deutschlands statt. (Ein Bericht über den Kongreß wird in einer der nächsten Folgen des Europa-Archivs erscheinen.)

19. Bundesaußenminister Heinrich *von Brentano* bekundet in einer Rede in der Berliner Kongreßhalle das Interesse der Bundesregierung, ihre bilateralen Beziehungen zu gewissen Staaten des Ostblocks zu verbessern, ohne diesem Vorgang einen antisowjetischen Akzent zu geben. Man solle sich in dem Verhältnis zu den östlichen Staaten von dem Grundgedanken leiten lassen, das man es mit Völkern verschiedener Tradition, verschiedener Stadien der Entwicklung und auch verschiedener Sonderinteressen zu tun habe. Die Verbesserung dieser Beziehungen dürfe jedoch nicht unter leichtfertiger Aufgabe lebenswichtiger deutscher Interessen und Ansprüche erfolgen. Die Politik der Bundesregierung sei an die Wiedervereinigung Deutschlands gebunden. Eine Koexistenz unter Aufgabe dieser Grundlage bedeute den Verzicht auf die Existenz Deutschlands als freie und gleichberechtigte Nation.
Der Vorsitzende der SPD, Erich *Ollenhauer*, fordert auf einer Versammlung seiner Partei in Kiel, daß man der sowjetischen „Rubel-Offensive" in den afrikanischen und asiatischen Ländern durch eine verstärkte Entsendung deutscher Fachkräfte und die Lieferung von Wirtschaftsgütern begegnen solle. Auf den Rapacki-Plan eingehend, bezeichnet Ollenhauer diesen als einen Ansatzpunkt, um den toten Punkt in der Abrüstungsdiskussion zu überwinden.

20. Bundeskanzler *Adenauer* übermittelt dem sowjetischen Ministerpräsidenten *Bulganin* seine Antwort auf dessen Briefe vom 10. Dezember 1957 und 8. Januar 1958 (vgl. den Wortlaut der Antwort auf S. 10 546 dieser Folge).

21. In Bonn finden Gespräche zwischen den Verteidigungsministern Frankreichs, Italiens und der Bundesrepublik statt. In einem Kommuniqué über die Besprechungen wird ausgeführt, daß man übereingekommen sei, eine gemeinsame Produktion auf waffentechnischem Gebiet mit dem Ziel einer Standardisierung zu entwickeln.

22. Der Ministerpräsident der DDR, Otto *Grotewohl*, schlägt in einer von den Rundfunksendern und dem Fernsehen der DDR übertragenen Rede einen Volksentscheid in den beiden deutschen Staaten über die Einbeziehung in eine atomwaffenfreie Zone vor.

23. Im Bundestag findet auf Grund einer Großen Anfrage der FDP und eines Antrags der SPD eine außenpolitische Debatte statt. Bundesaußenminister

Heinrich *von Brentano* gibt eine Regierungserklärung zur außenpolitischen Zielsetzung der Bundesregierung ab, in der er erklärt, daß die Regierung in voller Uebereinstimmung mit ihren Bündnispartnern nichts unversucht lassen wird, um den Weltfrieden zu sichern und den Rüstungswettlauf zu beenden. Eine Entspannung sei nur durch die Beseitigung der Teilung Deutschlands herbeizuführen. Nachdem Brentano zu den Ergebnissen der Pariser NATO-Konferenz Stellung genommen hat, stellt er zur Frage der Rüstungsbeschränkungen und der Abrüstung fest, daß sich die Bundesregierung auch noch heute zu den freiwillig übernommenen Rüstungsbeschränkungen bekenne. Der Verzicht auf die Herstellung nuklearer Waffen und strategischer Offensivwaffen sei nach wie vor gültig. Aber angesichts der wachsenden militärischen Macht der Sowjetunion könne man nicht darauf verzichten, die Bundeswehr so auszurüsten, daß sie ihre Verteidigungsaufgaben gemeinsam mit den Bündnispartnern zu erfüllen vermag. Eine Entscheidung über die Errichtung von Atomwaffenlagern auf dem Gebiet der NATO-Staaten werde jedoch erst nach Ueberprüfung durch militärische Sachverständige gefällt werden. Den Rapacki-Plan zur Errichtung einer atomwaffenfreien Zone in Europa lehnt Brentano ab, da das Verteidigungspotential des Westens gegenüber der Sowjetunion, die über Langstreckenraketen verfüge, durch diese Teilmaßnahme empfindlich geschwächt würde. Auf die Briefe Bulganins (vgl. S. 10 529 dieser Folge) eingehend, betont von Brentano, daß die Bundesregierung eine Fortsetzung dieses Briefwechsels ablehne, da darin nur alte Anschuldigungen und Angriffe wiederholt würden. Dagegen böten die zur Zeit noch laufenden sowjetisch-deutschen Verhandlungen Aussicht auf Erfolg. Hierdurch könne ein wesentlicher Beitrag zur Entspannung geleistet werden. Der Vorsitzende der SPD, Erich *Ollenhauer*, kritisiert in seiner Erwiderung auf die Regierungserklärung des Bundesaußenministers die Haltung der Bundesregierung auf der Pariser NATO-Tagung, da sie sich nicht für ein Verbot der Errichtung von Raketenbasen und Atomwaffenlagern in der Bundesrepublik ausgesprochen habe. Der Rapacki-Plan, so meint Ollenhauer, könne ein Ansatzpunkt für die Ueberwindung der internationalen Spannung sein. Die Bundesregierung habe den Plan allzuschnell und ohne eine sachlich gute Begründung abgelehnt. Der Standpunkt sei falsch, daß man über die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone nicht eher verhandeln könne, als die Einheit Deutschlands wiederhergestellt sei. Wenn der status quo nicht bald überwunden würde, seien künftige Verhandlungen über die deutsche Wiedervereinigung wenig erfolgversprechend. Eine Fortsetzung des Wettrüstens mache die Chance für friedliche politische Lösungen zunichte. Bundeskanzler *Adenauer* stellt zu der Rede Ollenhauers fest, daß sich seine außenpolitischen Vorstellungen in mancher Hinsicht mit denen des Oppositionsführes deckten. Hinsichtlich des Rapacki-Plans betont der Bundeskanzler, daß Westeuropa bei der Errichtung einer atomwaffenfreien Zone schutzlos den sowjetischen Fernraketen ausgesetzt sei. Das, was man jetzt Frieden nenne, bestehe lediglich darin, daß die Sowjetunion wisse, daß im Falle eines Angriffs der amerikanische Gegenschlag erfolge. Im letzten Teil der Debatte richten die Abgeordneten Thomas *Dehler* (FDP) und Gustav *Heinemann* (SPD) schwere Angriffe gegen den Bundeskanzler, der sich in den letzten Jahren nicht genug für die deutsche Wiedervereinigung eingesetzt habe. Heinemann fordert den Rücktritt des Bundeskanzlers, damit eine neue politische Entwicklung eingeleitet werde. Die Debatte wird mit der Annahme eines Entschließungsantrages der Fraktionen der CDU/CSU und der DP gegen die Stimmen der SPD und bei Stimmenthaltung der FDP abgeschlossen. In der Entschließung wird die Bundesregierung ersucht, 1) sich für die Fortführung der Ost-West-Verhandlungen auf höchster Ebene einzusetzen, um eine Entspannung und die Wiedervereinigung Deutschlands herbeizuführen; 2) auf die Wiederaufnahme der Abrüstungsverhandlungen der Großmächte hinzuwirken; 3) dafür Sorge zu tragen, daß bei künftigen Verhandlungen der Großmächte nur Lösungen in Aussicht genommen werden, die geeignet sind, den status quo in Europa und die deutsche Teilung zu überwinden; 4) die Bemühungen zur Koordinierung der westlichen Außenpolitik fortzusetzen. Der Antrag der SPD wird mit den Stimmen der Koalitionsparteien gegen die Stimmen der antragstellenden Partei und der FDP abgelehnt. Ein zweiter Antrag, der von der SPD und der FDP gemeinsam gestellt wird und in dem die Bundesregierung ersucht wird, mit der polnischen Regierung Besprechungen über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu führen, wird an den Außenpolitischen Ausschuß überwiesen.

26. Der Vorsitzende der SPD, Erich *Ollenhauer*, kündigt auf einer Parteiversammlung in Bonn eine Aufklärungskampagne der Opposition gegen die Gefahren und Folgen der atomaren Aufrüstung an.

29. Bundeskanzler *Adenauer* weist in einer Rundfunkansprache die von den Abgeordneten Thomas *Dehler* und Gustav *Heinemann* in der außenpolitischen Debatte gegen ihn erhobenen Vorwürfe zurück. Die Bedingungen, welche die Sowjetunion in der Vergangenheit für das Zustandekommen der deutschen Wiedervereinigung gestellt habe, seien für die Bundesregierung unannehmbar gewesen, da sie das neutralisierte Deutschland in östliche Abhängigkeit gebracht hätten. Auch in der Gegenwart sei die Sowjetunion, so erklärt der Bundeskanzler unter Hinweis auf die Rede *Chruschtschows* in Minsk (vgl. Sowjetunion), nicht gewillt, einer Wiedervereinigung Deutschlands durch freie Wahlen zuzustimmen. Dieses Ziel könne man nur durch geduldige Verhandlungen erreichen.

31. Der Vorsitzende der SPD, Erich *Ollenhauer*, kritisiert in seiner Antwort über den Rundfunk die Rundfunkrede des Bundeskanzlers und wirft ihm schwere Versäumnisse in der Frage der deutschen Wiedervereinigung vor. Im Verhalten der Bundesregierung zu den sowjetischen Noten an die Westmächte vom 10. März und 9. April 1952 (vgl. EA 7/1952, S. 4832, und 8—9/1952, S. 4866) seien nicht alle Möglichkeiten für die deutsche Wiedervereinigung ausgeschöpft worden.

Frankreich

14. Ministerpräsident Félix *Gaillard* richtet ein Antwortschreiben an den sowjetischen Ministerpräsidenten Bulganin auf dessen Brief vom 10. Dezember 1957. (Vgl. S. 10 541 dieser Folge.)

18. Der Rat der Republik billigt mit 163 gegen 129 Stimmen das Rahmengesetz für Algerien. Am 28. Januar wird das Rahmengesetz von der Nationalversammlung in zweiter Lesung mit 310 gegen 234 Stimmen gebilligt.

22. Die Nationalversammlung spricht mit 334 gegen 226 Stimmen der Regierung das Vertrauen für ihre Außenpolitik aus. Ministerpräsident Félix *Gaillard* warnt in der außenpolitischen Debatte die tunesische Regierung vor einer weiteren Unterstützung der algerischen Aufständischen. Außenminister Christian *Pineau* erklärt, die Benutzung von Raketenbasen in Frankreich müsse an die französische Zustimmung gebunden sein. Zum Rapacki-Plan stellt Pineau fest, daß dieser militärisch von keinem großen Nutzen sei, da die Sowjetunion mit ihren Fernraketen leicht die in dieser atomwaffenfreien Zone liegenden westlichen Länder bedrohen könne. Politisch gesehen, strebe dieser Plan die fortschreitende Neutralisierung Europas an und habe die Auflösung der NATO zum Ziel. Es sei Aufgabe des Westens, Gegenvorschläge zu machen, welche diese Risiken ausschalten.

25. Die Regierung ernennt den Staatssekretär im Außenministerium, Maurice *Faure,* zum Präsidenten der französischen Delegation bei den Europäischen Gemeinschaften.

Großbritannien

4. Premierminister Harold *Macmillan* schlägt in einer Rundfunkansprache vor, neue Versuche zu unternehmen, um ein Abrüstungsabkommen zu erreichen und die internationale Spannung zu mildern. (Vgl. den Wortlaut der Ansprache in EA 2/1958, S. 10480.)

6. Ein Sprecher des Außenministeriums erklärt in einer Pressekonferenz zu der in der Rede Premierministers *Macmillans* geäußerten Möglichkeit eines Nichtangriffspaktes mit der Sowjetunion (vgl. EA 2/1958, S. 10 480), ein solcher Pakt sei nur als Teilstück umfassenderer Abkommen, z. B. über die Abrüstung und die Wiedervereinigung Deutschlands, gemeint.

7. Rücktritt von Schatzkanzler Peter *Thorneycroft* und von zwei Staatssekretären im Schatzamt. Sie begründen ihren Rücktritt damit, daß ihre Absicht nicht durchdrang, die Ausgaben im Budget für das am 1. April beginnende Finanzjahr nicht höher anzusetzen als im Vorjahr. Premierminister Harold *Macmillan* nimmt folgende Umbildung seiner Regierung vor: zum neuen Schatzkanzler wird der bisherige Minister für Landwirtschaft, Fischerei und Ernährung, Derick *Heathcoat-Amory* ernannt, neuer Landwirtschaftsminister wird Christopher *Soames.*

16. Premierminister Harold *Macmillan* richtet an den sowjetischen Ministerpräsidenten Bulganin ein Antwortschreiben auf dessen Schreiben vom 11. Dezember 1957 (vgl. S. 10 541 dieser Folge).

19. Außenminister Selwyn *Lloyd* und der französische Außenminister, Christian *Pineau,* führen in London Besprechungen über beide Länder berührende Probleme, u. a. über die Errichtung einer Freihandelszone und über Fragen des Mittleren Ostens.

22. Ein Sprecher des Außenministeriums erklärt in einer Pressekonferenz zu dem sowjetischen Vorschlag der Errichtung einer atomwaffenfreien Zone imt Mittleren Osten (vgl. Sowjetunion), es sei ausschließlich Sache der betreffenden Staaten, sich zu diesem Vorschlag zu äußern. Die sowjetische Behauptung über die aggressiven Absichten des Bagdad-Paktes wird zurückgewiesen.

23. Der ehemalige Premierminister Lord *Attlee* äußert in einer Rede vor dem Oberhaus, daß ein Wechsel im amerikanischen Außenministerium sowohl für die Vereinigten Staaten als auch für die übrige Welt von Vorteil wäre. Jeder Versuch zu internationalen Lösungen werde durch die Aeußerungen des amerikanischen Außenministeriums blockiert. Die Ausrüstung der NATO-Truppen mit Atomwaffen lehnt Attlee ab. Dagegen sei der Gedanke der Errichtung einer neutralen Zone in Europa einer Prüfung wert.

24. Der Direktor des britischen Instituts für Atomenergieforschung in Harwell, Sir John *Cockroft,* und der Vorsitzende der amerikanischen Atomenergiekommission, Lewis *Strauss,* geben in gleichzeitigen Pressekonferenzen in Harwell und Washington bekannt, daß britischen und amerikanischen Wissenschaftlern die kontrollierte Kernreaktion durch Fusion von Wasserstoffatomen experimentell gelungen sei.

Italien

18. Ministerpräsident Adone *Zoli* übermittelt dem sowjetischen Ministerpräsidenten Bulganin ein Antwortschreiben auf dessen Botschaft vom 10. Dezember 1957 (vgl. S. 10 541 dieser Folge).

Jugoslawien

10. Vizepräsident Svetozar *Vukmanovic-Tempo* erklärt vor dem Bundesausschuß der Volksfront, Jugoslawien werde künftig auf eine geschenkweise Wirtschaftshilfe verzichten und wünsche, daß die amerikanische Wirtschaftshilfe in Form langfristiger Kredite gewährt werde. Die amerikanische Wirtschaftshilfe habe die Unabhängigkeit der nationalen wirtschaftlichen Entwicklung so weit gestärkt, daß das Land nunmehr in der Lage sei, zur Kreditform zurückzukehren. Zur Frage der Beziehungen Jugoslawiens zur Sowjetunion und anderen sozialistischen Ländern stellt Vukmanovic fest, es bestünden zwar noch eine Reihe von Differenzen, die aber kein Element der Trennung, sondern der gegenseitigen Annäherung sein sollten.

17.—19. Staatsbesuch des indonesischen Präsidenten, Achmed *Soekarno.* In einem Abschlußkommuniqué heißt es, die jugoslawische Regierung habe Indonesien Waffenlieferungen zugesagt. Ferner sei eine erweiterte Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem Gebiet vorgesehen, die von einer gemeinsamen Kommission wahrgenommen werden soll. In dem Kommuniqué wird weiter mitgeteilt, daß Jugoslawien in vollem Umfang die indonesischen Ansprüche auf West-Neuguinea unterstützt.

Luxemburg

28. Ministerpräsident Josef *Bech* antwortet dem sowjetischen Ministerpräsidenten Bulganin auf dessen Bot-

schaften vom 10. Dezember 1957 und 8. Januar 1958. In dem Schreiben wird ausgeführt, daß die luxemburgische Regierung nichts gegen die Einberufung einer Gipfelkonferenz einzuwenden habe, wenn diese vorher auf diplomatischem Weg oder durch die Außenminister vorbereitet werde. Zu dem sowjetischen Vorschlag eines Nichtangriffspaktes wird erklärt, daß es nicht nötig sei, ein solches Abkommen abzuschließen, da jeder Mitgliedstaat der Vereinten Nationen sich zum Nichtangriff verpflichtet habe. Erklärungen genügten nicht, um den Zustand des „kalten Krieges“ zu beenden. Insbesondere müsse der Grundsatz der Nichteinmischung in die Angelegenheiten anderer Staaten, welcher für die kleineren Länder von großer Bedeutung sei, besser als bisher gewahrt werden. (Vgl. hierzu auch S. 10 541 dieser Folge.)

Niederlande

6. Ministerpräsident Willem *Drees* erklärt in einem der Nachrichtenagentur *United Press* gewährten Interview, die Uebernahmen niederländischer Unternehmungen durch indonesische Militärbehörden seien getarnte Enteignungen. Die indonesische Erklärung, es könne erst über eine Entrichtung von Entschädigungen diskutiert werden, wenn die Souveränität von West-Neuguinea auf Indonesien übertragen worden sei, stelle eine klare Verletzung des internationalen Rechts dar. Sie verstoße auch gegen die mit den Niederlanden unter Mitwirkung der Vereinten Nationen geschlossenen Verträge, welche Bestimmungen über Entschädigungen enthielten, die Indonesien an die Niederlande leisten müsse, wenn niederländische Betriebe nationalisiert werden sollten.

11. Die Regierung protestiert in einer Note an Indonesien gegen die Ausweitung der indonesischen Territorialgewässer.

13. In einer schriftlichen Mitteilung an das Parlament erklären sich Außenminister Joseph *Luns* und Verteidigungsminister Cornelis *Staf* grundsätzlich bereit, auf niederländischem Boden Raketenabschußbasen zu errichten, falls dies vom militärischen Standpunkt notwendig sein sollte.

Norwegen

1. Ministerpräsident Einar *Gerhardsen* spricht sich in einer Rundfunkansprache dafür aus, daß die Möglichkeiten für „realistische Diskussionen“ zwischen dem Westen und dem Osten festgestellt werden sollten. Vorherige Sondierungen sollten nach Möglichkeit vertraulich stattfinden.

27. Ministerpräsident Einar *Gerhardsen* führt in seinem Antwortschreiben an den sowjetischen Ministerpräsidenten, Bulganin, aus, Bulganins Vorschlag für eine atomwaffenfreie Zone in Nordeuropa habe in Norwegen überrascht. Man vermisse die Bereitschaft der Sowjetunion, Teile ihres Staatsgebietes in diese Zone einzubeziehen. (Vgl. hierzu auch S. 10 541 dieser Folge.)

Oesterreich

5. Bundeskanzler Julius *Raab* erklärt in einer Rundfunkansprache, daß Oesterreich als neutraler Staat bei künftigen Gesprächen zur Sicherung des Friedens einen wirksamen Beitrag leisten wolle, um die politischen Gegensätze zu überbrücken. Wenn Oesterreich bei einer allgemeinen, weltweiten Abrüstung auch nur eine bescheidene Rolle spielen könne, so werde es nicht versäumen, immer wieder auf diese Notwendigkeit hinzuweisen.

21. Bundeskanzler Julius *Raab* versichert in seinem Antwortschreiben an den sowjetischen Ministerpräsidenten Bulganin auf dessen Schreiben vom 8. Januar 1958, daß er den Inhalt der Botschaft und der sowjetischen Note mit Aufmerksamkeit studiert habe. In einer Note, die zusammen mit dem Brief Raabs in Moskau überreicht wird, stellt die Regierung fest, daß eine Gipfelkonferenz, wie sie die Sowjetunion wünsche, einer gründlichen diplomatischen Vorbereitung bedürfe, um eine konstruktive Lösung der noch offenen weltpolitischen Probleme sicherzustellen. Es sollten auch alle Versuche unternommen werden, um die Abrüstungsgespräche wieder in Gang zu bringen. Was die Errichtung von Raketenabschußbasen in den Nachbarländern betreffe, so sei sich die österreichische Regierung darüber im klaren, daß die jüngsten waffentechnischen Entwicklungen neue ernste politische Probleme mit sich bringen, die einer Klarstellung bedürfen. Diese Tatsache gelte nicht nur allein für Oesterreich, sondern auch für die anderen Staaten. Zu dem Rapacki-Plan wird festgestellt, daß es nicht Oesterreichs Aufgabe sein könne, in die Diskussion um eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa einzugreifen, da es durch die Bestimmungen seines Friedensvertrages auf die Herstellung und den Besitz von Kernwaffen verzichtet habe.

Polen

5. Außenminister Adam *Rapacki* erklärt in einem Interview mit dem diplomatischen Korrespondenten der britischen Zeitung *Sunday Times*, sein Plan zur Errichtung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa könne indirekt zur Beseitigung der Spaltung Deutschlands beitragen. Polen wolle seine Beziehungen zu einem Gesamtdeutschland auf der Grundlage gutnachbarlicher Zusammenarbeit aufbauen.

14. Delegationen von polnischen, tschechoslowakischen und ostdeutschen Fachleuten für die friedliche Verwendung der Atomenergie unterzeichnen in Warschau ein Protokoll über die Zusammenarbeit der drei Länder auf diesem Gebiet. Danach ist ein Austausch von Spezialisten und wissenschaftlichem Material sowie die Beteiligung von Delegationen an Konferenzen und Kongressen vorgesehen.

16. In einem Jagdhaus in den Wäldern von Bialowieza finden Besprechungen zwischen dem Ersten Sekretär der KPdSU, Nikita S. *Chruschtschow*, und einer polnischen Delegation unter Führung von Ministerpräsident Josef *Cyrankiewicz* und dem Ersten Sekretär der Vereinigten Polnischen Arbeiterpartei, Wladyslaw *Gomulka*, statt. Ein Kommuniqué wird nicht veröffentlicht. In polnischen Kreisen in Ost-Berlin wird dazu erklärt, die Besprechungen hätten der Klärung einer Reihe von beide Länder betreffenden Fragen gedient.

Rumänien

7. Tod des Vorsitzenden des Präsidiums der Großen Nationalversammlung, Petru *Groza*. Zum neuen Vorsitzenden wird der bisherige Außenminister Ion

Gheorghe *Maurer* am 12. Januar von der Großen Nationalversammlung einstimmig gewählt. Zu dessen Nachfolger wird am 17. Januar der bisherige Justizminister Avram *Bunacu* ernannt.

Schweiz

20. Der Bundesrat übermittelt der Sowjetregierung eine Antwortnote auf deren Noten vom 12. Dezember 1957 und 9. Januar 1958. Darin wird ausgeführt, daß die Schweiz als kleines Land, wie sehr sie auch den Wunsch habe, zu einer gerechten und friedlichen internationalen Ordnung beizutragen, gegenwärtig nicht die Initiative zur Einberufung einer Gipfelkonferenz ergreifen könne. Wenn die betreffenden Staaten über die Notwendigkeit einer Konferenz einig seien, dann wäre der Bundesrat bereit, seine guten Dienste für die Abhaltung einer Konferenz in der Schweiz zur Verfügung zu stellen.

Sowjetunion

6. Die amtliche Nachrichtenagentur TASS gibt den Beschluß der sowjetischen Regierung bekannt, die Streitkräfte um 300 000 Mann zu reduzieren.

8. Die Regierung beruft den Botschafter in der DDR, Georgij *Puschkin,* aus Ost-Berlin ab.

8.—10. Neue Brief- und Noten-Aktion der Sowjetregierung (vgl. S. 10 529 dieser Folge).

14. Der Erste Sekretär der KPdSU, Nikita S. *Chruschtschow,* warnt in einem Interview mit der dänischen Zeitung *Dansk Folkestyre* die Regierungen Dänemarks und Norwegens vor einer Errichtung von Raketenbasen auf ihrem Staatsgebiet, das im Kriegsfall vernichtenden Gegenschlägen ausgesetzt sein würde. Auch Finnland und Schweden würden durch eine Stationierung von Kernwaffen in Norwegen und Dänemark gefährdet.

17. Radio Moskau verbreitet einen Leitartikel der *Iswestija,* in dem Japan im Falle einer Errichtung von Raketenbasen auf seinem Hoheitsgebiet und der Ausrüstung seiner Streitkräfte mit Atomwaffen in einem künftigen Krieg vernichtende Gegenschläge angedroht werden.

21. Die amtliche Nachrichtenagentur *TASS* warnt in einer Erklärung, die auf die bevorstehende Tagung des Rates des Bagdad-Paktes Bezug nimmt, die Staaten des Mittleren Ostens vor einer Errichtung von Raketenabschußbasen auf ihrem Staatsgebiet. Es wird die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone im Mittleren Osten vorgeschlagen, die auch die Mitgliedstaaten des Bagdad-Paktes umfassen soll. Scharf wird die Teilnahme des amerikanischen Außenministers, John Foster *Dulles,* an der Konferenz der Bagdad-Pakt-Staaten (vgl. Bagdad-Pakt) kritisiert. Die Vereinigten Staaten seien dabei, so wird in der Erklärung festgestellt, die eigentliche Führung innerhalb des Bagdad-Paktes zu übernehmen.

22. Der Erste Sekretär der KPdSU, Nikita S. *Chruschtschow,* bestreitet in einer Rede vor Landarbeitern in Minsk, daß die Sowjetunion auf der Genfer Konferenz der Regierungschefs im Juli 1955 mit den Westmächten übereingekommen sei, die Wiedervereinigung Deutschlands durch freie Wahlen zu erreichen. Es sei sinnlos, immer wieder an dieses angebliche Uebereinkommen zu erinnern, das es gar nicht gebe. Eine Wiedervereinigung Deutschlands sei nur auf der Basis einer Konföderation der beiden deutschen Staaten möglich. Auf einer möglichen Gipfelkonferenz würde sich die Sowjetunion weigern, über die Verhältnisse in den Volksdemokratien zu verhandeln. Man müsse, um positive Ergebnisse zu erzielen, den status quo anerkennen. Im weiteren Verlauf seiner Rede beschuldigt Chruschtschow die Vereinigten Staaten der Verschärfung des „Kalten Krieges". Die Frage des Verbotes interkontinentaler ballistischer Raketen könne nur im Rahmen eines allgemeinen Abrüstungsabkommens erörtert werden, das vor allem das Verbot der Kernwaffen enthalten müsse.

29. In Moskau wird von dem Vorsitzenden der Staatlichen Kommission für die Wirtschaftsbeziehungen mit dem Ausland, Alexej *Perwuchin,* und dem ägyptischen Industrieminister, Aziz *Sidki,* ein sowjetisch-ägyptisches Abkommen über eine wirtschaftlich-technische Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern unterzeichnet.

Spanien

14. Durch ein Dekret werden die bisherigen Verwaltungsbezirke Rio de Oro und Sagia el Hamra sowie die Enklave von Ifni zu spanischen Provinzen erklärt. Das Protektoratsgebiet von Tekna (Süd-Marokko) verbleibt in seinem bisherigen Status, und über die Rückgabe an Marokko soll später verhandelt werden.

Tschechoslowakei

17. Der Vorsitzende der Nationalversammlung, Zdenek *Fierlinger,* plädiert in einem Brief an den Präsidenten des Deutschen Bundestages, Eugen *Gerstenmaier,* für den polnischen Vorschlag zur Schaffung eines atomwaffenfreien Raumes in Mitteleuropa. Ferner soll nach seiner Meinung ein Nichtangriffspakt zwischen den Mitgliedstaaten der NATO und des Warschauer Paktes abgeschlossen werden. Die Realisierung dieser Vorschläge hätte auch einen günstigen Einfluß auf die Bemühungen um die Wiederherstellung der deutschen Einheit. Er schlägt vor, mit Gerstenmaier über diese Fragen zu diskutieren.

31. Der stellvertretende Außenminister Antonin *Gregor* überreicht den diplomatischen Vertretern der Mitgliedstaaten der NATO Noten, in denen die Regierung ihre Ansichten in bezug auf die gegenwärtige internationale Lage zum Ausdruck bringt. In diesen Noten wird vor allem der sowjetische Vorschlag über den Abschluß eines Nichtangriffspaktes zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt sowie der Rapacki-Plan zur Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa unterstützt und die Bereitschaft ausgesprochen, an einer Konferenz der Regierungschefs der NATO, der Warschauer-Pakt-Mächte, Jugoslawiens, Aegyptens, Indiens, der Schweiz und Oesterreichs teilzunehmen.

Türkei

20. Rücktritt von Verteidigungsminister Semi *Ergin.* Zu seinem Nachfolger wird der bisherige Minister für öffentliche Arbeiten, Ethem *Menderes,* ernannt.
Ministerpräsident Adnan *Menderes* übermittelt dem sowjetischen Ministerpräsidenten Bulganin ein Antwortschreiben auf dessen Botschaft vom 26. Novem-

ber 1957 (vgl. Zeittafel in EA 23—24/1957, Sowjetunion). Darin erklärt Menderes, daß es zwischen der Türkei und Syrien keine Spannungen gebe. Die Türkei sei aber über die ausländischen Umtriebe in Syrien besorgt, weil dadurch die Sicherheit im Mittleren Osten gefährdet werde. Die Ansichten Bulganins seien weit davon entfernt, die Verwirklichung der türkisch-sowjetischen Freundschaft zu erleichtern.

Ungarn

26. Ministerpräsident Janos *Kadar* setzt sich vor der Nationalversammlung für die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa und für den Abschluß eines Nichtangriffspaktes zwischen den Mitgliedstaaten der NATO und des Warschauer Paktes ein.

27. Ministerpräsident Janos *Kadar* gibt vor der Nationalversammlung seinen Rücktritt bekannt, um sich künftig nur noch seinen Aufgaben als Erster Sekretär der Sozialistischen Arbeiterpartei zu widmen. Zum neuen Ministerpräsidenten wird der bisherige stellvertretende Ministerpräsident Ferenc *Münnich* gewählt. Stellvertretender Ministerpräsident wird Antal *Apro*. Gleichzeitig legt auch Volksbildungsminister Gyula *Kallai* sein Regierungsamt wegen seiner starken Inanspruchnahme als Parteisekretär nieder. Sowohl Kadar als auch Kallai werden der Regierung künftig als Staatssekretäre angehören.

Wichtige Ereignisse in der übrigen Welt

AFRIKA

Aegypten

1. In Kairo wird die am 26. Dezember 1957 begonnene afrikanisch-asiatische Solidaritätskonferenz beendet, an der über 500 Delegierte aus den afrikanischen und asiatischen Staaten teilnahmen. In einer einstimmig angenommenen Entschließung wird der „Imperialismus in allen seinen Formen: militärische und politische Pakte, Militärhilfe, mit Bedingungen verknüpfte Wirtschaftshilfe und Errichtung von ausländischen Stützpunkten“ verurteilt. Die Vereinigten Staaten und Großbritannien werden aufgefordert, das jüngste Angebot der Sowjetunion zur Einstellung aller Kernwaffenversuche anzunehmen. Großbritannien wird beschuldigt, „unsagbare Greuel an der jemenitischen Bevölkerung“ und „schwere Verbrechen in Kenia“ begangen zu haben. Frankreich wird eine Politik „der Greueltaten und des Völkermordes“ in Algerien vorgeworfen. Ferner werden die „Eisenhower-Doktrin“ und der Bagdad-Pakt als eine Einmischung in die Unabhängigkeit der arabischen Staaten bezeichnet. In einer weiteren Entschließung werden die Wiedervereinigung Koreas und Vietnams und die Aufnahme der Chinesischen und der Mongolischen Volksrepublik in die Vereinten Nationen gefordert. Ferner wird die Unabhängigkeit des Sultanats von Oman gefordert. Schließlich nimmt die Konferenz in einer Entschließung zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft Stellung und behauptet, diese erschwere das Streben der afrikanischen Völker nach Unabhängigkeit vom Kolonialismus durch eine massive Konzentration ausländischen Kapitals in ihren Gebieten. In einer gesonderten Schlußerklärung spricht sich die Konferenz für die Anerkennung der auf der Bandung-Konferenz im Jahre 1955 (vgl. dazu EA 20/1955, S. 8295 ff.) angenommenen Grundsätze der Koexistenz als Grundlage der internationalen Beziehungen aus. Verstaatlichungen werden ausdrücklich als rechtmäßige Maßnahmen einer jeden Nation bezeichnet. Es wird die Gründung eines Konferenzsekretariats mit Sitz in Kairo beschlossen, dem ein ägyptischer Generalsekretär vorstehen soll.

13.—16. Staatsbesuch des indonesischen Staatspräsidenten, Achmed *Soekarno*. Nach Abschluß der Besprechungen Soekarnos mit Präsident Gamal Abdel *Nasser* wird ein Kommuniqué veröffentlicht, in dem die Politik der Bündnislosigkeit als der beste Weg zur Wahrung der nationalen Interessen bezeichnet wird.

AMERIKA

Argentinien

10. Rücktritt des Außenministers Alfonso *de Laferrere*. Zu seinem Nachfolger wird am 29. Januar Alejandro *Ceballos* ernannt.

Kanada

22. Ministerpräsident John *Diefenbaker* erklärt in seinem Antwortschreiben an den sowjetischen Ministerpräsidenten Bulganin, seine Regierung sei gegen eine Gipfelkonferenz zum gegenwärtigen Zeitpunkt. Wenn die Großmächte jedoch eine Ost-West-Konferenz wünschten, so würde Kanada es begrüßen, wenn sie auf seinem Boden stattfinden würde. (Vgl. hierzu auch S. 10 541 dieser Folge.)

Venezuela

10. Nach einer mißglückten Militärrevolte bildet Staatspräsident Marcos Perez *Jimenez* seine Regierung um. Am 13. Januar wird Verteidigungsminister General Romulo *Fernandez* entlassen, und Staatspräsident Jimenez übernimmt selbst das Verteidigungsministerium. Am 21. und 22. Januar brechen neue Unruhen in Caracas aus. Staatspräsident Jimenez flieht in die Dominikanische Republik. Eine Militärjunta unter Führung von Konteradmiral Wolfgang *Larrazabel* übernimmt nach Abschluß eines Abkommens mit der Patriotischen Junta die Regierungsgewalt. In diesem Abkommen wird vereinbart, daß so bald wie möglich allgemeine freie und geheime Wahlen stattfinden sollen. Am 25. Januar wird von der Militärjunta ein vorläufiges Kabinett ernannt, dem u. a. folgende Persönlichkeiten angehören: Präsident: Wolfgang *Larrazabel;* Außenminister: Oscar Gracia *Velutini;* Innenminister: Virgilio *Torrealba Silva;* Verteidigungsminister: Catro *Leon*.

Vereinigte Staaten

9. Präsident *Eisenhower* weist in seiner Jahresbotschaft an den Kongreß darauf hin, daß Sicherheit nur durch Stärke und konstruktive Arbeit für einen echten Frieden gewährleistet werde. Der kommunistische Imperialismus bedrohe sowohl das militärische als auch das wirtschaftliche Gleichgewicht der Vereinigten Staaten und seiner Verbündeten. Das mächtigste Ab-

schreckungsmittel der freien Welt vor einem Krieg liege in der Vergeltungsmacht der amerikanischen strategischen Luftwaffe. Wenn die Vereinigten Staaten nicht bereit seien, Opfer zu bringen, dann bleibe nur ein Zeitalter des Schreckens als Zukunftsaussicht. Im weiteren Verlauf seiner Rede kündigt der Präsident eine Vereinfachung der Kommandospitze der Streitkräfte an, um Rivalitäten der einzelnen Führungsgruppen zu vermeiden. Im Rahmen des neuen Verteidigungsprogramms seien eine Erweiterung des Alarmsystems, eine größere Streuung der strategischen Luftwaffe und eine Erhöhung der Raketenproduktion vorgesehen. Der Präsident bezeichnet die wirtschaftliche Offensive der Sowjetunion als eine Hauptgefahr des kalten Krieges. Eisenhower drängt auf eine Aenderung des Mac-Mahon-Act, da die gemeinsame militärische Forschungsarbeit mit den Verbündeten ein Hauptpfeiler der amerikanischen Sicherheit sei. Abschließend appelliert der Präsident an die Völker der Welt, jede Möglichkeit zur Sicherung des Friedens auszunutzen. Nachdrücklich setzt er sich für die Wiederaufnahme der Abrüstungsverhandlungen in den Vereinten Nationen ein.

10. Außenminister John Foster *Dulles* erklärt in einer Pressekonferenz in Washington, in dem Schreiben Bulganins vom 8. Januar 1958 (vgl. S. 10 529 dieser Folge) sei nichts Neues enthalten. Eine neue Konferenz auf höchster Ebene könne erst nach gründlicher diplomatischer Vorbereitung einberufen werden. Eine weitere Voraussetzung für eine Ost-West-Konferenz sei ein Beweis des guten Willens der Sowjets für die Erfüllung früherer Versprechen, wie z. B. der Wiedervereinigung Deutschlands durch freie Wahlen. Die Durchführung des Rapacki-Planes käme einer Neutralisierung Deutschlands gleich.

12. Präsident *Eisenhower* beantwortet das Schreiben des sowjetischen Ministerpräsidenten Bulganin vom 10. Dezember 1957. (Vgl. den Wortlaut des Schreibens Eisenhowers auf S. 10 542 dieser Folge.)

14.—16. Staatsbesuch des laotischen Ministerpräsidenten, Prinz *Souvanna Phouma*. Das gemeinsame Kommuniqué, das nach Abschluß der Besprechungen zwischen Prinz Souvanna Phouma und Präsident *Eisenhower* veröffentlicht wird, enthält eine Aufforderung an die Volksrepublik China, die politische Unabhängigkeit und die territoriale Integrität von Laos zu respektieren.

16. Außenminister John Foster *Dulles* erklärt in einer Rede vor dem Internationalen Presseclub in Washington, daß eine Gipfelkonferenz nur dann sinnvoll sei, wenn sie zu einem Fortschritt führe. Die Gefahr für alle Beteiligten liege darin, daß unter dem Druck einer hoffnungsvollen Weltmeinung der Zwang entstehe, mit irgendeiner positiven Formel abzuschließen oder diese höchste Form der Anstrengung scheitern zu lassen. Er beharrt auf dem Standpunkt, daß auf einer möglichen Ost-West-Konferenz auch das Deutschlandproblem zur Sprache kommen müsse.

27. Zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion wird in Washington ein Abkommen über einen Kulturaustausch und vermehrte Kontakte auf dem Gebiet des Fremdenverkehrs unterzeichnet.

ASIEN

Burma

20.—24. Staatsbesuch des tschechoslowakischen Ministerpräsidenten, Viliam *Široky*. Nach seinen Besprechungen mit Ministerpräsident *U Nu* wird ein gemeinsames Kommuniqué veröffentlicht, in dem die feste Entschlossenheit der beiden Länder betont wird, zur friedlichen Lösung der bestehenden Spannungen in der Welt beizutragen.

Ceylon

16.—18. Staatsbesuch des britischen Premierministers, Harold *Macmillan*, in Colombo, wo er mit Premierminister Solomon W. *Bandaranaike* verschiedene das Commonwealth berührende Probleme erörtert. Bandaranaike erklärt zu diesen Unterredungen in einer Pressekonferenz, sie hätten wesentlich zur Förderung der guten Beziehungen zwischen Ceylon und Großbritannien beigetragen.

23.—24. Staatsbesuch des indonesischen Staatspräsidenten, Achmed *Soekarno*. Nach Abschluß seiner Besprechungen mit Premierminister Solomon W. *Bandaranaike* wird ein gemeinsames Kommuniqué veröffentlicht, in dem Ceylon den Anspruch Indonesiens auf West-Neuguinea unterstützt.

Volksrepublik China

12. Nach Abschluß eines Staatsbesuches des stellvertretenden jemenitischen Ministerpräsidenten, Kronprinz Mohammed *al-Bidar*, wird in Peking ein gemeinsames chinesisch-jemenitisches Kommuniqué veröffentlicht, in dem die Kolonialmächte für die Verschärfung der Spannungen in Westasien verantwortlich gemacht werden und der Einmischung in die inneren Angelegenheiten der arabischen Staaten beschuldigt werden.

Indien

3.—5. Staatsbesuch des tschechoslowakischen Ministerpräsidenten, Viliam *Široky*. In einem gemeinsamen Kommuniqué werden Abrüstungsverhandlungen auf höchster Ebene und die unverzügliche Einstellung der Kernwaffenversuche als erster Schritt zur Abrüstung gefordert. Die Militärbündnisse werden als eine wesentliche Ursache der Spannungen in der Welt bezeichnet.

7.—9. Der indonesische Staatspräsident, Achmed *Soekarno*, weilt in Begleitung seines Außenministers *Subandrio* auf seiner Reise durch verschiedene Länder in Neu-Delhi, wo er mit Premierminister *Nehru* zusammentrifft. Auf einem Staatsbankett, an dem auch der in Indien sich aufhaltende britische Premierminister, Harold *Macmillan*, teilnimmt, erklärt Soekarno, daß der Uebergang von West-Neuguinea in die indonesische Souveränität den Frieden und die Sicherheit in Südostasien nicht beeinträchtigen würde. Er betont den Wunsch seiner Regierung, freundschaftliche Beziehungen zu allen Ländern, unter Einschluß der Niederlande, zu unterhalten.

8. Nach vierjähriger Haft wird der ehemalige Premierminister von Jammu und Kaschmir, Scheik *Mohammed Abdullah*, freigelassen.

8.—12. Staatsbesuch des britischen Premierministers, Harold *Macmillan*. Auf einer Pressekonferenz in Neu-Delhi am 11. Januar würdigt Macmillan die Fort-

schritte, die sich in Indien innerhalb der letzten zehn Jahre vollzogen haben. Vor seiner Abreise nach Karatschi betont Macmillan, daß sein Aufenthalt einen neuen Zeitabschnitt der gegenseitigen Partnerschaft zwischen Indien und Großbritannien eingeleitet habe.

30. Premierminister Jawaharlal *Nehru* erklärt in einem Interview mit der Ost-Berliner Zeitung *Neues Deutschland*, daß ein Verzicht beider deutscher Staaten auf Atom- und Raketenwaffen die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa und die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands fördern würde. Wenn die Spannungen zwischen den beiden deutschen Staaten auf diese Weise gemildert und schließlich beseitigt würden, könnten weitere Schritte zur Wiedervereinigung folgen.

Indonesien

20. In Djakarta werden ein Friedensvertrag und ein Reparationsabkommen zwischen Japan und Indonesien durch den japanischen Außenminister Aiichiro *Fujiyama* und den indonesischen Außenminister *Subandrio* unterzeichnet.

Iran

25. Der amerikanische Außenminister, John Foster *Dulles*, der in Teheran seine Reise zu der Konferenz der Bagdad-Pakt-Staaten unterbricht, führt mit Schah Mohammed *Reza Pahlevi* Besprechungen über die amerikanische Wirtschaftshilfe an den Iran.

Korea (Süd)

24. Präsident Singman *Rhee* erklärt auf einer Pressekonferenz in Seoul, sein Land werde ballistische Mittelstreckenraketen und andere Fernlenkwaffen annehmen, falls es vom militärischen Standpunkt erforderlich sein sollte.

Pakistan

12.—16. Staatsbesuch des britischen Premierministers, Harold *Macmillan*. Auf einer Pressekonferenz in Karatschi am 13. Januar betont Macmillan die Notwendigkeit der Erhaltung des Weltfriedens angesichts der zerstörenden Wirkung der Kernwaffen. In bezug auf den Kaschmir-Konflikt versichert er, daß seine Regierung eine friedliche und gerechte Lösung anstrebe.

20.—23. Staatsbesuch des indonesischen Staatspräsidenten, Achmed *Soekarno*. In einem gemeinsamen Kommuniqué wird die Auffassung der beiden Länder unterstrichen, daß internationale Streitfälle durch Verhandlungen auf friedlichem Wege beigelegt werden sollen.

Singapur

19. Der britische Premierminister, Harold *Macmillan*, trifft auf seiner Reise nach Australien mit dem japanischen Außenminister, Aiichiro *Fujiyama*, zusammen und erörtert mit ihm die internationale Lage.

Syrien

19.—20. Staatsbesuch des indonesischen Staatspräsidenten, Achmed *Soekarno*. Auf einem Bankett versichert Präsident Schukri *al-Kuwatli* Soekarno die volle Unterstützung Syriens für den Kampf Indonesiens um West-Neuguinea.

Vietnam (Süd)

2.—3. Staatsbesuch des laotischen Ministerpräsidenten, Prinz *Souvanna Phouma*. Auf einer Pressekonferenz in Saigon erklärt Souvanna Phouma vor seiner Abreise, die Aufnahme des Pathet-Lao in die Regierungskoalition (vgl. Zeittafel in EA 23—24/1957) werde nichts an der bisherigen Innen- und Außenpolitik der Regierung von Laos ändern. Laos wolle zwischen den beiden ideologischen Welten neutral bleiben.

AUSTRALIEN

Neuseeland

21.—27. Staatsbesuch des britischen Premierministers, Harold *Macmillan*. Bei seiner Ankunft in Wellington versichert Macmillan, engere Beziehungen zwischen Großbritannien und Westeuropa bedeuteten keine Schwächung des Commonwealth-Bündnisses. Die Einheit der Zielsetzungen und Anschauungen des Commonwealth, der Vereinigten Staaten und Westeuropas seien die besten Garantien für einen friedlichen Fortschritt.

Internationale Organisationen*

Die Organisation der Vereinten Nationen

13.—17. In Genf findet die 7. Tagung des Exekutivausschusses des Flüchtlingshilfefonds (UNREF) statt. In einer Resolution wird die Hoffnung ausgesprochen, daß alle Länder zur schnellen Lösung des Flüchtlingsproblems beitragen mögen. Die Flüchtlinge sollten so schnell wie möglich in die Aufnahmeländer eingegliedert werden. Hierbei sei eine internationale Zusammenarbeit nötig, um die Last der bisherigen Aufnahmeländer gleichmäßig zu verteilen.

Bagdad-Pakt

27.—30. In Ankara findet die Tagung des Rates des Bagdad-Paktes statt, an welcher der amerikanische Außenminister, John Foster *Dulles*, als Beobachter teilnimmt. (Der Wortlaut des Schlußkommuniqués wird in einer der nächsten Folgen des Europa-Archivs wiedergegeben.)

Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG)

1. Die Verträge über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und die Europäische Atomgemeinschaft treten in Kraft.

6.—7. In Paris findet eine Tagung der Außenminister der Unterzeichnerstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Atomgemeinschaft statt. (Vgl. den Wortlaut des Kommuniqués auf S. 10 549 dieser Folge.)

14. Die Präsidenten der drei europäischen Gemeinschaften, Paul *Finet* (EGKS), Louis *Armand* (Euratom) und Walter *Hallstein* (EWG) treffen in Luxemburg

*) Vgl. hierzu auch die in einer der nächsten Folgen des Europa-Archivs erscheinenden Mitteilungen des Europarats für Januar.

zu einer Sitzung zusammen. In einem Kommuniqué wird mitgeteilt, daß sich die Präsidenten über die Notwendigkeit und die praktischen Erfordernisse einer engen Zusammenarbeit zwischen den drei Gemeinschaften geeinigt hätten. Zur Prüfung dieser Frage wird die Einsetzung einer Arbeitsgruppe beschlossen.

16.—17. In Düsseldorf findet eine Konferenz von Gewerkschaftsvertretern aus den sechs Ländern der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft statt. In einer Entschließung wird bedauert, daß keine Arbeitnehmer in der Kommission der EWG vertreten sind. Es wird eine aktive Mitarbeit der freien und unabhängigen Gewerkschaftsbewegung in den maßgebenden Organen der europäischen Gemeinschaften gefordert. In einer weiteren Entschließung werden wirkungsvolle Schutzmaßnahmen für die friedliche Anwendung der Kernenergie verlangt und die Einstellung der Atombombenversuche gefordert.

25. Der Rat der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Euratom hält in Brüssel seine konstituierende Sitzung ab. An der Tagung nehmen außerdem teil: die Mitglieder der Kommissionen der beiden Gemeinschaften sowie der Hohen Behörde der EGKS und der Rat der Gouverneure der Europäischen Investitionsbank, der sich aus den Finanzministern der Mitgliedstaaten zusammensetzt. Es wird beschlossen, den Standpunkt der sechs Mitgliedstaaten der EWG bei den Verhandlungen über die Errichtung einer Freihandelszone und bei den GATT-Verhandlungen sowie bei den Atomverhandlungen der OEEC jeweils durch einen gemeinsamen Vertreter vortragen zu lassen. Ferner wird eine besondere Arbeitsgruppe eingesetzt, um die Verteilung der vorgesehenen 101 Sitze des Wirtschafts- und Sozialausschusses der beiden Gemeinschaften auf Arbeitgeberorganisationen und Gewerkschaften vorzuschlagen.

Der Rat der Gouverneure der Europäischen Investitionsbank ernennt auf einer Sondersitzung die 12 Mitglieder des Verwaltungsrates der Bank und bestimmt, daß das Direktionskomitee der Bank mit einem Italiener als Präsidenten und je einem Franzosen und einem Deutschen als Vizepräsidenten besetzt wird.

Europäischer Wirtschaftsrat (OEEC)

10. Der Ministerrat wählt den neuen britischen Schatzkanzler, Derick *Heathcoat-Amory* (vgl. Großbritannien), an Stelle von Peter *Thorneycroft* (Großbritannien) zu seinem Präsidenten.

15.—16. Der vom Rat eingesetzte ministerielle Ausschuß für die Schaffung einer Freihandelszone tritt in Paris zu seiner 3. Arbeitssitzung zusammen. (Ein Bericht über die Sitzung wird in einer der nächsten Folgen des Europa-Archivs erscheinen.)

30. Der Rat erklärt sich damit einverstanden, daß die EZU an Frankreich Kredite in Höhe von 250 Millionen EZU-Verrechnungseinheiten gewährt.

Europarat

14.—17. In Straßburg findet der dritte Teil der Neunten Sitzungsperiode der Beratenden Versammlung statt.

Nordatlantikpakt-Organisation (NATO)

8. Der Ständige Rat bestätigt auf Grund einer Prüfung durch Sachverständige das Recht Großbritanniens, wegen Zahlungsschwierigkeiten infolge der Stationierungskosten für seine Truppen in der Bundesrepublik Deutschland an die Hilfe seiner Alliierten zu appellieren.

13. Der Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte in Europa, General Lauris *Norstad*, erklärt in einer Pressekonferenz in Los Angeles u. a., daß Raketenwaffen nicht in allen NATO-Mitgliedstaaten installiert werden müssen.

26. Generalsekretär Paul-Henri *Spaak* lehnt in einer Rede in Brüssel den Rapacki-Plan ab, da dadurch die Verteidigung Westeuropas preisgegeben würde.

27. Das Oberkommando der NATO-Streitkräfte in Europa gibt die Ernennung des britischen Generals Sir Richard *Gale* zum stellvertretenden Oberbefehlshaber der NATO in Europa als Nachfolger von Viscount *Montgomery* bekannt.

Westeuropäische Union (WEU)

29. Der Rat der WEU stimmt dem Antrag der britischen Regierung zu, im kommenden Haushaltsjahr die britischen Streitkräfte auf dem europäischen Festland um 8500 Mann zu vermindern.

Sozialistische Internationale

9. Die Ständige Kommission für Sicherheit und Abrüstung spricht sich auf einer Konferenz in Paris dafür aus, daß jeder Vorschlag, der eine Entspannung in den Ost-West-Beziehungen herbeiführen kann, ernsthaft geprüft werde.

EUROPA-ARCHIV

Herausgeber: Wilhelm Cornides (Co)

Hauptschriftleiter: Hermann Volle (H. V.)

Redaktionelle und ständige Mitarbeiter: Walter Bödigheimer (W. B.), Frankfurt; Dr. J. W. Brügel, London; Prof. Dr. Walther Hofer, Berlin; Dr. Walther Karbe, Frankfurt; Dr. Boris Meissner, Hamburg; Dr. Dietrich Mende, Berlin; Prof. Dr. Georg von Rauch, Marburg; Georg Streiter (G. St.), Luxemburg; Joachim Willmann (Wi.), Frankfurt.

Anschrift der Redaktion: Frankfurt a. M., Myliusstraße 20. Telefon 77 80 21.

Druck: Druck- und Verlagshaus Frankfurt am Main GmbH, Frankfurt a. M., Große Eschenheimer Straße 16—18.

Bezugsbedingungen: Das Europa-Archiv erscheint zweimal im Monat und ist durch jede Buchhandlung, durch die Post und unmittelbar durch den Europäischen Austauschdienst zu beziehen. Preis des Einzelheftes DM 2.50; des Doppelheftes DM 5.—. Preise bei Vierteljahresbezug (6 Folgen) DM 11.50 (durch die Post einschl. Zeitungsgebühr DM 12.—), bei Jahresbezug (24 Folgen) DM 43.50 zuzüglich Porto. Für das Ausland gelten die Preise lt. Auslandsliste. Für zurückliegende Jahrgänge Preise lt. besonderer Liste. Abbestellungen müssen spätestens 14 Tage vor Quartalsschluß beim Europäischen Austauschdienst eingegangen sein.

Auslieferung und Vertrieb: Europäischer Austauschdienst, Auslieferungsabteilung Europa-Archiv, Frankfurt a. M., Myliusstraße 20, Telefon 77 33 47.

Österreichische Ausgabe: Verlag für Geschichte und Politik, Wien 1, Singerstraße 12.